

Revolutionary Worker Nr. 711 Vol. 15 Nr. 8, 20. Juni 1993

Die Golden Venture: Die Reise eines modernen Sklavenschiffs

Die *Golden Venture* war ein modernes Sklavenschiff. Sie trug 300 chinesische ImmigrantInnen auf einer erbarmungslosen, 17.000 Meilen weiten, fünf Monate dauernden Reise über die Meere. Und dann, am Sonntag, dem 6. Juni, vor der Rockaway Peninsula in Queens, New York, lief die *Golden Venture* auf Grund. Die Crew sagte allen, sie sollen vom Schiff springen und schwimmen. Die chinesischen ImmigrantInnen sprangen ins Wasser - einige in den Tod. Diejenigen, die versuchten, an Land zu schwimmen, kämpften gegen die 53-Grad-Brandung und litten unter Unterkühlung. Als sie das Ufer erreichten, waren sie blau vor Unterkühlung und Erschöpfung und konnten kaum stehen. Acht Menschen starben, als sie versuchten, an Land zu gelangen.

Später gab es Bilder aus dem Inneren des Sklavenschiffes und Berichte über die schrecklichen Bedingungen, denen die ImmigrantInnen ausgesetzt waren. Dabei fällt einem der Vergleich zu den "Middle Passage"-Reisen ein, zu der Sklaven aus Afrika über hunderte von Jahren gezwungen wurden.

Die Menschen auf der *Golden Venture* waren hauptsächlich ProletarierInnen aus der chinesischen Küstenprovinz Fujian, die meisten junge Männer, aber auch rund zwei Dutzend Frauen. Sie alle wurden im Bauch des Schiffs zusammengepfercht und es gibt Berichte, daß sie den Frachtraum tagelang nicht verlassen durften. Sie wurden meist einmal täglich mit einer mageren Schale, manchmal verrottetem Reis gefüttert, lebten ohne fließendes Wasser und mit nur einer Toilette für 300 Personen waren die sanitären Bedingungen furchtbar. Bei einigen Männern wurde TBC diagnostiziert. Einige Frauen haben berichtet, daß sie sexuell mißbraucht wurden.

Jede Person auf dem Schiff mußte für die Überfahrt 30.000 $ bezahlen oder es zumindest versprechen. Die meisten bezahlten einen Teil vor der Reise und vereinbarten, den größeren Teil nach ihrer Ankunft zu zahlen. Das ist eine vertragliche Abmachung zur Zwangsarbeit und bedeutete, daß diese chinesischen ImmigrantInnen gezwungen sein würden, jahrelang zu arbeiten, um diese Schuld abzahlen zu können.

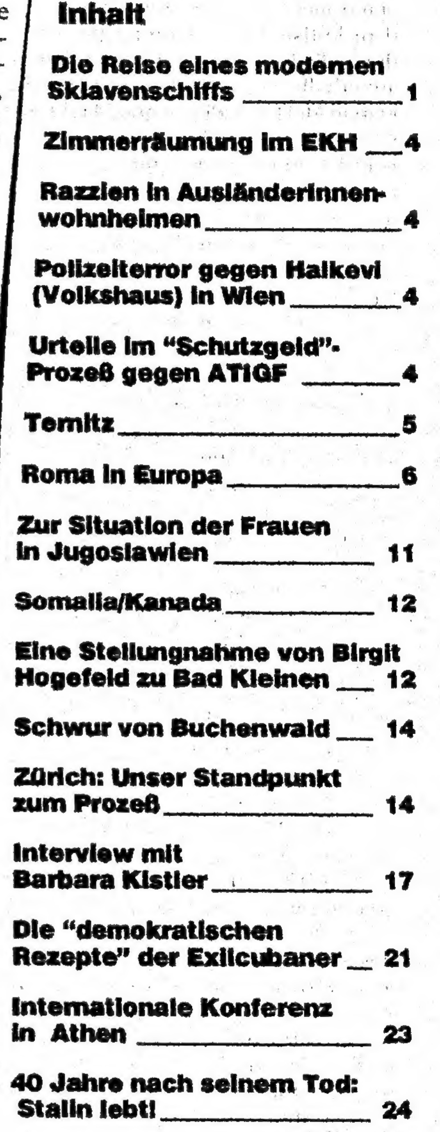
Laut dem Immigration and Naturalization Service (INS) begann die Reise der *Golden Venture* im Februar in Bangkok, mit 90 ChinesInnen, die sich einschifften. Das Schiff nahm weitere Passagiere in Kho Se Chung in Thailand und in Mombasa in Kenia auf. Am 17. Mai hatte das Schiff die südliche Spitze des afrikanischen Kontinents umsegelt, weiter ging's hinauf zur Elfenbeinküste und über Südamerika nach New York.

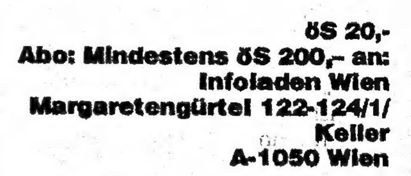
Laut Presseberichten hatte das Schiff geplant, sich Anfang Mai mit anderen, kleineren Schiffen zu treffen, die die chinesischen ImmigrantInnen übernehmen und in den USA an Land bringen sollten. Aber diese Schiffe tauchten nie auf. Das führte zu dem verwegenen Versuch, das Schiff so nahe wie möglich an die Küste von New York zu bringen und die Männer und Frauen an Bord zu zwingen, über Bord zu gehen und an Land zu schwimmen.

INS Anti-ImmigrantInnen-Politik

Das INS verfolgte die *Golden Venture,* und sobald das Schiffsunglück passierte, wurden die chinesischen Immigran-

Inhalt




öS 20,-
Abo: Mindestens öS 200,- an:
Infoladen Wien
Margaretengürtel 122-124/1/
Keller
A-1050 Wien

tInnen zusammengetrieben, in Handschellen gelegt und in Anhaltelager verschickt. Das INS verkündete, daß es für alle 276 ImmigrantInnen, die aufgegriffen wurden, nachdem sie an Land kamen, versuchen würde, die Einreise zu verweigern. Die Beamten des INS gaben bekannt, daß die ImmigrantInnen in Gewahrsam bleiben würden, bis ihre Ansuchen um politisches Asyl von den föderalen Immigrationsgerichten entschieden sein würden - ein Prozess, der bis zu zwei Jahre dauern kann. Die Immigration Coalition, eine private Nonprofit-Organisation, hat die Regierung kritisiert, die die Forderungen der ImmigrantInnen nach Asyl zurückweist. Außerdem kritisierte die Gruppe die Entscheidung, die ImmigrantInnen in Anhaltelager außerhalb New Yorks zu verschicken. Margie McHugh, die Generaldirektorin der Gruppe, sagte: "Diese Menschen können von den ihnen zustehenden Rechten keinen Gebrauch machen, wenn sie in Anhaltelager am Arsch der Welt verschickt werden, wo niemand ihre Sprache spricht oder ein Interesse daran hat, für sie einzutreten."

Mit dem Sinken der *Golden Venture* wurden die Rufe nach einer Verschärfung der Einreisebestimmungen neuerlich laut, besonders der Asyl-Verfahren. In den vergangenen Monaten gab es viele Stimmen aus der herrschenden Klasse, die nach Angriffen auf die ImmigranInnen schreien. Eigene Hearings im Kongress wurden abgehalten, wo verlangt wurde, mehr Restriktionen gegen ImmigrantInnen einzuführen und repressive Maßnahmen gegen ImmigranInnen in den USA zu verstärken. Ein Artikel im *NY Newsday* berichtete, daß laut Charles Wheeler vom *L. A. National Immigration Law Project* die New Yorker Behörden vorsätzlich politische Asylwerber, die auf den JFK-Flughafen in New York kommen, entlassen, um "ein Problem zu schaffen und damit den Kongreß zur Bereitstellung größerer Mittel für Anhaltelager zu bringen".

Die Küste, zu der die chinesischen ImmigrantInnen schwammen, liegt direkt hinter der ehemaligen Basis der US-Army Reserve, Fort Tilden, und ist von einem Reserveposten der US-Army und einer Küstenwachestation umgeben. Die TV-Kameras richteten sich auf Rettungsarbeiter, die denen, die der Kälte des Wassers und des Windes entkommen waren, Erste Hilfe leisteten. Nicht berichtet wurde allerdings über die brutale Art, mit der die ImmigranInnen sofort in Handschellen gelegt, auf Busse verladen und in die Auffanglager des INS verschickt wurden. Suchpatrollion wurden ausgeschickt und Armeehubschrauber stiegen auf, die versuchten, jedEn zu isolieren, der sich den Behörden entzogen hatte. Ein besonders ekelerregender Vorfall ereignete sich, als einer von denen, die an Land gekommen waren, an eine Nachrichtenmannschaft des Fernsehns herantrat und darum bat, von ihnen mitgenommen zu werden. Aber anstatt ihn in Sicherheit zu bringen, wandte sich die TV-Crew an die Behörden und lieferte ihn aus. Binnen Stunden wurden 110 von denen, die am Ufer aufgegriffen wurden, in ein Auffanglager in Pennsylvania verfrachtet. Andere wurden in weit entfernte Gegenden wie Maryland und Virginia gebracht.

Die INS- und föderalen Behörden schnitten diesen chinesischen ImmigrantInnen den Kontakt ab, es wurde ihnen nicht einmal erlaubt, mit RechtsanwältInnen zu sprechen. Ein RW-Reporter war dabei, als die Leute in Busse geladen wurden, um sie in ein Krankenhaus zur Behandlung oder in das Hauptauffangslager des INS in Manhatten zu bringen. Aber niemandem außer Regierungsbeamten wurde erlaubt, mit den Menschen der *Golden Venture* Kontakt aufzunehmen.

Die Flucht vor dem Kapitalismus in China

Die ImmigrantInnen der *Golden Venture* kamen aus China, das früher - unter der revolutionären Führung von Mao Tsetung - ein sozialistisches Land war. Im revolutionären China arbeiteten die Massen, Arbeiter und Bauern, zusammen, um die Gesellschaft nach den Interessen der breiten Massen des Volkes gestalten. Die Kommunistische Partei Chinas führte die Menschen in Lohnkämpfen überall in der Gesellschaft, um die Klassen völlig zu eliminieren - und die ganze Ungleichheit, Ausbeutung und Unterdrückung, die in der Klassengesellschaft entstand. Im sozialistischen China wurde die Ökonomie nicht ausgerichtet auf die kapitalistischen Profitinteressen entwickelt - sondern ausgerichtet auf die Bedürfnisse der breiten Massen des Volkes und um eine neue sozialistische Gesellschaft zu entwickeln.

Vielleicht sind manche Leute verwirrt und denken, daß die chinesischen ImmigrantInnen der *Golden Venture* vor dem Kommunismus geflohen sind. Aber nach dem Tod von Mao 1976 kamen Leute wie Deng Xiaoping an die Macht und der Kapitalismus wurde in China wieder eingeführt. Jetzt gibt es in China einen "Schwindel-Sozialismus" - die Regierung trägt den Sozialismus im Namen, aber in Wirklichkeit wurde in der gesamten Gesellschaft eine kapitalistische Ökonomie und kapitalistische soziale Bedingungen eingeführt. Die kapitalistische Entwicklung in China hat zu allen möglichen Arten von Leiden und Unglück für die Massen des Volkes in China geführt, die Kluft zwichen den Armen und den Reichen wird immer breiter. Das ist es, wovor die ImmigmatInnen der *Golden Venture* geflohen sind. Die ImigrantInnen der *Golden Venture* sind aus der Provinz Fujian, aus einer der Küstenprovinzen, in der die chinesische Regierung die Entwicklung kapitalistischer Betriebe konzentriert und ausländische Investitionen geködert hat. (siehe "Die neuen kapitalistischen Eroberer", Verteiler Nr. 37)

Die Reise der *Golden Venture* wirft ein Licht auf die miserablen Bedingungen, die die Restauration des Kapitalismus für die Masse des Volkes in China gebracht hat. Am Land hungern die Bauern und Bäurinnen und haben nicht genug Kleidung, um ihre Körper zu bedecken. In der Stadt sind die ArbeiterInnen mit Arbeitslosigkeit, verschärften Arbeitsbedingungen und der heftigen Repression der Regierung konfrontiert. Die Entstehung eines breiten "Sklavenstromes" aus China in die Vereinigten Staaten, mit offener, vertraglich vereinbarter Zwangsarbeit, unterstreicht nur, was es für China bedeutet hat, ein Teil des weltweiten Systems des Imperialismus zu werden.

Die Bruatlität des "Amerikanischen Traumes"

Der Sklavenhandel von China in die USA hat seine Ursachen in den Vorgängen in der Weltwirtschaft: es gibt eine Krise, und Umwälzungen und große Veränderungen der Industriestandorte. Es gibt die große Migration von Bauern in der "Dritten Welt" in die Städte. Es gibt die Migration von Menschen aus der "Dritten Welt" in die imperialistischen Länder. Und es gibt die sich intensivierende Kluft zwischen dem Lebensstandard und den Arbeitsmöglichkeiten in der "Dritten Welt" und in imperialistischen Ländern.

In den Nachrichten wurde betont, daß die ImmigrantInnen der *Golden Venture* ihr Leben in der Hoffnung, in Amerika ein besseres Leben führen zu können, riskiert haben. Aber was dieser Sklavenstrom illustriert, ist, wie der Kapitalismus in den USA durch die billige Arbeit von ImmigrantInnen aus der ganzen Welt wuchert. Die brutale Realität ist, daß viele chinesische ImmigrantInnen, die es geschafft haben, bis in die Vereinigten Staaten zu kommen, gezwungen sind, Zwangsarbeiter zu werden, um ihre Passage bezahlen zu können. Die Arbeits- und Lebensbedingungen der chinesischen ImmigrantInnen in den USA sind unter den ausbeuterischsten und unterdrückerischsten. In Chinatown in New York arbeiten die Menschen 12 Stunden am Tag für den Minimallohn oder für weniger unter den Bedingungen der Ausbeuterbetriebe.

Der Sklavenstrom von China in die USA ist ein höchst profitables Geschäft. Ein Beamter des INS nannte es die "ausgeklügeltste und größte und teuerste Schmuggeloperation der Welt, die es momentan gibt." ImmigrantInnen, die an einer Überfahrt auf einem Schiff wie der *Golden Venture* teilnehmen, müssen zwischen 25.000 und 30.000 $ bezahlen - zum Teil dient das Geld dazu, chinesische Beamte zu bestechen. Die *Golden Venture* war das 24ste Schiff seit August 1991, das mit menschlicher Fracht in Gewässern der USA abgefangen wurde. In einem Fall wurden 37 Frauen an Bord eines Schiffs von der Crew vergewaltigt. Auf einem anderen Schiff starben 160 ChinesInnen, als das Schiff vor Long Beach in Kalifornien sank.

Die Behörden der USA schätzen, daß jährlich 100.000 chinesische ImmigrantInnen ins Land kommen. Der *New York Newsday* berichtete, daß die Menschen in einem chinesischen Dorf erzählen, daß 10 Prozent der Einwohner in die USA ausgewandert sind. Es gibt immer mehr Berich-

te, daß ImmigrantInnen haufenweise in bewaffnet bewachten Lagern rund um New York festgehalten werden, bis ihre Verwandten mit Tausenden Dollars kommen, um sie auszulösen. Andere verbringen Jahre unter schlimmsten Lebensbedingungen als Zwangsarbeiter. Einige Frauen enden damit, daß die gezwungen sind, als Prostituierte zu arbeiten, um ihre Schulden bei den Sklavenhändlern bezahlen zu können. ImmigrantInnen von der *Golden Venture* haben berichtet, daß die, die die 30.000 $ für die Reise nicht bezahlen können, das Leben der Familienmitglieder, die sie zurückgelassen haben, riskieren.

Im Kapitalismus ist die einzige Möglichkeit, wie ArbeiterInnen überleben können, der Verkauf ihrer Arbeitskraft an die Kapitalisten. Die weltweite Entwicklung des Imperialismus hat zu einer breiten Migration von ArbeiterInnen aus Ländern der "Dritten Welt" geführt, die in Länder wie die USA reisen und Arbeit und einen höheren Lebensstandard suchen.

In den armen Ländern, die vom Imperialismus dominiert werden, sind Bauern und Bäurinnen und ArbeiterInnen zerstörerischer Ausbeutung und unglaublichen Härten ausgesetzt. Viele versuchen dieser Situation zu entkommen, indem sie irgendwo anders hingehen. Die Bauern und Bäurinnen gehen in die Städte, um nach Arbeit in den Fabriken zu suchen. Und die Menschen aus der "Dritten Welt" wandern in Länder wie den USA auf der Suche nach einem besseren Leben aus.

Aber die Kapitalisten scheren sich nicht um die Träume der Menschen. Für sie bedeutet diese Migration nur die Möglichkeit zur Überausbeutung und zu höheren Profiten. Ob es Städte in der "Dritten Welt" sind oder imperialistische Länder, der Kapitalismus benutzt die billige Arbeit, um die Löhne zu drücken und die Arbeitsbedingungen zu verschärfen.

Solange der Imperialismus die Welt dominiert, können die Unterdrückten fliehen und ein besseres Leben suchen, aber sie können nie den Klauen des Kapitals entkommen. Wo immer sie auch hingehen, sie müssen ihre Arbeitskraft verkaufen, um überleben zu können. Wo immer sie auch hingehen, sind sie mit den brutalen Bedingungen des Kapitalismus und der freien Marktwirtschaft konfrontiert. Der einzige Weg zu Lösung dieses Problem ist eine Revolution, um das ganze System der Lohnarbeit loszuwerden und eine neue Gesellschaft aufzubauen.

Die Arbeiterbaracken der ImmigrantInnen in New York

New York, Chinatown, 372 Broadway.

Drei Stufen einer zerbrochener Treppen aufwärts, über einer Textilfabrik, hat der Hauseigentümer 16 fensterlose, 8 mal 10 Fuß große Zellen errichtet. Diese Räume, letztes Jahr in einem Artikel der *New York Times* beschrieben, wurden an ImmigrantInnen aus Senegal, China, Vietnam, Mexiko und anderen Ländern vermietet. Sie sind illegal. Die Konstruktion verletzt alle möglichen baubehördlichen Bestimmungen. Für alle, die in diesen Raum gepfercht sind, gibt es eine einzige funktionierende Toilette, weder Küche noch Bad. Die Luft ist schwer vom Staub und Gestank, der aus den anderen drei Stockwerken heraufzieht, wo hunderte chinesische Frauen an Nähmaschinen arbeiten, von Morgen bis Abend für 200 bis 350 $ im Monat.

Das sind die Zustände, mit denen chinesischen ImmigrantInnen konfrontiert sind, wenn sie in die Vereinigten Staaten kommen. Sie träumen von einem besseren Leben in Amerkika. Sie hoffen, genug Geld zu verdienen, um ihre Familien in die USA holen zu können. Es wurde ihnen erzählt, daß es in den USA Möglichkeiten gibt, reich zu werden ... aber der amerikanische Alptraum ist die Realität.

In Chinatown in Manhatten wohnen 150.000 Menschen, mehr als 80% von ihnen sind ImmigrantInnen Die ProletarierInnen in dieser Community leiden unter der extremsten Ausbeutung. Ein Beispiel: Chinesische Frauen, die in den Textil-Ausbeutungsbetrieben arbeiten, sitzen gebeugt über Nähmaschinen, schneiden Fäden oder nähen Knopflöcher und verdienen 200$ die Woche, bei einer Arbeitszeit von meist 60 Stunden. Die Lebensbedingungen sind miserabel und gefährlich. Die Verletzung der Gesetze über Wohnen, Feuersicherheit, Kinderarbeit und Krankenversicherung ist üblich.

In Vierteln wie East Flatbush, den East Bronx und Washington Heights sind ImmigranInnen in Kellern zusammengedrängt, zehn oder mehr. In unterteilten Räumen in Häusern in Harlem, Brighton Beach und Elmbrust leben sie zu fünft gedrängt in einem Raum. Und in Chinatown sind manche Menschen gezwungen, in Kojen in barrackenartigen Räumen in Schichten zu schlafen.

Dieses Untergrundnetzwerk von illegalen und brutalen Substandardwohnungen für arme ImmigrantInnen in New York City ist seit den 70er Jahren stark gewachsen und ist ein Ergebnis des extremen Mangels an leistbaren Wohnungen für arme Menschen. Es ist nicht bekannt, wie viele illegale, schlafsaalartige Wohnungen dieser Art es gibt, aber Stadtplaner, Mietrechts-Anwälte, Sozialarbeiter und Stadtteil-Organisatoren schätzen, beruhend auf ihren Erfahrungen und auf Räumungsberichten der Feuerpolizei, daß es mehr als 60.000 in New York City gibt.

Einige der besseren Plätze haben möglicherweise Feueralarmanlagen und Wände aus Betonplatten. Aber die meisten haben keinen Feueralarm und die Wände sind meist nichts anderes als Sperrholz und Hasendraht. Die Raummaße sind manchmal so gering, daß eine Person kaum Platz hat, um sich auf einer schmalen Matraze am Boden zusammenzurollen. Manchmal ist die einzige Lichtquelle eine Kerze.

Die ImmigrantInnen, die in 372 gewohnt haben, hatten ein Einkommen von 4,25$ oder weniger pro Stunde und mußten für die Miete wöchentlich 35$ für das Leben unter solchen schrecklichen Bedingungen bezahlen. Sie verloren ihre Unterkunft, als einer der Mieter vom Eigentümer die nötig gewordenen Reparaturen vor Gericht einklagte. Nachdem der Richter die Räume als illegal erklärt und den Besitzer zu 3500$ Strafe verurteilt hatte, schickte er Arbeiter, um die Kabinen mit dem Vorschlaghammer zerstören zu lassen.

Wer sind die ImmigrantInnen, die an Orten wie Broadway Nr. 372 wohnen? Sie sind Teil der proletarischen Klasse dieses Landes - und sie leben sehr knapp an der Grenze zum Überleben. Es sind Menschen, die Blumen an den Autobahnabfahrten verkaufen, mit Uhren auf der Fifth Avenue hausieren gehen, Taxis in Gegenden fahren, wo die meisten Taxis nicht hinfahren, Tische mit dem Bus in Chinatown befördern und Fertiggerichte mitten in der Nacht ausliefern. Sie sind ArbeiterInnen, die für das Mindesteinkommen arbeiten müssen - und meistens weniger. Sie sind Sicherheits-Wachen, sie arbeiten als Werbezettelverteiler auf der Straße vor Restaurants. In den Kabinen im 4. Stock von Broadway 372 traf der Reporter einen Mann, der in einer Großbäckerei in der Bronx die Kuchen tieffror. Ein anderer arbeitete in einer Plastik-Kleiderbügelfabrik in Brooklyn. Und einer der Bewohner füllte für 3,50$ pro Tag Nagel-Politur in Flaschen.

Die Besitzer der Fabriken und Geschäfte, in denen diese ImmigrantInnen arbeiten, sind rücksichtslose Halsabschneider. Ein Einwanderer aus Senegal nahm einen 11-Stunden-Job als Lagerarbeiter in einem Elektronik-Laden für 45$ pro Tag an. Als er den Boß um eine Gehaltserhöhung fragte, antwortete der: "Ich krieg zwei Mexikaner für 45$ pro Tag."

Ein chinesischer Immigrant überlebte durch den Verkauf von verbilligten Casino-Coupons, wobei er 4$ pro Karte verdient. Zwei chinesische Immigranten, Fan Yong Guang, 35, und Fan Yong Yuan, 30, zwei Brüder, verkaufen Männersocken auf einem Straßenstand. Einer der Brüder kann als einziges Englisch: "Four for 5 dollar". Sie verkaufen die Socken an den arbeitsfreien Tagen einer Fabrik in Brooklyn, wo sie 200 Reißverschlüsse pro Tag einnähen. Sie verdienen 900$ im Monat, schicken davon 100$ an ihre Frauen in China und legen einige 100$ zurück, damit sie ihre Familien in die Vereinigten Staaten holen können. Sie geben weniger als 10$ täglich für Essen für beide aus und ihr einziger Luxus sind 10 filterlose Zigaretten am Tag. Sie waren noch nie in einem Restaurant oder im Kino. Sie haben auch noch nie was vom Central Park gehört. "Ich weiß nicht, was es in Amerika so gibt", sagt der eine. Aber was er sicher weiß, ist, wie es sich im amerikanischem Alptraum des freien-Markt-Kapitalismus lebt.

Autonome BenützerInnen des EKH, am 3.8.1993

Zimmerräumung im EKH

Am Freitag, den 30.7. um 9 Uhr in der Früh wurde im 4. Stock des EKH ein von einer kurdischen Familie bewohntes Zimmer gerichtlich geräumt. Der vorgeschobene Grund: für den 4. Stock gibt es keine Mietverträge, die Menschen wohnten "illegal" in den Zimmern. Wir sind uns sicher, daß der wahre Grund woanders liegt: Die Besitzerin des Ernst Kirchweger Hauses, die KPÖ und ihre Hausverwaltung WB-Immobilien versuchen schon seit längerem nach und nach auf verschiedenste Art und Weise die BewohnerInnen aus dem Haus zu drängen. In erster Linie ist der kurdische Verein "ATIGF" gefährdet, der keinerlei Verträge besitzt. Gegen die ATIGF laufen zwei, gegen die österreichischen BenützerInnen eine Räumungsklage. Diese Vorgangsweise von KPÖ und WB Immobilien fällt in eine Zeit, in der in Österreich gegen "ausländische" und "mißliebige" Menschen verstärkt staatliche Repression angewandt wird.

Bereits vor ca. 2 Monaten wurde im 2. Stock des EKH ein Zimmer unter einem ähnlichen Vorwand geräumt.

Wir verurteilen aufs Schärfste diese Vorgangsweise und sehen weiteren Räumungsversuchen mit Zorn entgegen.

IGARA-Flugi

Razzien in AusländerInnenwohnheimen

Am So., 18.7. fand eine Großrazzia im Ausländerwohnheim Mariahilfergürtel 11, 2. und 3.. Stock statt. Vorwand war eine "Routinekontrolle", insgesamt wurden zwischen 20 und 25 Personen aus Rußland festgenommen und sind seither verschwunden (wahrscheinlich abgeschoben). Zwei Russen, die sich gerade nicht im Haus befanden, gelang die Flucht, bevor die Alarmabteilung das zweite Mal auftauchte. Hausbesitzer ist ein berüchtigter Spekulant, der kleine Zimmer zu Wucherpreisen an Flüchtlinge und Arbeitssuchende vermietet. Pro Bett verlangt er öS 2.500,– plus öS 5.000,– "Kaution".

Am Di., 20.7. fand eine weitere Großrazzia in der Flüchtlingspension "Schönbrunn" (Reindorfgasse/Mariahilferstraße) statt, an der sieben Polizeiautos mit Cobra etc. beteiligt waren. Alle Türen der Pension wurden gewaltsam aufgebrochen und sämtliche Zimmer und Personen durchsucht. Dabei mußten sich alle Anwesenden an die Wand stellen und durften sich nicht rühren. Vorwand war die Suche nach 2 Personen, niemand wurde festgenommen.

In mehreren anderen Pensionen fanden vergangene Woche ähnliche Polizei-Terroraktionen statt.

Aus dem Integrationsheim Nußdorferstraße soll ein Großteil der Miter (mehr als 50 Leute) noch im August rausgeworfen werden. Vorwand ist der Ablauf der 6-Monats-Verträge.

Informationszentrum für Freie Völker Wien

Polizeiterror gegen Halkevi (Volkshaus) in Wien

Bereits am 27.7.1993 stürmten vermummte Spezialeinheiten der Polizei ohne Durchsuchungsbefehl zwei Wohnungen in Wien. Sie zertrümmerten die Eingangstüre und bedrohten die anwesenden Menschen, unter ihnen eine schwangere Frau und vier Kinder, mit ihren Pistolen. Als Grund gaben sie an, den Vater der Kinder, Haydar Kilic, der von der faschistischen Militärdiktatur mit seiner Familie aus der Türkei nach Österreich fliehen mußte, wäre ein Mörder.

Um 17.30 Uhr des selben Tages stürmte die Polizei schreiend und mit gezogenen Waffen den türkischen Volkskulturverein Halkevi im 2. Bezirk. Die ca. 20 Anwesenden, darunter auch Kinder, wurden gezwungen, sich auf den Boden zu legen, beschimpft, bedroht ("hier gibt's keine Nazis, aber wenn ich dich auf der Straße treffe, erschieße ich dich!"), getreten und geschlagen. Eine Person wurde von der Polizei verprügelt, "zur Vernehmung" mitgenommen und fast zwei Stunden festgehalten. Der Verein wurde durchsucht und teilweise verwüstet.

Einen Aufschluß über die Hintergründe bringt die Begründung des, diesmal als kopiertes Fax vorliegenden Hausdurchsuchungsbefehls: "Haydar Kilic steht in dringendem Tatverdacht, versucht zu haben, den Sitki Sahin durch einen Schuß durch die Brust zu töten. Laut vertraulichem Hinweis soll sich der Beschuldigte samt Tatwaffe im oben genannten Lokal aufhalten, wo sich auch ein Waffenlager der türkischen Widerstandsbewegung Dev Sol befinden soll." Wie wir erfahren haben, handelt es sich bei dem "dringenden Tatverdacht" um eine jeglicher Realität entbehrenden Denunziation türkischer Faschisten. Der "vertrauliche Hinweis" kam wahrscheinlich vom "Büro für Staatsschutz", der politischen Polizei, die auch die Hausdurchsuchung leitete.

Heute früh zwischen 4.30 und 5.30 kam es zu neuerlichen "Hausdurchsuchungen". Wieder stürmten Antiterroreinheiten der Polizei ohne Hausdurchsuchungsbefehl diesmal acht verschiedene Wohnungen in Wien und Wimpassing (NÖ). Begründet wurden die Aktionen wieder mit der Suche nach Haydar Kilic. Bezeichnend ist, daß die überfallenen Wohnungen Meldeadressen von Personen sind, die drei Tage vorher im Volkskulturhaus Halkevi anwesend waren. Dieser "Tatbestand" dürfte der Polizei anscheinend ausreichen, um vermummt und bewaffnet friedliche Familien zu überfallen, Türen einzuschlagen und Kinder mit vorgehaltener Pistole zu bedrohen.

Es ist fast überflüssig zu erwähnen, daß bei diesen Polizeiaktionen weder Haydar Kilic noch die angebliche Tatwaffe, geschweige denn ein Waffenlager gefunden wurde. Diese Vorfälle zeigen aber wieder einmal, daß Denunziationen von Faschisten der Polizei sehr willkommen sind, um gegen fortschrittliche Menschen vorgehen zu können, ihnen Angst einzujagen und sie von der Äußerung ihrer politischen Meinung und ihres Engagements abzuhalten. Aber es geht noch weiter. Die Suche nach einem Menschen, der durch eine Denunziation scheinbar schon zum Mörder abgestempelt ist, dient der Polizei als Vorwand, um jene Menschen unter die Lupe zu nehmen und in ihre Privatsphäre eindringen zu können, die sie interessieren, selbst wenn der Grund kein anderer ist, als daß diese Menschen zufällig in einem gestürmten Verein anwesend waren. Das - und der Gummiparagraph "Gefahr im Verzug" - reicht der Polizei scheinbar als Legitimation für ihr gesetzwidriges Verhalten (kein Hausdurchsuchungsbefehl, Telefonierverbot, keine Zeugen).

Und finden sie bei diesen Überfällen nicht, was sie zu suchen vorgeben, vielleicht ergibt sich etwas anderes: Z.B. politische Flugblätter, legale Selbstverteidigungswaffen, Material für Rechtshilfearbeit oder Personen, die sie noch nicht kennen ... dann hat sich der Terror für die Polizei doch gelohnt.

Urteile im "Schutzgeld"-Prozeß gegen ATIGF

Am 3.8.1993 wurden die Urteile im Prozeß gegen den Obmann der ATIGF und vier weitere Angeklagte wegen "Schutzgelderpressung" verkündet: 9, 8 bzw. 6 Monate bedingt - nach 8 Monaten U-Haft.

In der 2 Verhandlungstage dauernden Hauptverhandlung blieb keiner der Belastungszeugen bei den in den Polizeiprotokollen aufscheinenden Aussagen. Beispiel: "Wir setzten uns zusammen und plauderten miteinander. Es war kein Druck, keine Erpressung, keine sonstige und ähnliche Situation in dieser Sache. Bei dieser meiner Aussage (vor der Polizei) habe ich nicht diese meine Freunde, sondern andere Männer gemeint. (...) Es muß zu Mißverständnissen bei meiner Einvernahme gekommen sein (...) Die Einvernahme wurde ohne Heranziehung eines Dolmetschers geführt." So ähnlich äußerten sich auch die anderen Zeugen. Einer der verhörenden Polizisten zu "seinem" Bericht "... konnte der Verdacht auf Schutzgelderpressungen erhärtet werden.": "Ich habe das (...) nicht so geschrieben. Das würde ich nicht schreiben." Er war bei der Niederschrift im Urlaub.

Einige Belastungszeugen waren gar nicht erst vor Gericht erschienen. Trotzdem stellte der Richter im Urteil fest: "Der dringende Tatverdacht ist nach wie vor gegeben."

Alle Angeklagten haben gegen die Urteile berufen. Trotzdem besteht jetzt die Gefahr, daß sie abgeschoben werden, ein Asylantrag wurde bereits vor Prozeßende mit der Begründung strafrechtlicher Tatbestände abgelehnt. Mehr im nächsten Verteiler.

BewohnerInnen Karl Schweigl-Straße 4, Info-Verteiler

"Härtefälle wird es keine geben"

(Bundeskanzler Vranitzky am 10.8., zitiert in "Zeit im Bild 2", zu Kritiken am neuen Aufenthaltsgesetz)

... Erst jetzt haben wir erfahren, daß die 6-Monats-Verträge nicht legal waren, daß wir spätestens nach dem 2. 6-Monats-Vertrag das Recht auf einen unbefristeten Hauptmietvertrag gehabt hätten. Leider ist es jetzt zu spät. Wir haben den "Räumungsvergleich" - unsere Obdachlosigkeit - schon unterschrieben. Wir geben aber trotzdem nicht auf! Wir werden für unsere Rechte kämpfen, auch wenn die Gesetze jetzt gegen uns sind!

Was ist das für ein "Rechtsstaat", der einem reichen Hausbesitzer das Recht gibt, uns auf die Straße zu werfen, bloß weil wir nicht alle Paragraphen kennen und uns keinen teuren Rechtsanwalt leisten können?



Wir werden den Kampf für unsere Rechte nicht aufgeben! Wohnen ist ein Menschenrecht! Wer kämpft, kann verlieren, wer nicht kämpft, hat schon verloren!

Am Stadtrand von Ternitz (Niederösterreich) liegt das Areal der ehemaligen Huber-Trikot-Fabrik. Vor einigen Jahren kaufte die Firma Schweigl Süßwaren (die unter anderem "Maoam" vertreibt) das Gelände samt den dazugehörenden Arbeiterwohnhäusern- neben diesen beiden Häusern gibt es noch ein wenig besser ausgestattete "Angestelltenwohnhäuser" -, und benannte nach "guter alter Industriellenmanier" auch gleich die Zufahrtsstraße (Josef Huber-Straße) in Karl Schweigl-Straße um.

Seither vermietet die Firma Schweigl die rund 40 Wohnungen der beiden Arbeiterwohnhäuser an ArbeiterInnen aus der Türkei/Nordkurdistan. Die Maklerfirma "Immobilien Service Klauser" versprach Wohnrecht für 2 - 4 Jahre, die Verträge unterschrieb Karl Schweigl. Im Juni 1990 zogen die ersten Familien in die Häuser ein. Es handelt sich dabei durchwegs um Substandardwohnungen mit Pawlatschen (d.h. Gang im Freien), im Schnitt 40 m² groß, ohne Warmwasser, zum Großteil mit Clo am Gang sowie einer Waschküche im Erdgeschoß, die als Waschraum für alle HausbewohnerInnen dient (den Schlüssel dazu müssen die BewohnerInnen vom Hausmeister erbetteln).

Die Verträge sind sogenannte "Kettenverträge", d.h. sie gelten für jeweils ein halbes Jahr und danach wird ein neuer Vertrag - bei gleichzeitiger Mieterhöhung, inzwischen beträgt die Miete an die 20 öS pro m² - ausgestellt. Das ermöglichte dem Hausherrn überhöhte Mieten, weil solche Verträge nicht unter das Mietrechtsgesetz mit Obergrenzen für Miethöhen fallen. So nebenbei sind Kettenverträge auch illegal. Seit einiger Zeit werden die Verträge nicht mehr verlängert, die BewohnerInnen sollen rausgeekelt bzw. -geklagt werden. Sie wurden mehr oder weniger gezwungen, einen Räumungsvergleich zu unterzeichnen, in dem sie sich verpflichteten, freiwillig zu gehen. Zu diesem Vergleich hatte sie ein Bezirksrichter gedrängt, anstatt sie darüber aufzuklären, daß sie längst Anspruch auf unkündbare und billigere Hauptmieten hätten.

Betroffen sind ca. 100 Menschen, Kinder, Frauen, Männer, die zum Teil bis Wien zur Arbeit pendeln. Sie haben sich inzwischen an einen Anwalt gewandt und mit Aktionen zur Durchsetzung ihrer Rechte begonnen:

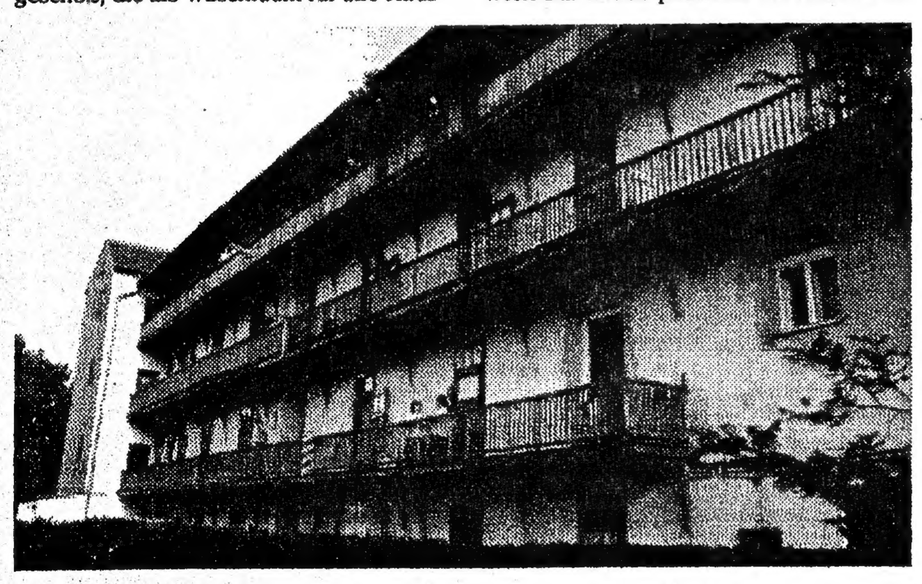
Am Fr., 23.7. demonstrierten die Betroffenen (gemeinsam mit UnterstützerInnen) durch Ternitz zum Amtshaus, wo die Demo ins Büro des Bürgermeisters vordrang und im Rahmen eines Gesprächs ihre Forderungen deponierte. Der Bürgermeister wimmelte sie ab.

Am Mi., 28.7. gab es ein Gespräch zwischen einer Delegation der BewohnerInnen und dem Verantwortlichen für Wohnungsangelegenheiten der Stadt Ternitz. Auch dieser konnte "leider nichts machen".

Am Di., 3.8.93 begannen 10 BewohnerInnen der Häuser einen Hungerstreik in einem Zelt vor dem Sitz der Gemeinde. Am nächsten Tag sicherten die Verantwortlichen aus Gemeinde, Hausverwaltung und Bezirkshauptmannschaft einen Räumungsaufschub für 2 Monate zu. Trotzdem sollen am 24.8. drei Wohnungen zwangsgeräumt werden.

Deshalb gab es am 11.8. einen weiteren Vorstoß bei der Bezirkshauptmannschaft und beim Vizebürgermeister (der zwar angeblich nicht im Haus war, aber dann doch am Gang angetroffen wurde, bevor er "flüchten" konnte). Auch dabei kam nicht mehr heraus als nichtssagendes Blabla. Man werde sich darum bemühen, daß die drei Familien, die zuerst betroffen sind, Übergangsquartiere bekommen werden, fixe Zusagen könne man aber nicht machen.

Ein zusätzliches Problem stellt sich mit dem neuen Aufenthaltsgesetz, das seit 1.7.1993 in Kraft ist: Einige BewohnerInnen, die letzte Woche um Visumverlängerung ansuchten, wurden von der Bezirkshauptmannschaft abgewiesen mit der Begründung, sie hätten "keine Wohnung", ihre Anträge wurden nicht einmal angenommen. (Am 13.8. erhielten sie dann doch ihre Visa.)



Kommt am 24.8. vor 10 Uhr nach Ternitz, Karl Huber-Straße 4

Wer bereits am 23.8. kommen will: Pennplätze sind vorhanden. Informationen gibt es im Halkevi (Volkshaus), Wien 2, Schiffamtstraße/Karl Hochedlingergasse.

Aus: Destroying ethnic Identity - The Gypsies of Bulgaria. A Helsinki Watch Report, Juni 1991; Dorfzigeuner. Kultur und Geschichte der Burgenland-Roma von der Ersten Republik bis zur Gegenwart. Claudia Mayerhofer: Picus-Verlag, 1987; Interim 248/15.7.1993; Münchner Bündnis gegen Rassismus; Neues Deutschland (verschiedene Nummern); Press-Info des Roma National Congress; ZAG 3.Jg. 7/2. Quartal 1993 (Mai - Juli); Zeck - das Info aus der Flora, 16/Juli 1993

Verfolgung in Geschichte und Gegenwart: Roma in Europa

Im folgenden wird der Begriff "Roma" *gebraucht. Es handelt sich dabei zugegebenerweise um eine Vereinfachung, weil z.B. die in Deutschland aufhältigen Roma eigentlich Sinti und Roma sind, während im Burgenland Roma und Lowara leben/lebten. Der Begriff* "Zigeuner" *ist eine Bezeichnung, die Roma selbst nicht verwenden. Die Bezeichnung* "gypsy" *geht auf den in Europa lange vorherrschenden Irrtum zurück, daß die Roma aus Ägypten stammen.*

Roma wanderten seit ca. 1300 aus Indien kommend in Europa ein. Aufgrund vielfältiger Diskriminierungen (man könnte auch sagen: *"Berufsverboten"*) arbeiteten sie hauptsächlich als Händler (Pferde etc.), Sammler (z.B. Pilze, die sie auf Märkten verkauften) und Kleinhandwerker (Scherenschleifer, Schmied, Korb- und Sesselflechter, ...). Sie wurden je nach Vorurteilen und *"Brauchbarkeit"* unterschiedlich behandelt und immer wieder entweder zur Seßhaftwerdung gezwungen oder vertrieben (siehe auch *"Roma im Burgenland"* weiter unten). Roma lebten traditionell in Familien- und Sippengemeinschaften. Bei einer Heirat wurde der Mann in die Familie der Ehefrau aufgenommen und mußte im weitesten Sinne den Schwiegervater als Familienoberhaupt anerkennen. Auch Nicht-Roma wurden so in die Großfamilie eingegliedert, häufig wurden auch Kinder adoptiert und ohne Unterschied zu den leiblichen Kindern behandelt.



Die Abschiebepraxis des Reiches traf vor allem asylsuchende und politisch unbequeme Ausländer; aus: „Simplicissimus"

Zwei historische Beispiele

Bulgarien

Obwohl die Roma aus Indien stammen, meint William Lockwood, ein Spezialist an der Universität von Michigan, daß man in bestimmter Hinsicht den Balkan als die *"Heimat der Roma"* bezeichnen kann, weil die frühesten Berichte über Roma in Europa von dort kommen (William G. Lockwood: *"An Introduction to Balkan Gypsies, Papers from the 4th and 5th Annual Meetings, Gypsy Lore Society, North American Chapter, 1985*). Ihr erstes Auftreten dort wird auf das 13. Jahrhundert oder früher geschätzt. Es gibt ein Dokument datiert mit 1378, das zeigt, daß damals bereits Roma in Bulgarien gelebt haben. (Dieses Dokument beinhaltet, daß König Ivan Shishman von Bulgarien dem Kloster Rila einige Dörfer schenkte, die teilweise von Roma bewohnt waren. - Donald Kenrick und Grattan Puxon: *"The Destiny of Europe's Gypsies"*, New York, Basic Books, 1972, S.15) Auch nachdem viele Roma weiter nach Westen gezogen waren, blieb der Balkan die Region mit der höchsten Konzentration von Roma in Europa.

Alte Dokumente belegen, daß vor 1300 Roma am Balkan versklavt wurden. Unter den Ottomanen (Mitte 14. Jahrhundert bis Ende des 19. Jahrhunderts) hatten sie generell den Status von Bürgern 2. Klasse. Sie wurden dabei nicht schlechter behandelt als ethnische Bulgaren, die ebenfalls weniger Rechte genossen als die Türken. Moslemischen Roma ging es besser als christlichen.

In der Zeit der Monarchie (1878 - 1946) hatten die Roma weniger Rechte als die Bulgaren. Manush Romanov, Vorsitzender der Roma Democratic Union (RDU) und Parlamentsabgeordneter: *"Während der Monarchie hatten Roma keine Rechte. Ich war damals ein Kind. Wir waren die Gruppe, denen alle Rechte entzogen waren. Wir durften nicht einmal in der Straßenbahn fahren. Roma und ethnische Türken wurden verschieden behandelt. Die Türken waren in der sozialen Rangordnung höher gestellt. Die Türken erhielten Essensmarken, Roma nicht. Ich kenne moslemische Roma, die sich deshalb als Türken ausgaben."*

1934 wurde ein Gesetz zur Verteidigung des Staates, das alle antistaatlichen Organisationen untersagte, gegen zwei Roma-Organisationen angewandt, die Gesellschaft *"Ägypten"* und die Organisation *"Zukunft"*.

Obwohl die Roma in der Monarchie offiziell diskriminiert wurden, gestehen viele Beobachter König Boris zu, daß er Roma, die bulgarische Staatsbürger waren, im 2. Weltkrieg vor den Nazi-KZs gerettet hat. Eine ältere Roma: *"Hitler wollte alle Roma umbringen, aber Boris ließ ihn nicht, und deshalb lieben wir Boris."* (König Boris half auch, eine Anzahl bulgarischer Juden vor Hitlers KZs zu retten.)

In der Periode des Realsozialismus initiierte die KPB eine Assimilationskampagne. In dieser Zeit war die Roma-Frage tabu, die Regierung verneinte die Existenz von Roma und anderen Minderheiten. Die Verfassung von 1971 anerkannte keine nationalen Minderheiten, sondern sprach von Bürgern *"nicht-bulgarischer Abstammung"* (Die Verfassung von 1947 verwendete den Terminus *"nationale Minderheiten"*.).

Die Roma in Bulgarien waren bereits in der Monarchie Repressalien ausgesetzt, ebenso während der Periode des Realsozialismus, und auch nach dem Rücktritt von Todor Shivkov am 10.11.1989 sind sie weiterhin Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt. Mitte der 50er Jahre begann das Regime, die Roma zu assimilieren. Diese Kampagne dauerte ca. 30 Jahre lang und betraf nahezu alle Aspekte des Lebens.

Eine Quelle von 1955 listet 19 verschiedene Roma-*"Stämme"* allein in der nordöstlichen Region Bulgariens auf, wobei als Kriterien die Religion, Beruf und Seßhaftigkeit oder Nomadentum genommen wurden.

Auch heute versagt die Regierung den Roma gleiche Rechte. Besonders die Wohnungssituation zeigt, wie schlecht sie behandelt werden. Viele Roma leben in dichtbesiedelten Gegenden an den Stadträndern in Ghettos, viele besuchen getrennte Schulen, in denen ihnen das Erlernen der bulgarischen Sprache weitgehend verwehrt wird. Viele besuchen technische Schulen und haben danach keine Chance, eine Universität zu besuchen.

Auch am Arbeitsplatz werden sie diskriminiert. Einige erzählten, daß sie keine Unterstützung bekommen, weil sie Roma sind. Andere sagten, daß sie die ersten waren, die ihre Jobs verloren haben, wenn Unternehmen sich auf freie Marktwirtschaft umgestellt haben.

Die Regierung versagt den Roma politische Rechte. Sie können keine politischen Parteien auf ethnischer Grundlage bilden. Der RDU, einer Organisation zur Verteidigung der sozialen, kulturellen und politischen Rechte der Roma, wurde Ende 1990 der Parteienstatus versagt.

Keine einzige politische Partei verteidigt die Interessen der Roma, und die Regierung sowohl auf nationaler als auch auf lokaler Ebene nimmt ihre Probleme kaum wahr. Eher kritisieren Parlamentsabgeordnete und andere Politiker die Roma wegen ihres *"unsauberen Lebensstils"*, lauten Parties oder wegen Schwarzhandel, alles Stereotype, die Haß schüren. Die Roma sind Opfer des Nationalismus, der den Totalitarismus abgelöst hat.

In Bulgarien findet man in jeder Stadt und in jedem Dorf Roma. Meist leben sie in eigenen Vierteln oder Bezirken, oft am

Stadtrand. Viele dieser Vierteln sind Ghettos. Manche werden von Mauern umgeben, die die Stadtverwaltung vor einigen Jahrzehnten errichten ließ, um die miesen Lebensbedingungen zu verbergen.

Ihre Anzahl in Bulgarien ist groß, aber kaum exakt zu schätzen. Seit den 70er Jahren wurde kein ethnischer Zensus veröffentlicht. Das war Teil der Politik der Assimilation von ethnischen Minderheiten. Man muß also auf frühere Quellen zurückgreifen. Roma-Familien sind meist groß. Familien mit vier bis sechs Kindern sind normal, während die Bulgaren im Schnitt 1,5 Kinder haben. Grattan Puxon, ein Spezialist, schätzt die Zahl der Roma in Bulgarien auf 475.000 im Jahr 1986 (die Gesamtbevölkerungszahl wird auf 9 Millionen geschätzt). Amnesty international schätzte ihre Zahl 1986 auf 400.000. In einer Studie des Innenministeriums 1989 wurde die Roma-Bevölkerung mit 576.927 angegeben.

Die RDU schätzt die Anzahl der Roma auf eine Million. Vassil Chaprazov, erster stellvertretender Vorsitzender der RDU, meint: *"Wir denken, hier leben eine Million Roma, und wahrscheinlich sind es bedeutend mehr, wenn man bedenkt, daß viele sich schämen, sich als Roma zu bezeichnen. Meine Schätzung beruht auf alten Statistiken... Es gibt Roma, die sich als Bulgaren bezeichnen, weil sie Angst haben, sich als Roma zu deklarieren."*

Österreich (Burgenland)

Seit Beginn des 15. Jahrhunderts wanderten Roma-Nomaden vom Osten her nach Westungarn ein. Das erste Dokument, das Roma in Österreich erwähnt, ist ein Schutzbrief von König Sigismund für *"Georgius Chigan und seine Gesellschaft"* vom 23.4.1423. Schutzbriefe waren Vorläufer der Reisepässe und wurden meist gegen Bezahlung ausgestellt. Die Haltung der Behörden gegenüber Roma war äußerst unterschiedlich. Während z.B. die Grafen Batthyány von Németujvár (Güssing) sie für kriegswichtige Rüstungsarbeiten im Kampf gegen die Türken einsetzten, die u.U. auch eine Anzahl Soldaten stellen konnten und deshalb geschützt wurden, so versuchten die kaisertreuen Eszterházy sich ihrer zu entledigen. Immer wieder kam es zu Vertreibungen. In Ungarn tendierte man zu einer Duldung der Roma, während sie aus den Erbländern Niederösterreich und Steiermark vertrieben wurden.

Unter türkischer Herrschaft in Ungarn gestalteten sich die Lebensbedingungen für die Roma weit einfacher. Jedes Volk konnte im osmanischen Reich eine Heimat finden, unabhängig von seiner Muttersprache und seiner Hautfarbe. Wesentlich war nur, daß es die *"wahre Lehre Mohammeds"* akzeptierte, oder zumindest nicht bestritt. Deshalb traten im 17. Jahrhundert die mehreren tausend Roma auf dem Gebiet des dreigeteilten Ungarn größtenteils zum Islam über. Sie arbeiteten als Waffenschmiede, Zeltbauer, Barbiere, Scharfrichter und Henker.

Nach der Rückeroberung der Westteile Ungarns 1688 blieben die Roma zurück, der Herrschaftswechsel brachte ihnen aber nur Nachteile: ein Beschluß von Kaiser Leoopold von 1498, wonach derjenige, der *"Zigeuner schädigt, keine Sünde begeht"*, war immer noch in Kraft. 1720 bestimmte eine kaiserliche Verordnung Karls IV., daß die *"Zigeuner und jegliches liederliches Gesindel in Österreich"* ausgerottet werden sollten, etliche Roma flüchteten daraufhin nach Ungarn, wo man sich nicht viel um die Bestimmungen der Habsburger kümmerte.

Unter der Herrschaft von Maria Theresia wurde ein Konzept der Assimilierung verfolgt, das im wesentlichen aus vier Verordnungen bestand: Am 10.12.1758 verbot sie den Roma den Besitz von Pferden und Kutschen, um ihre Wanderungsmöglichkeiten einzuschränken. Sie sollten seßhaft werden. Wenn sie ihr Dorf verließen, so mußten sie genaue Angaben über ihre Reiserouten machen; durch eine zweite Verordnung wurden die Namen der Roma geändert: der übliche Nachname *"Zigani"* wurde durch *"Neubürger"*, *"Neuungar"*, *"Neusiedler"* ersetzt. Damit sollte die Integration vorangetrieben werden. Roma sollten ab dem 16. Lebensjahr zum Militär einberufen werden, was aber großteils am Widerstand der Heereskommandanten scheiterte. Außerdem sollten die Roma Handwerke erlernen, was ebenfalls kaum gelang, weil die Manufakturen Roma einfach nicht anstellten. Am 27.11.1767 folgte ein Beschluß, der die Roma unter die örtliche Gerichtsbarkeit stellte (bis dahin war der *"Woiwode"*, das Clan- oder Familienoberhaupt, der Richter). Die Gerichte wurden verpflichtet, das Vagabundieren zu untersagen und darüber zu wachen, daß sich die Roma in Kleidung, Sprache, Eßgewohnheiten und Beruf nicht von den Ansässigen unterschieden. Zugleich wurde eine Registrierung der Roma in jedem Ort angeordnet. Mit der vierten Verordnung vom 3.2.1773 wurde die Ehe einer Roma mit einem Rom allgemein verboten, Mischehen sollten gefördert werden. Weiters sollten alle Kinder über fünf Jahre zu *"christlichen"* Bürgern in entfernten Ortschaften zur Erziehung gegeben werden. In der Praxis scheiterten all diese Verordnungen, da der Staat nicht genügend Geld und Beamte zu ihrer Durchführung hatte. Allerdings kam es immer wieder zu schrecklichen Szenen, wenn Eltern ihrer Kinder beraubt wurden, viele Eltern begingen Selbstmord.

Unter Josef II. wurde die Verteilung der Roma-Kinder fortgesetzt. Großteils kehrten die Kinder nicht zu ihren leiblichen Eltern zurück, sondern blieben zeitlebens als Knechte und Mägde am Hof der Pflegeeltern, Mischehen waren an der Tagesordnung.

Im 19. Jahrhundert kamen weitere Roma aus dem Osten nach Ungarn, sie wurden entweder zurückgewiesen oder als *"Banden"* verhaftet. Häufig flüchteten sie aus dem Arrest. 1870 wies der Vizegespan des Komitats Eisenburg die zuständigen Ämter an, alle Roma mit ihren Spitznamen zu registrieren, um eine bessere Kontrolle über sie zu ermöglichen. 1873, 1880 und 1893 wurden neuerlich Registrierungen durchgeführt.

1909 erließ der Vizegespan von Ödenburg eine Verordnung, derzufolge alle Wander-Roma und Roma-Karawanen sofort verhaftet werden sollten. Im 1. Weltkrieg wurden alle Roma-Männer zwischen 18 und 25 Jahren zur Armee eingezogen, Roma durften den ihnen zugeteilten Aufenthaltsort ohne polizeiliche Zustimmung nicht verlassen. Frauen und untaugliche Männer wurden zu Arbeiten nach dem Kriegsleistungsgesetz herangezogen, sie erhielten weniger Lohn als die übrige Bevölkerung, der noch dazu in Naturalien ausbezahlt wurde.

In der 1. Republik wurde eine Fotokartei aller Roma angelegt und die Numerierung ihrer Häuser durchgeführt, Wanderungsbewegungen sollten unterbunden werden. Im Jahr 1925 wurden 5.480 Roma im Burgenland gezählt, Zählungen von 1927 schwanken zwischen 6.032 und 7.164 Roma.

Verhaftung eines Burgenland-Rom in der Zwischenkriegszeit; im Hintergrund ein typisches Roma-Haus ("Putri")

Im Jahr 1936 wurde in Wien eine eigene *"Zentralstelle zur Bekämpfung des Zigeunerwesens"* errichtet, die Roma wurden zum Sündenbock für die Massenarbeitslosigkeit. In Pinkafeld wurde eine nächtliche Ausgangssperre von 18 bis 7 Uhr gegen Roma verhängt. Es kam zu Ausschreitungen und Morden an Roma: 1935 wurde in Stegersbach eine Rom beim *"Christbaumdiebstahl"* von einem Bauern erschossen (nach ungeschriebenen Gesetzen durfte sich jeder Ortsbewohner einen Christbaum aus dem Wald holen, ohne daß dies als Diebstahl galt), ein Scherenschleifer wurde von einem Bauern erschossen, angeblich um einer Brandstiftung vorzubeugen.

Sofort nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten 1938 setzten Verfolgungen gegen die Roma im Burgenland ein. Gauleiter Thobias Portschy: *"Willst du, Deutscher, Totengräber des nordischen Blutes im Burgenland werden, so übersehe nur die Gefahr, die ihm die Zigeuner sind. Kampf dem Eindringling und Schmarotzer im nationalsozialistischen Reich. Beschütze dein Blut vor der Zersetzung durch die orientalischen Pestträger."* Portschy arbeitete ein Programm gegen die Roma aus, das u.a. vorsah, daß Geschlechtsverkehr zwischen Roma und Deutschen als Rassenschande bestraft werden sollte, Roma den Zugang zur Volksschule verwehrte, die Sterilisierung vorsah etc. Am 13.3.1938 begann die erste Vernichtungswelle. In allen Gemeinden wurden die Roma erfaßt. Roma durften bereits an der Volksabstimmung am 10.4.1938 nicht teilnehmen und wurden als *"Fremde"* unter Sondergesetze gestellt. Ab Mai 1938 wurde den Roma-Kindern der Schulbesuch verboten.

Am 5.6.1938 richtete das Reichskriminalamt Berlin den Befehl an Wien, alle männlichen Burgenland-Roma abzuholen und nach Dachau und Buchenwald zu verschicken, sofern sie nicht bei der Ernte eingesetzt waren. Im Juli 1938 verordnete Portschy die allgemeine Arbeitspflicht für Roma an öffentlichen Bauten und in Privatunternehmen. Die tägliche Arbeitszeit betrug 10 Stunden, die Arbeitgeber hatten dafür RM 0,27 zu bezahlen.

Am 23.11.1940 wurde im Bezirk Oberpullendorf in Lackenbach ein Roma-Lager errichtet. Anfangs waren hier 180 Roma interniert, die Masseneinlieferungen begannen 1941, ab damals schwankte der Personenstand zwischen 500 und über 2000 Menschen. Am 4. und 8.11.1941 wurden jeweils 1000 Roma nach Lodz (Litzmannstadt) deportiert und dort ermordet. Das *"Familienlager"* Lackenbach ist durchaus einem Konzentrationslager vergleichbar, trotzdem erhielten die dort Gefangenen von der 2. Republik bis 1961 keine Entschädigungen. Im Lager herrschte Prügelstrafe, Appellstehen, Essensentzug, Zwangsarbeit und schließlich Deportation nach Ravensbrück oder Auschwitz. Auch nach Sachsenhausen und Mauthausen wurden Roma deportiert. Baron Rochonczy gelang es, über 100 Roma aus Lackenbach zur Flucht nach Ungarn zu verhelfen.

Im Jänner 1943 wurde vom Reichssicherheitshauptamt der Erlaß an alle Kripostellen ausgesendet, der die Vernichtung aller *"rassisch minderwertigen Personen"* forderte. Von März bis Mai 1943 rollten Transportzüge mit österreichischen Roma nach Auschwitz-Birkenau. In der Nacht vom 2. auf den 3.8.1944 wurden 2.897 Frauen, Kinder und Männer zur Vergasung geführt.

Im Jänner 1945 begann in Ravensbrück *"aus experimentellen Gründen"* die Sterilisierung von Roma-Frauen und Mädchen durch Prof. Dr. Clauburg. Nur wenige junge Roma-Frauen überlebten die NS-Vernichtungslager, alle älteren Frauen starben entweder in den Lagern oder bei den Hungermärschen nach Bergen-Belsen und Mauthausen.

Von den wenigen Überlebenden des nationalsozialistischen Völkermords kehrten nur etwa 200 Roma in ihre Heimat zurück, ein Teil versuchte sich zu asssimilieren und wanderte nach Wien oder in andere Bundesländer, wo sie niemand kannte, ab. Viele wechselten ihren Familiennamen, manche Eltern verheimlichten ihren Kindern sogar ihre Abstammung. Die zweite Gruppe siedelte sich wiederum im Burgenland an und entwickelte in der dortigen Isolation neue Eigenschaften, die heute bei der übrigen Bevölkerung als typisch *"zigeunerisch"* gelten. Heute gibt es etwa 12 derartige Siedlungen.

"Wir sind zu Geiseln der osteuropäischen Staaten geworden" **Rudko Kawczynski, Präsident des Roma National Congreß (RNC).**

Gegenwart: Deutschland

Am 1.11.1992 trat das zwischen Deutschland und Rumänien getroffene *"Rückführungsabkommen"* in Kraft. Dieser am 24.9.1992 vom deutschen Innenminister Seiters und seinem rumänischen Kollegen Victor Babiuc unterzeichnete Vertrag sieht vor, daß Menschen tatsächlicher oder vermuteter rumänischer Staatsbürgerschaft von Deutschland nach Rumänien abgeschoben und dort aufgenommen werden. Das Abkommen sieht vor, neben amtlichen Dokumenten jetzt auch sogenannte *"verläßliche Zeugenaussagen"* als Beweis für die Staatsangehörigkeit gelten zu lassen. Der Vertrag sieht eine gegenseitige Übernahme von rumänischen bzw. deutschen Staatsbürgern vor, wobei zweiteres wohl eher symbolisch zu verstehen ist.

Um das Abkommen der rumänischen Regierung schmackhaft zu machen, zahlte die BRD-Regierung 30 Millionen DM (210 Millionen öS) an Rumänien für die Herstellung von Ausbildungszentren in Arad, Tamas, Sibiu etc. Fraglich ist, ob die abgeschobenen Roma und Sinti etwas von diesem Geld sehen werden.

Ein ähnliches Abkommen wurde auch mit Polen geschlossen, weitere Abkommen sollen demnächst auch mit anderen osteuropäischen Staaten geschlossen werden, die aber wiederum ihrerseits weiter abschieben wollen. So entsteht ein Geflecht von bilateralen Abkommen, die die imperialistische "Wohlstandsinsel" Westeuropa vor "unkontrolliertem Zustrom" abschotten soll (Selbstverständlich geht es nicht darum, niemanden mehr hereinzulassen, sondern darum, daß die Reservearmee unter Kontrolle gebracht werden soll. In Österreich z.B. gibt es seit 1.7.1993 ein *"Aufenthaltsgesetz"*, nach dem Menschen ohne österreichischen Paß bereits in ihren Heimatländern um Visum und Arbeitserlaubnis ansuchen müssen, um hier arbeiten zu *"dürfen"*. Dafür erteilt das Innenministerium jährlich sogenannte Kontingente für jedes Bundesland, wieviele Menschen einreisen dürfen. Wien z.B. hat bereits klar gemacht, daß das diesjährige Kontingent von der Stadt nicht zur Gänze ausgeschöpft werden wird.):

So vertritt z.B. die tschechische Regierung den Standpunkt, erst dann einem Abkommen zuzustimmen, wenn sie selber entsprechende Verträge mit Polen und Ungarn geschlossen hat (aus Tschechien gibt es immer wieder Berichte über Roma-Verfolgung durch Skinheads, allerdings scheinen die Roma inzwischen zur Gegenwehr übergegangen zu sein und überfallen ihrerseits Skinheads-Banden).

Tschechien verlangt nun eine "sichere" Grenze zur Slowakei, um ein Abkommen mit Deutschland zu unterschreiben. Die Slowakei wiederum will ein Abkommen mit Ungarn über die Rücknahme von Flüchtlingen - und verhandelt auch mit der Ukraine -, aber Ungarn weigert sich, weil es keine "Abnehmer" hätte. Derzeit stehen zwischen Tschechien und der Slowakei neben Fremden- und Grenzpolizei 300 Soldaten zur Bewachung der noch nicht befestigten 230 km langen Grenze.

Am 24.7.93 schlossen Polen und Rumänien einen "Rückführungspakt". Als Begründung nannte der polnische Innenminister Milczanowski, daß Polen sich verpflichtet habe, alle aus Deutschland abgeschobenen rumänischen AsylbewerberInnen aufzunehmen, und die Flüchtlinge aus Rumänien die größte Gruppe der illegalen Grenzgänger nach Polen seien.

Mazedonien erhielt 30 Millionen DM, um deportierte Roma aufzunehmen. Im Ghetto Sutka am Rande von Skopje leben über 40.000 Roma zum Teil in Pappkartons, es gibt keine Kanalisation, kein fließendes Wasser und keine medizinische Versorgung. Die Kindersterblichkeit beträgt hier über 50%. Eine deutsche Journalistendelegation berichtet über Sutka: *"Zwischen 40.000 bis 50.000 Roma leben dort auf engstem Raum unter elendsten Bedingungen. .. Die Kindersterblichkeitsrate ist extrem hoch, medizinische Versorgung ... nur mangelhaft vorhanden. Licht, Wasser und Kanalisation fehlen; während der warmen Jahreszeit sind Epidemien an der Tagesordnung. Im Winter waten die*

Menschen knietief in einem Schlamm aus Fäkalien, Abwässern und getautem Schnee. ... Über 80% der Menschen haben keinen Broterwerb. Gelegentliche Tagelöhnerarbeiten können das Existenzminimum der Familien nicht sichern. Polizeiübergriffe, Malträtierungen und Razzien sind an der Tagesordnung ... An manchen Tagen fährt ein vollbesetzter Polizeiwagen durch die Straßen des Ghettos. Alle Scheiben sind heruntergedreht, und aus den Fenstern prügeln Polizisten wahllos auf die Menschen ein."

Allein im Jahr 1992 verhinderte das Bundesheer über 100.000 Versuche von Grenzübertritten, und angeblich war unter diesen 100.000 Menschen kein einziger Flüchtling, laut Innenminister Löschnak sind keine Asylanträge an der Grenze gestellt worden. Und ähnliche Berichte wie die über die Zustände an der österreichisch-ungarischen Grenze kommen jetzt aus dem Osten Deutschlands: An der deutsch-polnischen Grenze, die jetzt massiv von Freiwilligenverbänden kontrolliert wird (derzeit werden wieder 1500 Hilfsgrenzschützer ausgebildet), ist es den eingefangenen Flüchtlingen kaum möglich, Asylanträge zu stellen. So berichten Flüchtlinge, daß sie sehr wohl einen Asylantrag stellen wollten, aber mit der barschen Auskunft *"Asyl gibt es hier nicht"* abgefertigt worden seien. Andere sagten, daß sie in der Annahme, daß es sich bei vorgelegten Dokumenten um einen Asylantrag handle, eine Einverständniserklärung zur Rückführung unterzeichnet hätten. Allein seit Anfang Februar sind dem Roma National Congreß dreißig Fälle von vermißten Personen gemeldet worden, immer wieder werden Leichen von Ertrunkenen an die Ufer von Oder und Neiße gespült. Aber nicht nur an der deutsch-polnischen Grenze wird dichtgemacht: Seit 1.7. sind an Bayerns Grenzen 5.967 Personen abgewiesen worden, das sind 76% mehr als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. (Quelle: Bayerischer Innenminister Beckstein)

Die gefangenen Flüchtlinge werden in Sammeltransporten nach Berlin-Schönefeld (Flughafen) gebracht. Hier werden sie in Baracken gesperrt, unter massiver BGS-Bewachung schließlich in die Flugzeuge der staatlichen rumänischen Linie *"Jaro-International"* gesetzt und nach Bukarest deportiert (Zur Behandlung abgeschobener Flüchtlinge seitens rumänischer Behörden siehe auch Info-Verteiler Nr. 33/S.6 *"Bericht aus der Schubhaft"*). Allein von Berlin-Schönefeld aus werden täglich 100 Flüchtlinge nach Rumänien deportiert. Über 15.000 Roma wurden bereits über den Flughafen Berlin-Schönefeld aus Deutschland abgeschoben. Ähnliche Zustände herrschen in Frankfurt und München.

Übrigens hat die deutsche Regierung gegen den Begriff *"Deportation"* im Zusammenhang mit den Massendeportationen von Roma protestiert, und das nicht zum ersten Mal: Als im Jahr 1942 die Deportationen der Juden und Jüdinnen aus Frankreich nach Auschwitz begannen, forderte der Militärbefehlshaber in Frankreich, *"das Wort 'Deportation' nicht zu benutzen, weil dieses noch aus der zaristischen Zeit mit dem Abschub nach Sibirien unmittelbar verbunden ist."* Er schlug vor *"Umsiedlung der Juden, denn dieser Version kommt zugute, daß die Transporte geschlossene Familien enthalten können"*.

Zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des deutsch-rumänischen Abkommens befanden sich ca. 60.000 RumänInnen in Deutschland, unter ihnen 43.000 Roma aus Osteuropa. Da der Vertrag auch Abschiebungen ohne Reisepässe erlaubt, läßt die deutsche Regierung auch z.B. Roma aus Ex-Jugoslawien nach Rumänien deportieren, die dann von den rumänischen Behörden weiter abgeschoben werden.

Nach Berichten der *"Gesellschaft für bedrohte Völker"* hat es seit 1990 in Rumänien über 20 Pogrome gegen Roma gegeben. Dazu gehörten Überfälle wie in der Stadt Turu Lung, wo 1000 Rumänen mit Fackeln in das Roma-Viertel eindrangen und 36 der 41 Roma-Häuser in Brand steckten. Dutzende Roma, die ihren Besitz gegen den Mob verteidigten, wurden krankenhausreif geprügelt, ein dreijähriges Kind starb in den Flammen. Die Zeitschrift *"Renesterea Banateana"* schrieb: *"Man muß mit den Zigeunern dasselbe machen, was Antonescu mit ihnen gemacht hat."* Der Diktator, ein Verbündeter Hitlers, hatte die *"Ausmerzung aller Zigeuner"* angeordnet.

Das hindert die deutsche Regierung nicht daran, das Land nach dem am 25.6.93 geschlossenen *"Asylkompromiß"*, der am 1.7.1993 in Kraft trat, als *"sicheren Drittstaat"* zu bezeichnen, womit Deutschland gegenüber Österreich aufgeholt hat (in Österreich gilt z.B. Bulgarien trotz eines bulgarisch-türkischen "Freundschaftsabkommens" als "sicherer Drittstaat" für Flüchtlinge aus der Türkei/Nordkurdistan).

Widerstand

Der 16. Mai 1993 war der 53. Jahrestag der ersten Deportationen von Roma nach Auschwitz, über eine halbe Million Sinti und Roma fielen dem nazistischen Völkermord zum Opfer.

Der 16. Mai 1993 war der Beginn des Kampfes der Roma gegen Abschiebungen und für ein gesichertes Bleiberecht in Deutschland:



Zeltlager bei Kehl (Baden)

An diesem Tag versuchten 500 Roma, die KZ-Gedenkstätte in Neuengamme bei Hamburg zu besetzen, um eine *"Fluchtburg"* zu errichten. Die Hamburger Kulturbehörde mobilisierte gegen diese Aktion die Polizei: 1400 PolizistInnen bewachten zwei Wochen lang die Gedenkstätte, um die Besetzungsaktion zu verhindern. Begründung der Kulturbehörde war, daß das ehemalige Vernichtungslager eine *"Grün- und Erholungsanlage"* sei und *"die Gedenkstätte nicht für die aktuelle Asyldiskussion mißbraucht werden soll und daß die Funktion als Gedenkstätte durch diese Aktion beeinträchtigt würde"*. Die Roma durchbrachen die erste Bullensperre, wurden dann jedoch aufgehalten. Sie zogen sich daraufhin auf einen anliegenden Acker zurück, auf dem 140 Roma dann campierten.

Der Präsident des Roma National Congreß, Rudko Kawczynski, erklärte: *"Wir können nicht zulassen, daß Polizeistiefel auf den Gräbern unserer Ahnen patroullieren."* Das *"Forum Jüdisches Leben"* erklärte sich solidarisch mit den Roma. Es müsse *"ein für allemal klargestellt werden, daß KZ und ihre Gedenkstätten den Nachkommen der massakrierten Menschen, Roma und Juden, gehören."*

Am 25.6.93 waren es bereits 500 Roma, die neben dem ehemaligen KZ-Gelände campierten. Auch dem UNESCO-Roma-Beauftragten Ian Hancock wurde zunächst der Zutritt zur Gedenkstätte verwehrt. Er unterstützte die Aktion und Forderungen der Roma. Währenddessen befand sich

Rudko Kawczynski den 10. Tag im Hungerstreik.

Ebenfalls am 16. Mai 1993 besetzten vorerst 40 Roma die Evangelische Versöhnungskirche der KZ-Gedenkstätte Dachau. Ausgelöst wurde die Aktion durch einen Hungerstreik der Schriftstellerin Anita Geigges in der Versöhnungskirche. Die Roma wollten eine *"Fluchtburg"* errichten und die Deportationen verhindern. Die Besetzung in Dachau fiel zusammen mit dem *"25. evangelischen Kirchentag"* in München, auf dem viele Menschen die Forderungen der Roma unterstützten. Kaum war der Kirchentag vorüber, drohte die bayrische Polizei den Roma mit Abschiebungen, wenn sie die Gedenkstätte nicht bis zum 20. Juni räumen.

Auch die Kirche selbst fiel sehr schnell um: Am 18.6.93 erklärte das bayrische Landeskirchenamt, man könne den Aufenthalt der Roma auf dem Gelände der Gedenkstätte nicht länger dulden. Ziel der Aktion sei es gewesen, auf dem Kirchentag das Anliegen der Roma öffentlich zu machen.

Dem widersprach Jasar Demirov, Präsident der Roma Union Süd in einer Pressemitteilung und bezeichnete die Zuflucht vor Abschiebung als das Ziel der Aktion. Er appellierte an die Kirche, sich nicht zum Handlanger des Staates machen zu lassen.

Am 22.6.93 wurde das Landeskirchenamt von 15 UnterstützerInnen aus dem *"Münchner Bündnis gegen Rassismus"* besetzt, die Bullen räumten sofort und die Leute wurden ED-mißhandelt, teilweise kam es noch während ihrer Anhaltung zu Hausdurchsuchungen.

Am 23.6.93 trafen 150 Roma aus der Gruppe, die zuvor versucht hatte, das Gelände in Neuengamme zu besetzen, und danach über Solingen und Bonn (dort waren es schon einige hundert), wo sie das Büro des UN-Flüchtlingshochkommissariats belagert hatten, in Dachau ein. Pfarrer Bauer erklärte, diese Gruppe sei *"gewaltbereit"* und forderte Demirov auf, sich von ihr zu distanzieren, was dieser ausdrücklich ablehnte. (Die BRD ist das einzige Land Europas, das die UN-Resolution Nr. 62 vom 5.3.1992 zum *"Schutz der Roma"* nicht unterzeichnet hat.)

Am 27.6.93 gab Rudko Kawczynski bekannt, daß der RNC die Bundesrepublik beim Europäischen Gerichtshof verklagen wird. (Die Klage stützt sich juristisch darauf, daß es völkerrechtlich unzulässig ist, einem Menschen gegen seinen Willen eine Staatsbürgerschaft aufzuzwingen. Roma, die bisher Bürger des Vielvölkerstaates Jugoslawien waren, können demnach nicht einfach einem der auf exjugoslawischen Territorium neu entstehenden Nationalstaaten zugeordnet werden. Zumal die künftige Grenzziehung und Form der neuen Staaten noch gar nicht klar ist.) Er forderte einen Abschiebungsstop bis zum Urteilsspruch.

Am 3.7.93 fand vor dem Gelände in Dachau eine Demonstration von ca. 500 Leuten statt. Für diesen Anlaß wurde die Gedenkstätte gesperrt, die Roma blieben in der Gedenkstätte.

Seit dem 18.7.93 sitzt ein Rom in Calw (Baden-Württemberg) in Abschiebehaft. Er soll nach Serbien deportiert werden, Begründung dafür ist seine Teilnahme an der Aktion in Dachau.

In Köln macht die Deutsche Liga mit Steckbriefen und Kopfgeld Jagd auf eine Rom-Frau, die nach vier Jahren Aufenthalt in der BRD im Februar 1988 nach Mazedonien abgeschoben und aufgrund der dortigen Verhältnisse zu ihrem Mann und Kindern nach Köln zurückgekehrt war. Die Familie lebt seither versteckt in der Illegalität.

Am 27.5.93 wurde die Familie Useinov mit drei Kindern überraschend in ihrer Unterkunft in Maulbronn (bei Pforzheim) verhaftet, und, obwohl noch ein Asylantrag lief, am selben Tag ins Flugzeug nach Skopje, Mazedonien gesetzt. Daraufhin flohen Roma aus Baden-Württemberg, darunter alle Roma-Familien aus der Unterkunft in Maulbronn, in großer Angst nach Dachau. Die Zahl der Zufluchtsuchenden in Dachau wuchs auf etwa 150. Inzwischen gibt es neue, krasse Abschiebungsfälle. Ende Juni wurde eine Familie mit fünf Kindern nach Mazedonien abgeschoben. Die Frau, die selbst aus dem Kosovo stammt, wurde in Mazedonien nach 24 Stunden in Haft genommen, von ihrem (aus Mazedonien stammenden) Mann und den Kindern getrennt und allein nach Kosovo abgeschoben. Ein Kind blieb allein mit seiner Tante in Dachau zurück.

"Die Preise steigen", schildert Rudko Kawcynski: *"Mazedonien gab man erst 10 Millionen Mark für die Rücknahme von abgeschobenen Asylsuchenden, dann hat man das auf 30 Millionen aufgestockt; dann wollte Rumänien auch 30 Millionen, jetzt kriegt Polen 120 Millionen; Rumänien will auch aufgestockt werden, sonst will es die Roma nach Deutschland zurückschicken - wir sind Geiseln der osteuropäischen Staaten geworden."*

Nach Pogromen in Rumänien sind laut amnesty international überproportional viele bzw. ausschließlich Roma angeklagt oder Ermittlungen unterworfen worden, selbst wenn sie Opfer der Angriffe waren.

In Ex-Jugoslawien dienen Roma hauptsächlich als Kanonenfutter der verschiedenen Seiten. Trotzdem werden sie von Deutschland nach Kroatien, Bosnien-Herzegowina, Serbien und Mazedonien abgeschoben. Deutsche Gerichte behaupten, Deserteuren etwa aus Mazedonien drohe dort keine Gefahr, sondern nur eine geringe Geldbuße (Gerichtsbeschluß für Abschiebung, Düsseldorf, Ende Juni 1993). Betroffene hingegen berichten: *"Dort (Mazedonien) sind alle Deserteure in Computern erfaßt. Schon an der Grenze werden sie als solche erkannt ... Fahnenflüchtige werden prinzipiell erschossen."*

Am 9.7.93 haben die letzten der rund 400 Roma aus dem ehemaligen Jugoslawien Dachau verlassen. Vorausgegangen war ein Ultimatum des bayerischen Innenministers Beckstein (CSU), das Kulturministerium hatte Strafanzeige erstattet. Unterdessen begannen 18 Roma mit einem Hungerstreik. (Übrigens befanden sich zu dieser Zeit am Flughafen Frankfurt 36 andere festgehaltene Flüchtlinge ebenfalls im Hungerstreik.)

Am 7.7. hatten 250 Roma Dachau verlassen und wollten nach Strassbourg ziehen, um mit Vertretern des Europaparlaments zu sprechen. Laut Kawczynski wollen die in Deutschland politisch verfolgten Roma Frankreich um Asyl ersuchen. Die inzwischen 500 Roma errichteten zunächst ein Zeltlager bei Kehl (Baden-Württemberg) auf einem ehemaligen französischen Truppenübungsplatz, später pachtete der RNC ein Stück Land bei Kehl, um das Flüchtlingslager hierher zu übersiedeln. Am 22.7. abends umstellten Bullen das Lager und forderten die Roma auf, es zu räumen. Nach der Zusicherung, am nächsten Tag abzumarschieren, wurde die Polizei wieder abgezogen.

Aus Leipzig wurden 72 Roma zur Rückkehr nach Rumänien gezwungen, nachdem sie offiziell ihre Asylanträge zurückgezogen hatten.

Die Forderungen der Roma an die Bundesregierung vom 5.5.1993

1. Die Anerkennung als ethnische und kulturelle Minderheit vor dem Hintergrund der besonderen Verantwortung des deutschen Volkes gegenüber den überlebenden Roma und Sinti des Holocaust.
2. Roma aus dem ehemaligen Jugoslawien im Rahmen einer einmaligen humanitären Aktion ein gesichertes Bleiberecht zu gewähren, analog der Aufnahme der Juden und Jüdinnen aus der ehemaligen Sowjetunion.
3. Die Finanzierung der für Roma errichteten *"townships"* in den Ghettos osteuropäischer Staaten sofort einzustellen.
4. Romaflüchtlinge entsprechend der Genfer Konvention von 1956 zu behandeln und ihnen im Einklang mit der Genfer Konvention Flüchtlingspässe auszustellen.
5. Sich verbindlich zur konkreten Umsetzung der bisherigen europäischen Resolutionen und Empfehlungen durch besondere Maßnahmen zu verpflichten.
6. Die Resolution Nr. 62 der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen vom 5.3.1992 mit dem Titel *"Schutz der Roma"* nachträglich zu unterzeichnen.
7. Bei Vergabe von deutschen Hilfen Staaten auszuschließen, die Menschenrechtsverletzungen an Roma begehen.

Beitrag von Frauen aus dem "Komitee gegen den imperialistischen Krieg", Hamburg, gehalten auf der "Veranstaltung zur imperialistischen Kriegspolitik und zur Situation in Jugoslawien" am 24.Juni 1993 in Hamburg; entnommen aus Info Heidelberg, 22.7.1993

Zur Situation der Frauen in Jugoslawien

Wir halten einen Beitrag zur Situation von Frauen in Jugoslawien, erstens weil Krieg generell für Frauen in patriarchalen Gesellschaften eine nochmal besonders verschärfte Situation bedeutet, die in der allgemeinen üblichen Berichterstattung kein Thema ist; Frauenalltag bedeutet neben der aktuellen Bedrohung durch den Krieg immer noch die Aufrechterhaltung des reproduktiven Lebens, sprich: die Organisierung des Überlebens der gesamten Familie, oftmals unter Einsatz ihres Lebens. Zweitens halten wir diesen Beitrag auch, um der Art und Weise, wie hier in den Medien und von Politikern mit den Massenvergewaltigungen Propaganda betrieben wird, etwas entgegen zu halten. Dafür ist es notwendig, auch etwas zur Geschichte von Vergewaltigungen im Krieg, die auf dem Boden von patriarchalen Gesellschaften stattfinden, zu sagen.

An das gezielte und gefärbte Licht der Öffentlichkeit gerieten die von allen Kriegsparteien in Ex-Jugoslawien begangenen Vergewaltigungen erst lange, nachdem dort Frauenprojekte ihre Arbeit dazu aufgenommen hatten. Plötzlich aber tauchten Tag für Tag neue Meldungen dazu auf, die gezielt nur über Vergewaltigungen durch Serben berichteten. Diese propagandistischen Berichte sind Teil der BRD-Kriegsstrategie, die die Serben als Aggressoren verantwortlich macht.

Eine solche Propaganda gerade mit diesem "Thema" hat interessanterweise auch schon Geschichte. Im Ersten Weltkrieg, als die Deutschen Belgien und Frankreich besetzten, wurden Berichte über Massenvergewaltigungen, die von Deutschen begangen wurden, von den Alliierten erstmalig gezielt und wissenschaftlich als Propaganda genutzt. Seither wurde dieses propagandistische Mittel der Kriegsberichterstattung wiederholt angewendet. Daß bei einer solchen Propaganda den Strategen das Schicksal der Frauen völlig egal ist, sollte allen eigentlich klar sein - unverständlich daher die auch von den Linken immer öfter geforderte Intervention der UNO als angeblicher Schutz. Neben der Tatsache, daß es bei einer solchen Intervention ganz offensichtlich nur um kapitalistische Weltmachtinteressen geht, die schon immer eine Verschlechterung der Lebensbedingungen gerade für Frauen bedeuteten, hieße eine solche Intervention für die Frauen dort lediglich die Ersetzung des einen Vergewaltigers durch den anderen. Denn auch die sogenannten Friedensarmeen der UNO waren und sind - wie andere konventionelle Armeen auch - begleitet von einem rapiden Anstieg von Prostitution und Vergewaltigung. Im Golfkrieg sind für die US-Armeen, wie im Vietnam-Krieg schon, sogenannte "rest-and-recreation-centers" in Ghana, Kenia und Tansania eingerichtet worden - erklärtes Ziel: die Kampfmoral der Truppe aufrecht zu erhalten.

Wichtiger Bestandteil der oben erwähnten Propaganda ist es, die Vergewaltigungen als einmalige barbarische Greueltaten von Untermenschen darzustellen. Dem steht gegenüber eine Geschichte von Massenvergewaltigungen im Krieg, die zurückreicht bis ins alte Griechenland. Es gehört zur patriarchalen Geschichte von Eroberungen anderer Länder, zu Haß und Gewalt dazu, und es war und ist Bestandteil der patriarchalen Kriegspraxis - und zwar sowohl als individuelle Machtdemonstration und Ausdruck von Frauenhaß als auch als Strategie zur Demütigung des Gegners. Susan Brownmiller, US-amerikanische Journalistin, die über Vergewaltigungen und Männerherrschaft recherchierte, schrieb dazu: "Vergewaltigung durch erobernde Soldaten zerstört bei den Männern der unterlegenen Seite alle verbliebenen Illusionen von Macht und Besitz. Der Körper der geschändeten Frauen wird zum zeremoniellen Schlachtfeld, zum Platz für die Siegesparade des Überlegenen."

Eine Ausnahme in dieser Kette bilden Befreiungskämpfe, wie z.B. der der vietnamesischen Befreiungsorganisationen FLN, wo auf Vergewaltigung tatsächlich hohe Strafen standen und auch ausgeführt wurden, und wo selbst westlich orientierte Journalisten nichts über Vergewaltigungen von Seiten der vietnamesischen Befreiungsbewegung zu berichten wußten. In diesem Befreiungskampf gab es außerdem die Praxis, Frauen, die von den GIs vergewaltigt worden waren, besonders zu würdigen. Letzteres erwähnen wir deshalb, weil der Umgang mit Vergewaltigungen - auch der in Jugoslawien - ein gänzlich anderer ist. Susan Brownmiller: "Im Krieg wie im Frieden bürden die Ehemänner ihren Frauen den größten Teil der Schuld an dem schrecklichen Ereignis auf. Die geheiligten Besitztümer sind verletzt worden, und das Besitzstück selbst trägt die Schuld."

Doch zurück zu den "zivilisierten Befreiern der westlichen Welt": Erstmals im Vietnamkrieg wurde öffentlich, daß zur Ausbildung eines US-amerikanischen GIs der Kampfschrei "rape and kill" ("vergewaltige und töte") zum Programm gehört. Neben den von den GIs begangenen zahllosen Vergewaltigungen hat es dort mehr als 500 000 Prostituierte gegeben, die in von der Armee eingerichteten Bordellen arbeiten mußten - mit offiziellem Segen des Generalstabschefs und der US-Botschaft. Oder Korea: Noch heute fordern 100 000 koreanische Frauen von Japan Wiedergutmachung für die Verschleppung durch japanische Soldaten in die sexuelle Versklavung. Ganz zu schweigen von den Greueltaten der deutschen Armee im Zweiten Weltkrieg beim Eroberungszug nach Osten.

Vor diesen Hintergrund und nur vor diesen Hintergrund wollen wir nun auf die Vergewaltigungen und die Gewalt gegen Frauen konkret in Jugoslawien eingehen. Zwei Dinge sind dabei von Bedeutung. Erstens: Massenhafte Vergewaltigungen werden dort von allen Kriegsparteien begangen. Zweitens: Es gibt nicht nur die propagandistisch auf das widerlichste ausgeschlachteten Vergewaltigungen von Soldaten an den Frauen des jeweiligen Gegners. Sondern Vergewaltigungen und Gewalt überhaupt gegen Frauen - und zwar von Freunden, Ehemännern und Bekannten der Frauen - sind im Krieg sprunghaft eskaliert und angestiegen.

In diesem Zusammenhang ist es wichtig, auch die Asylpolitik der BRD(1) zu erwähnen. Immer wieder werden selbst vergewaltigte Frauen von hier abgeschoben. Dies ist unter anderem darauf zurückzuführen, daß außer der ohnehin durchgesetzten Verschärfung des Asylrechts geschlechtsspezifische Verfolgung kein juristischer Asylgrund ist, und zeigt die Notwendigkeit der Forderung wieder einmal auf.

Frauennotrufprojekte in Jugoslawien berichten über den Anstieg der Gewalt gegen Frauen im Zuge des Krieges folgendes:

★ Der Prozentsatz von Waffenbesitz unter gewalttätigen Männern verdoppelte sich.

★ Kriegsveteranen wurden erstmals gegen ihre Ehefrauen und Mütter gewalttätig.

★ Die Gewalt in interkulturellen Ehen nahm zu.

★ Das von ihnen sogenannte "Post-TV-Nachrichten-Gewaltsyndrom" tauchte auf; d.h., Männer wurden unmittelbar nach der Kriegsberichterstattung im Fernsehen gewalttätig. Letzteres wurde auch von einer Kanadierin berichtet, die während des Golfkrieges in einer Notrufstelle gearbeitet hat. Auch dort in Winnipeg war festzustellen, daß die Zahl der Vergewaltigungen und Angriffe auf Frauen mit der Kriegsberichterstattung anstieg.

Konkret zur Arbeit und Situation der vor allem in Zagreb, Belgrad und Ljubljana existierenden feministischen Frauenprojekten läßt sich folgendes sagen: Zur Geschichte dieser Gruppen und auch zur oben beschriebenen eskalierten Situation für Frauen ist es wichtig zu wissen, daß vor dem Krieg eine relativ starke Frauenbewegung in Jugoslawien existierte, der es z.B. konkret in Kroatien gelang, vor dem Krieg ein geplantes reaktionäres Abtreibungsgesetz mit einer Kampagne zu Fall zu bringen. Dieses Gesetz ist dann im Zusammenhang mit einem nur noch als faschistisch zu bezeichnenden Konzept zur sogenannten "demographischen Erneuerungs Kroatiens"(2) nach Beginn des Krieges durchgesetzt worden. Dieses Konzept sieht unter anderem die "Familie der kroatischen Zukunft" mit drei bis vier Kindern

und beinhaltet die Bekämpfung des "Nicht-Frauentums", d.h. z.B. kinderlose Frauen, und die Entlassung berufstätiger Mütter.

Die sich selbst als anti- oder übernational bezeichnenden Projekte bestehen auf ihrer Zusammenarbeit mit Feministinnen aus den jeweils anderen Republiken und arbeiten konkret in Frauenhaus- oder Notrufprojekten für mißhandelte Frauen aller Nationalitäten. Ihr antinationalistischer Ansatz führt dazu, daß sie von mehreren Seiten als "Vaterlandsverräterinnen" unter Druck gesetzt und bekämpft werden. Zum einen gibt es auch in der ehemaligen jugoslawischen Frauenbewegung einen Teil, der im Zuge des Krieges patriotische und nationalistische Positionen einnahm und von den Frauen in Zagreb z.B. forderte, keine serbischen Frauen mehr aufzunehmen. Diese nationalistischen Frauengruppen sind natürlich diejenigen, die von den Institutionen der BRD unterstützt und vorgeführt werden. Zum anderen und weitaus bedrohlicher ist die Bekämpfung von Seiten der kroatischen Regierung und den Medien. Als Beispiel sei hier nur kurz ein Artikel in einer kroatischen Zeitung genannt, der unter dem Titel "Kroatische Feministinnen vergewaltigen Kroatien" die Namen, Fotos und Adressen von Aktivistinnen veröffentlichte. - Deshalb ist es wichtig, diesen Projekten eine Öffentlichkeit hier zu ermöglichen und sie politisch und finanziell zu unterstützen.

Anmerkung Infoverteiler:

(1) Auch die Praxis der Asylpolitik in Österreich schaut so aus, daß vergewaltigte Frauen an den Grenzen zurückgewiesen oder abgeschoben werden.

(2) Im Info-Verteiler Nr.32, Dez.1993 steht mehr zur faschistischen "demographischen Erneuerung Kroatiens".

Antifa-Info Nr. 23, Sommer 1993

Somalia/Kanada

Soldaten der kanadischen Luftlandetruppen, die sich als Teil der UNO-Streitkräfte in Somalia aufhalten, sind Mitglieder von Organisationen der "*Weißen Vorherrschaft*". Zwei sind angeklagt wegen Ermordung eines Somaliers, zwei weitere wegen Folter und Fahrlässigkeit im selben Zusammenhang. Untersucht wird noch die exekutionsähnliche Tötung eines unbewaffneten anderen Somaliers. Ein Kanadier der selben Einheiten wurde 1990 mit Hitler-T-Shirt und Hitlergruß fotographiert. Von einem anderen ist bekannt, daß er paramilitärisches Training für die in Toronto ansässige "*Heritage Front*" durchgeführt hat. Auch wurden Soldaten mit Tätowierungen des "*Weißen Arischen Widerstand*" gesehen.

Interim 249/29.7.1993

Eine Stellungnahme der Verteidigung von Birgit Hogefeld zur Vorgeschichte der Verhaftung in Bad Kleinen

Die Verteidigung von Birgit Hogefeld sieht sich angesichts der staatlichen Vertuschungen und Unwahrheiten gehalten, folgende Stellungnahme abzugeben. Zur öffentlichen Vorverurteilung unserer Mandantin, der Aufhebung der Unschuldsvermutung, der Isolationshaft, der Verlegungspraxis - diesem unsäglichen Instrumentarium der Karlsruher Behörden sei an dieser Stelle nichts weiter ausgeführt. Da es die allseits eingeforderte Wahrheit bilang schwer hat, soll vielmehr mit einer ersten Stellungnahme zum "Spitzel Klaus S." ein Schritt zur Aufklärung der "Ereignisse von Bad Kleinen" getan werden.

Die Tatsache an sich ist ja mittlerweise weitgehend bekannt: Klaus Steinmetz ist ein Polizeispitzel, er hat die Geheimdienste auf unsere Spur gebracht und damit den Einsatz dieser Killertruppe in Bad Kleinen möglich gemacht. Ohne seine Spitzeldienste würde Wolfgang heute noch leben, und wir wären beide in Freiheit.

Mit der Entscheidung der RAF, der Gefangenen und Teilen der revolutionären Widerstandsbewegung Ende der 80er Jahre für eine politische Öffnung zu allen fortschrittlichen Teilen der Gesellschaft hin war eine Gefahr verbunden, die uns allen bewußt war. Ich kann mich an viele Gespräche in unterschiedlichsten Zusammenhängen erinnern, wo wir darüber geredet haben, daß der angepeilte Neuaufbau einer breiten Bewegung für die Umwälzung der menschenfeindlichen Lebensbedingungen hier und weltweit der Gegenseite ganz neue Möglichkeiten für den Einsatz von V-Leuten oder sonstigen Spitzeln bietet, und, natürlich, du kannst nicht einerseits sagen, daß du offen auf die verschiedensten Menschen und Gruppen zugehen willst, um rauszufinden, was zusammen möglich ist für den Aufbau einer "Gegenmacht von unten" und gleichzeitig jedem Menschen, den du neu kennenlernst, zuallererst mit Mißtrauen begegnen. Trotzdem war in diesen Gesprächen das Ergebnis immer dasselbe, nämlich, daß es bei menschlicher Nähe, Intensität und Genauigkeit in den Beziehungen unter denen, die sich für diesen Kampf zusammenfinden, möglich sein muß, sich gegenseitig so gut kennenzulernen und andere in ihrer ganzen Komplexität, also auch in ihrer Widersprüchlichkeit, zu verstehen, daß man der oder dem anderen mit absoluter Sicherheit vertrauen kann.

Und trotz der wirklich bitteren Erfahrung mit Klaus Steinmetz, die zu Wolfgangs Ermordung und meiner Verhaftung geführt hat, bin ich auch in den letzten Wochen davon nicht abgekommen: Vertrauen zwischen Menschen ist möglich. Es kann überall da wachsen, wo Menschen das für ihr gemeinsames Leben wollen.

Was ist bei der Verbindung zu uns in der Illegalität mit Klaus Steinmetz falsch gelaufen, wo liegen die Ungenauigkeiten und Fehler, die zu der schlimmen Fehleinschätzung über ihn geführt haben?

Die Voraussetzung, nach der der Kontakt mit Klaus Steinmetz zustande kam, war, daß GenossInnen (denen ich mich auch heute verbunden fühle) für ihn "die Hand ins Feuer legen" wollten, sie fühlten sich also sicher, ihm vertrauen zu können.

An diese GenossInnen habe ich jetzt natürlich viele Fragen, die meisten davon werden sie sich sicher selbst stellen.

Ich hatte mich am Donnerstag (24.6.) nachmittags mit Klaus Steinmetz in Bad Kleinen geroffen, danach sind wir zusammen nach Wismar gefahren, um uns um eine Übernachtungsmöglichkeit zu kümmern. In den Medien kam: Ich hätte in den Tagen davor öfter mit Klaus Steinmetz telefoniert und ihn auch zu Hause angerufen, um mit ihm über Weiterstadt zu reden - das ist alles erfundener Unsinn. Wir hatten uns im April mit Klaus Steinmetz getroffen und damals das Treffen in Bad Kleinen vereinbart. Am Donnerstag war die Stimmung zwischen uns fast von Anfang an ziemlich gespannt, Klaus Steinmetz war offensichtlich zum ersten Mal in der Ex-DDR, und er hatte an allem was auszusetzen. Er hat alles an West-Maßstäben gemessen, und selbst die Schließfächer vom Bahnhof waren ihm zu klapprig. Den Menschen, mit denen wir zu tun hatten, ist er zum Teil mit Überheblichkeit begegnet. Ich habe ihn gefragt, warum er das so macht, alles mit diesem Blick anzuschauen, und warum ihn überhaupt nicht interessiert, was hier los ist und wie die Leute sind. Er sagte natürlich dann, daß ihn das alles interessiert.

Ich habe angefangen, ihm zu erzählen, daß ich zum Beispiel 1990/91 mit jemandem einfach ziellos in der Ex-DDR rumgerannt bin, weil das in der Zeit dort noch normal war und 'ne gute Möglichkeit, mit den unterschiedlichsten Menschen ins Gespräch zu kommen. Ich fand das damals sehr spannend und interessant, denn die meisten Menschen waren anderen gegenüber noch aufgeschlossen, haben über sich und ihre Situation geredet und wollten was über das Leben im Westen wissen. Heute trifft man diese Offenheit nur noch sehr selten an, eigentlich vor allem noch bei ziemlich alten Leuten. Das Gespräch mit Klaus Steinmetz ging dann aber nicht weiter, ich habe es abgebrochen, weil ich gemerkt habe, daß es ihm völlig gleichgültig ist, was ich erzähle und denke.

Bei dem vorherigen Treffen mit ihm hatten wir vor allem zum Ende hin das Gefühl, daß er jeder inhaltlichen Diskussion ausweicht und daß er froh ist, wenn die äußeren Bedingungen ein politisches Gespräch nicht zulassen. Ich hattte ihn am Freitag auf diesen Eindruck von uns angesprochen und auf eine gemeinsame Dis-

kussion über die Fehler der KPD in den 20er Jahren, bei der wir sehr unterschiedliche Positionen hatten - an beides konnte er sich angeblich nicht mehr erinnern. Ich war ziemlich ratlos. Überhaupt kam am Freitag jedes Gespräch nur auf meine Initiative hin zustande, von ihm gingen keine eigenen Überlegungen aus, und er hat mir öfter gesagt, daß andere GenossInnen inhaltliche Diskussionen verhindern, die er für dringend notwendig hält. Mit mir hat er eine solche Diskussion jedenfalls nicht angefangen und auch keinen Gedanken von mir aufgegriffen.

Nach eineinhalb Tagen hatte ich ein stark distanziertes Gefühl zu Klaus Steinmetz, und das hatte noch einen anderen Grund.

Am Donnerstag liefen ja in vielen europäischen Ländern die Besetzungsaktionen der kurdischen Genossen, um den eskalierten Krieg gegen ihr Volk zu stoppen. Die Reaktionen von Klaus Steinmetz auf diese Initiative waren ziemlich exakt die Reaktionen rechter Zeitungen und des Kommentators des Bayerischewn Rundfunks in dem Stil: sinnloses Kamikaze, sie verspielen ihre Sympathie, jetzt werden sie natürlich verboten und ausgewiesen - ich war ziemlich wütend, weil seine ganze Haltung total distanziert und unsolidarisch war. Außerdem hat's mir noch mal gezeigt, daß er überhaupt keinen Begriff der politischen Situation, in der wir uns alle heute bewegen und Initiativen bestimmen müssen, hat. Er hat überhaupt nicht verstanden, daß die kurdischen GenossInnen wenige Alternativen zu diesen Besetzungen gehabt hätten, um hier breite Öffentlichkeit und politischen Druck gegen diesen Völkermord herzustellen. Ich fand es konsequent und richtig, daß sie sich dabei gegen eine militärische Eskalation und für diese Besetzungen entschieden haben, sie haben alle dafür viel gegeben, ihre Freiheit.

Am Freitag abend hatte ich mir überlegt, daß ich so mit Klaus Steinmetz nicht weitermachen kann, immer wieder fange ich Gespräche mit ihm an und habe dabei das Gefühl, es interessiert und betrifft ihn überhaupt nicht. Die Folge war, daß wir den ganzen Samstag über sehr wenig miteinander geredet haben.

Ich habe jetzt natürlich die Frage an GenossInnen, vor allem aus Wiesbaden, die ihn lange kannten, ob sie ganz andere Erfahrungen mit Klaus Steinmetz gemacht haben als die, die ich hier kurz geschildert habe.

Sicher, das Treffen mit uns in Bad Kleinen war auch für ihn nicht die Normalität, er hat ja die ganze Zeit über gewußt, daß er Wolfgang und mich den Mördern ausliefert, also, wie war das für Euch mit ihm? Worauf basiert Euer Vertrauen, wenn Ihr ihn noch am 9.7.1993 in einem Infoladen-Flugblatt vor angeblicher Denunziation schützen wollt?

Ist eigentlich seine ganze Rahmengeschichte wahr? Der Bauernhof der Eltern in der Pfalz? Der Selbstmord des Vaters? Seit wann hat er seine Spitzeldienste geleistet - hat das schon während seiner Zeit in Kaiserslautern angefangen? War er durch die drohende Haftstrafe bei dem Einbruch weiter erpreßbar geworden, sein Spitzellohn - die Umwandlung des Urteils in Bewährung? Oder hat er tatsächlich nur das Geld gewollt?

Ich finde, es liegt ganz entscheidend bei Euch, die Fehler, die zu Klaus Steinmetz gelaufen sind, so aufzuarbeiten und öffentlich zu machen, daß es mit den übrigen Geheimdienstspitzeln, die in linken Zusammenhängen Fuß fassen konnten - ich gehe davon aus, daß es sie gibt - nicht zu weiteren schmerzhaften Erfahrungen kommen kann.

Als nach diesem Sonntag in Bad Kleinen der erste Verdacht aufkam, daß Klaus Steinmetz uns verraten hat, ist mir rein gefühlsmäßig nichts zu ihm eingefallen, was für mich Verrat ausgeschlossen hätte - das geht mir bei anderen Menschen, die ich kenne, und bei allen, die ich besser kenne, anders. Gegen den Verdacht, daß Klaus Steinmetz uns verraten hat, hat für mich in erster Linie gesprochen, daß mir aus der Sicht polizeitaktischer Überlegung keine Begründung für einen Zugriff zu diesem Zeitpunkt und an diesem Ort eingefallen ist - aber da habe ich sie zum Glück überschätzt. Es muß so gewesen sein, daß bei BKA, BAW usw. am Donnerstag große Enttäuschung darüber geherrscht hat, daß ich allein zu dem Treffen gekommen war, das war nicht unbedingt üblich. Ich vermute, daß Klaus Steinmetz sie am Donnerstag oder Freitag darüber informiert hat, daß Wolfgang am Sonntag kommen wird; falls meine Verhaftung zu einem früheren Zeitpunkt (Freitag/Samstag) geplant war, dann ist sie aus diesem Grund verschoben worden.

Der Ablauf am Sonntag vor Wolfgangs Erschießung und meiner Verhaftung war folgender: Wir waren zu dritt in dieser Bahnhofskneipe (Wolfgang und ich und Klaus Steinmetz), und wir haben diese Kneipe gegen 15.15 Uhr alle drei zusammen verlassen und sind nebeneinander Richtung Unterführung und die Treppe runtergegangen. Ich bin dabei ganz links gewesen, wer in der Mitte war und wer rechts, weiß ich nicht mehr. Als wir unten in der Unterführung angekommen waren und nach rechts Richtung Ausgang gebogen sind, hat mich ziemlich sofort dieser Bulle angesprungen - das habe ich ja schon gesagt. Klaus Steinmetz ist fast zeitgleich (also Sekunden später) einige Meter weiter "festgenommen" worden. Er lag in derselben Haltung wie ich flach auf dem Boden, hinter ihm stand ein Typ mit einer Pistole im Anschlag, die auf Klaus Steinmetz gerichtet war. Ich habe ihn die ganze Zeit, bis mir diese schwarze Kapuze über den Kopf gezogen worden ist, dort in ca. 15 Meter Entfernung von mir gesehen.

Daß der VS ihn jetzt diese Lügenkonstruktion hat schreiben lassen, um ihn wieder in seine alte Spitzelposition zu hiefen, fand ich schon dreist.

Aber entsetzt hat mich die Reaktion der Leute vom Wiesbadener Komitee auf diesen Brief. Es muß so sein, daß Ihr das nicht merkt, aber Ihr seid mitten dabei, dieselben Fehler, die dazu geführt haben, daß dieser Spitzel uns ausliefern konnte, zu wiederholen. Wie könnt Ihr heute nach allem, was passiert ist, die Frage, ob Ihr Klaus Steinmetz den Freund und Genossen oder ob Ihr in ihm den Spitzel und Handlanger der Mörder seht, davon abhängig machen, ob er "konkret erklären (kann), wie er dort hingekommen ist?" (so jedenfalls habe ich das in der Zeitung gelesen). Und wenn er das "erklären" könnte und wenn ich das Gegenteil nicht gesehen hätte - was wäre dann?

Es war vorauszusehen und es kommt sehr massiv in den Medien: "Erstmals V-Mann in der Kommandoebene der RAF", "V-Mann an der Sprengung von Weiterstadt beteiligt" und ähnliches - daß das nicht stimmt, weiß der VS genau. Mit der Behauptung, Klaus Steinmetz wäre an der Sprengung dieses Knasts beteiligt gewesen, soll zum x-ten Mal die Kriminalisierung von GenossInnen, die in legalen Zusammenhängen leben, vorbereitet werden. Es gibt seit Jahren immer wieder Erklärungen gegen diese Kriminalisierungslügen, in denen die RAF schreibt, wie sie organisiert ist. Aber klar, die BAW probiert es immer wieder.

Ich selber habe lange in der Illegalität gelebt und kann sagen, daß einer wie der Klaus Steinmetz, den ich getroffen habe, niemals in die Lebenszusammenhänge dort eingeschleust werden kann. Mir liegt nichts daran, die Beziehungen, die ich in dieser Zeit gelebt und kennengelernt habe, zu idealisieren - manche Beziehungen sind sehr nahe und intensiv, zu anderen GenossInnen gibt es diese besondere Nähe und Wärme nicht - es ist so unterschiedlich, wie viele das aus ihren eigenen Lebenszusammenhängen kennen werden. Aber es gibt doch immer wieder Momente, wo du *alles* über jede und jeden weißt, ich meine damit die Grundeinstellung zum Leben, die Träume, Ängste, Hoffnungen.

Darüber hinaus entsteht unter diesen speziellen Lebensbedingungen zwischen allen eine besondere Verbundenheit, die daraus kommt, daß jede und jeder die Entscheidung getroffen hat, die anderen unter allen Umständen zu schützen, selbst wenn das mit dem eigenen Leben bezahlt werden muß. In bezug darauf besteht grenzenloses gegenseitiges Vertrauen; du legst, ohne auch nur den Bruchteil einer Sekunde zu zögern, dein Leben in die Hände deiner GenossInnen, und du bist dir jederzeit sicher, daß es dort gut aufgehoben ist. Das zu wissen und zu fühlen, war mir immer sehr wertvoll.

Jetzt kurz zu meiner eigenen Biographie: Zu dem, was mich vor sehr vielen Jahren erschüttert und betroffen gemacht hat und meinen Lebensweg mit beeinflußt hat, gehören auf jeden Fall der Bericht eines vietnamesischen Gefangenen über die Folter in dem Gefangenenlager Poulo Condor und die letzten Notizen des sterbenden Siegfried Hausner (Siegfried war schwerstverletzt nach Stammheim gebracht worden, er wollte mit einem

Rechtsanwalt sprechen, und sie müssen ihn immer wieder gezwungen haben, Namen und Adressen von Anwälten aufzuschreiben. Er hat es mehrmals gemacht, seine Schrift wird immer zittriger - verschwimmt - Siegfried muß kurz darauf gestorben sein.).

Es war für mich beruhigend zu erfahren, daß Wolfgang nach dem Kopfschuß nicht noch mal bei Bewußtsein gewesen ist, so konnten sie ihn nicht mehr quälen.

Irmgard Möller ist jetzt im 22. Jahr in Haft, Ali Jansen wird trotz schweren Asthmas nicht freigelassen, die neue Prozeß-Welle soll gegen viele GenossInnen lebenslange Gefangenschaft zementieren, ich selber bin in Totalisolation.

In der Unmenschlichkeit und Brutalität dieses Staates gegen die politischen Gefangenen habe ich immer eine besondere Schärfe der allgemeinen Entwürdigung und Verachtung gesehen, die sich hier gegen die Menschen richtet, und ich konnte daran den Charakter dieses Systems, seinen unbedingten Vernichtungswillen gegen alle, die ihm feindlich gegenüberstehen, früh erfassen und begreifen.

Der Tod von Holger Meins - ich war damals 17 Jahre alt - war ein tiefgreifender Einschnitt in mein Leben und hat seine Richtung mitbestimmt - genauso wie heute der Tod von Wolfgang und die Umstände seiner Tötung im weiteren Leben einiger junger Menschen eine Rolle spielen wird.

"Wir führen in vielen Sprachen den gleichen harten erbarmungslosen und opferreichen Kampf, und dieser Kampf ist noch nicht zu Ende. Die Vernichtung des Nazismus und seiner Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und Freiheit ist unser Ziel."

Das ist der Anfang des Schwurs der KZ-Häftlinge von Buchenwald - in dieser Tradition habe ich mich, meine Lebensentscheidung und unseren Kampf immer gesehen.

Der Schwur von Buchenwald vom 19.4.1945

Wir führen in vielen Sprachen den gleichen harten, erbarmungslosen, opferreichen Kampf und dieser Kampf ist noch nicht zu Ende. Noch wehen Hitlerfahnen! Noch leben die Mörder unserer Kameraden! Noch laufen unsere sadistischen Peiniger frei herum! Wir schwören deshalb vor aller Welt auf diesem Appellplatz, an dieser Stätte des faschistischen Grauens: Wir stellen den Kampf erst ein, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht! Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel. Das sind wir unseren gemordeten Kameraden, ihren Angehörigen schuldig. Zum Zeichen Eurer Bereitschaft für diesen Kampf erhebt die Hand zum Schwur und sprecht mir nach: Wir SCHWÖREN!

Flugblatt vom Komitee gegen Isolationsfolter KGI (Zürich)

Der reissende Strom wird gewalttätig genannt - Aber das Flussbett, das ihn einengt, nennt keiner gewalttätig.
Der Sturm, der die Birken biegt - Gilt für gewalttätig
Aber wie ist es mit dem Sturm - Der die Rücken der Strassenarbeiter biegt?
(B. Brecht)

Gegen Klassenjustiz, Staat und Kapital ... Unser Standpunkt zum Prozeß

Heute, den 12.01.1993 werden ein Genosse und eine Genossin aus dem politischen Widerstand angeklagt wegen der Blockade an der Zürcher Börse während des imperialistischen Kriegs am Golf 1991. Für den Genossen beantragt die Bezirksanwaltschaft wegen Nötigung zwei Monate Gefängnis unbedingt. Gegen die Genossin, ein Mitglied des Komitees gegen Isolationshaft (KGI), werden durch die Bezirksanwaltschaft zusätzlich folgende Anklagepunkte erhoben und eine Strafe von acht Monaten Gefängnis unbedingt verlangt:

★ Sachbeschädigung wegen eines geklebten Plakates während dem Hungerstreik der politischen Gefangenen aus Grapo und PCE(r) im spanischen Staat.

★ Sachbeschädigung wegen eines Sprays: "Nicht den Staatsschutz sondern diesen Staat abschaffen".

★ Erster Mai 1991: mehrfache Sachbeschädigung, Landfriedensbruch, Gewalt und Drohung aus dem zusammengerotteten Haufen.

Zusätzlich ist bei der Bezirksanwaltschaft Zürich noch ein weiteres Verfahren gegen sie hängig: Im Zusammenhang mit der militanten Nachdemo vom 1. Mai 1992 versuchen die Staatsschützer erneut ihr die Verantwortung für Organisation, Koordination, Durchführung und Gewaltanwendung in die Schuhe zu schieben. Nebst Filmmaterial liegen das 1. Mai Flugblatt des KGI's und die Zeitschrift "Subversion Nr. 15" bei.

Nach der sogenannten Fichenaffäre geriet der bisherige Staatsschutz bei der Bevölkerung in Mißkredit. Der Sozialdemokrat und Bullenvorsteher Neukomm mußte unter öffentlichem Druck die beiden Zürcher Staatsschutzstellen schließen. Dies gab den Impuls, unter neuem Namen eine aus den beiden alten Strukturen neu gebildete Fachgruppe PMS (politisch motivierte Straftaten) aufzubauen. Eng verbunden mit der Reformierung des Staatsschutzes ist die Einführung des Begriffs des gewalttätigen Extremismus.

Dieser soll die neu aufgebauten Staatsschutzstrukturen legitimieren. Die erfolgreiche Durchsetzung des "gewalttätigen Extremismus" heißt nicht, daß die Bourgeoisie den Prozeß auch politisch führen wird. Wir werden als ihre FeindInnen definiert und mittels Staatsschutz überwacht und bekämpft, sobald es aber zur öffentlichen Anklage und Verurteilung kommt, sollen wir kriminalisiert und entpolitisiert werden. Diese Strategie der Entpolitisierung bringt es mit sich, daß nicht eine politische Gruppe als Ganzes, sondern einzelne Mitglieder individuell angegriffen werden (andernfalls wären sie gezwungen, den politischen Artikel der umstürzlerischen Vereinigung hervorzuzaubern).

Mit der Anklage gegen die Genossin und den Genossen werden einzelne von uns herausgegriffen, um andere aktive GenossInnen abzuschrecken, den neuen Staatsschutz als effizient und notwendig, ihre Krise als überwunden darzustellen.

Zum Prozeßboykott unserer Genossin

Die Bourgeoisie schafft sich immer dann neue Gesetze, wenn sozialpolitische Probleme für sie nicht mehr zu lösen sind. Dazu gehört auch, daß es die herrschende Klasse ist, welche die Spielregeln bestimmt; mit der Definition von was legal und was illegal ist, wollen sie den politischen Klassenfeind mittels ihrer Gerichte und Knäste außer Gefecht setzen. Wir befinden uns in einer Bruchposition zum kapitalistischen Staat und seiner Klassenjustiz. Wir kommen aus verschiedenen Kämpfen, haben unterschiedliche Erfahrungen und führen gemeinsam den Kampf für eine revolutionäre Perspektive.

Für uns steht fest: Es kann nicht darum gehen, unsere Interessen innerhalb von Strukturen durchzusetzen, die sich unsere Gegner geschaffen haben. Deshalb führen wir keinen Dialog mit den VertreterInnen der Klassenjustiz. Wir bestimmen das Terrain der Auseinandersetzung aufgrund unserer Interessen, dieses Terrain kann in gewissen Situationen und unter gewissen Bedingungen auch der Gerichtssaal sein. In diesem konkreten Fall haben wir uns für den Boykott des Prozesses entschieden. Zentral ist für uns in dieser Konfrontation die Initiative zurückzugewinnen, aus dem Reagieren herauszukommen um agieren zu können. Das kritisch/selbstkritische Hinterfragen gemachter Fehler ist dabei wichtig, denn wenn wir aus ihnen lernen, werden wir besser.

Der Genosse hat sich für eine Präsenz im Gerichtssaal entschieden, er will dort seine politischen Interessen vertreten und wir solidarisieren uns mit ihm und seinem Entscheid.

Gemeinsam für die Revolution - Gegen die Klassenjustiz

Aus: Internationale Solidarität - Politische Prozesse in Zürich

Interview zum Prozeß

K: Gegen dich findet Anfang nächsten Jahres ein Prozeß statt, ein weiteres Verfahren (1. Mai 92) ist zur Zeit bei der Bezirksanwaltschaft hängig, in diesem Zusammenhang würden mich zwei Dinge interessieren: zum einen habt ihr euch, vor allem in der letzten Zeit intensiv mit dem Staatsschutz und seiner Umstrukturierung auseinandergesetzt. Warum dieses Interesse? Zum anderen würde ich gerne mehr zu dem erwähnten Prozeß und dessen Dimension auch im Zusammenhang mit der Umstrukturierung des Staatsschutzes wissen.

A: Ich denke, daß die Frage des Staatsschutzes, wer er ist, wie er funktioniert und wie er sich uns gegenüber, das heißt, all jenen Kräften, die versuchen in diesem Staat eine Politik zu entwickeln, verhält, interessieren muß. Der Staat hat ein Macht- und Gewaltmonopol, welches er mit allen möglichen Mitteln zu verteidigen versucht. Es gibt keinen Staat, keinen kapitalistischen Staat, der jemals freiwillig von seiner Macht und von seiner Gewalt als Monopol zurückgetreten ist. Und ich denke, daß die Herrschenden immer adäquate Instrumente schaffen müssen, um eben ihr Monopol zu behalten. Dieses Monopol zu behalten heißt, daß sie ein Instrument schaffen, das all die Kräfte in Schach halten kann, die aus dem System heraus entstehen können.

G: Kannst du das etwas genauer sagen, bitte ?

A: Ich denke, daß die Kapitalisten sehr genau wissen, daß ihr System sehr viel an politischen und sozialen Problemen schafft, also die Widersprüche im Kapitalismus selber (soziale Armut, Unterdrükkung, Vereinzelung, um nur einige Stichworte zu nennen) produziert. Diese Produktion von sozialen Widersprüchen drückt sich in Spannungen aus; das kann zu Streiks oder zu Bewegungen führen (Häuserbewegung, Streiks aus dem Arbeitsgebiet usw., man kann viele Beispiele dazu nennnen). Und ich denke, daß das Bewußtsein der Bourgeoisie über eben diese "eigenen" Widersprüche, die aus ihrem System entstehen, dazu geführt hat, daß sie sich einen Staatsschutz aufgebaut haben, um sich vor den Konsequenzen dieser aufbrechenden Widersprüche zu schützen. Im Gegensatz zu den sozialdemokratischen Kräften, die eine Forderung nach Abschaffung dieses Staatsschutzes geschrieen haben, denke ich, ist diese Forderung absolut falsch, denn solange die Bourgeoisie ihr Macht- und Gewaltmonopol besitzt, wird sie es mit allen Mitteln verteidigen. Wir können auch sehen, daß in der Schweiz sehr lange Zeit diesen sozialen Spannungen und politischen Bewegungen mit Integration, Befriedung und mit materiellen "Lösungs"- Möglichkeiten begegnet worden ist. Wir dürfen uns aber keine Illusionen darüber machen, daß dieser Staat sehr wohl in der Lage ist, mittels Repression gegen Kämpfe vorzugehen.

G: Oder ob die Bourgeoisie alle Zeit die Mittel hat, ein Stück vom Kuchen an uns abzugeben ... und was dann ...

A: Wenn sie diese Mittel nicht mehr haben, wenn die Zeit der Integration vorbei ist: Ich denke, in Zürich ist dies ansatzweise erkennbar, d.h. sie können die sozialpolitischen Probleme nicht mehr nur finanziell überbrücken. Bestes Beispiel dafür ist ihre Drogenpolitik.

K: Aber in einer solchen Situation schützt er nicht nur im defensiven Sinn, im eigentlichen Sinn des Wortes "Schutz", sondern er greift ja dann auch an. Ich denke, daß der Prozeß, der gegen dich läuft, wo du in verschiedenen Punkten angeklagt bist, daß dieser Prozeß den Charakter eines Angriffes hat.

A: Ja, das ist dann der Fall, wenn die Frage der Befriedung oder der Integration im Moment nicht mehr greift. Die Strategen des Staatsschutzes überlegen sich sehr wohl, zu welchem Zeitpunkt sie mit welchen Mitteln eingreifen, und die Frage der Repression stellt sich immer. Wir sind vielleicht auch "verwöhnt" worden in einem gewissen Maße in der letzten Zeit und haben die Repression weniger gespürt als z.B. unsere GenossInnen in der BRD, Italien oder Frankreich, wo die Konfrontation mit der Repression des Staates viel größer und viel schärfer war.

G: Aber Entschuldigung, ihr redet jetzt von einem Prozeß, und Prozeß bedeutet doch Jusitz. Was hat denn das mit dem Staatsschutz zu tun?

A: Ich denke in diesem Prozeß kommt einfach auf der justiziellen Ebene, also auf der Ebene der Klassenjustiz das zum Ausdruck, was der Staatsschutz vorbereitet hat. Weiters denke ich, daß dieser Prozeß, und andere Prozesse auch, geplant sind, daß die Strategen eine Vorstellung haben, warum sie jetzt, zu diesem Zeitpunkt sich wen herausgreifen, aufbauen und versuchen öffentlich an den Pranger zu stellen, aber nicht nur an den Pranger zu stellen, sondern auch versuchen, für eine gewisse Zeit von der Straße weg zu haben, beziehungsweise in den Knast zu kriegen.

K: Aber du bist ja angeklagt wegen Sachbeschädigung und Demos, und andere Anklagen zu den gleichen Sachverhalten wurden anders, "liberaler" behandelt: Warum das jetzt?

A: Wenn ich jetzt auf meine Anklageschrift, und das, was sich die Herren vom Staatsschutz da ausgedacht haben, zurückblicke, denke ich, kann man klar erkennen: auf der einen Seite geht es in diesem Prozeß, wie du gesagt hast, um mehrfachen Landfriedensbruch, mehrfache Gewalt und Drohung aus dem zusammengerotteten Haufen, um Gewalt und Drohung allein, es geht um Sprayen, um Kleben: es geht um Sachen, die sehr wohl kriminalisierbar sind. Gucken wir uns aber an, um was für inhaltliche Punkte es in diesem Prozeß geht, dann geht es um die Frage der politischen Gefangenen (eine Sache



führen sie zurück auf die Kampagne, die gelaufen ist zum Hungerstreik der Gefangenen aus GRAPO und PCE(r)), ein anderer Punkt betrifft die Kampagne gegen den Staatsschutz, wo versucht worden ist von unserer Seite her zu sagen: wir müssen nicht dafür kämpfen, daß der Staatsschutz abgeschafft wird, sondern eben der Staat muß abgeschafft werden, genau aus der Konzeption heraus, daß solange es diesen Staat gibt, es immer auch einen Staatsschutz geben wird und von daher unsere Kraft dem Angriff gegen den Staat gewidmet werden muß, und nicht seinen Schergen, die versuchen, ihn zu schützen.

Ein weiteres Moment, das sie inhaltlich herausgegriffen haben, ist der 1. Mai ('91 & '92) und inhaltlich ist das für uns als kommunistische Kräfte die Frage der Kontinuität revolutionärer Politik für den Kommunismus, jetzt mehr denn je. Dann war noch ein Punkt - die Blockade an der Börse während des imperialistischen Krieges am Golf 1991, und da geht es natürlich unserer Einschätzung nach um die Frage der imperialistischen Kriegsführung, den Internationalismus ganz generell. Was ich damit eigentlich sagen will, ist: auf der einen Seite wird der Inhalt und dessen langjährige Kontinuität angegriffen, aber die Umsetzung findet dann auf der Ebene der Klassenjustiz in der Kriminalisierung statt.

Auf der einen Seite kreieren sie neue Begriffe wie z.B. "gewalttätiger Extremismus" (mit diesem Begriff steht der Schweizer Staat europaweit alleine) und da geht es ausschließlich um ganz politisch formulierte Aspekte, nämlich um die Organisierung gegen diesen Staat, das heißt mit Gewalt etc.

Und auf der anderen Seite materialisiert sich dann dieser Angriff des Staatsschutzes auf ganz konkrete Sachen, nämlich sprayen, kleben, Demos, Angriffe gegen Gebäude, Blockaden, Streiks usw. und das ist wiederum ein ganz klassisches Mittel des Staatsschutzes, dessen müssen wir uns einfach bewußt sein, nämlich, daß sie sich auf der einen Seite die politischen Begriffe schaffen, die ihnen auch in der Prävention erlauben die Überwachung zu vertiefen, zu verschärfen. Und auf der anderen Seite: wenn es dann zur Umsetzung kommt, d.h. wenn der Staatsschutz dann

der Klassenjustiz sozusagen seinen Feind übergibt, wird alles plötzlich kriminell, genau das was die Sozialdemokraten gemeint haben, als sie sagten: wir brauchen gar keinen Staatsschutz, da reichen die normalen Bullen auch, das sind ganz gewöhnliche kriminelle Sachen.

G: Um es auf eine praktische Ebene zurückzubringen; dann bereitet der Staatsschutz die Anklage vor, bestimmt sozusagen von sich aus den Zeitpunkt und dann kommt die Mühle der Justiz und vermahlt dich dann zu einem Schuldspruch.

A: ich kann jetzt mal nur von mir sprechen, weil ich da am besten orientiert bin, ich denke, daß sie seit längerem gegen mich Material gesammelt haben und sammeln. In ihrer Konstruktion haben sie verschiedene Wege und Mittel gesucht, uns allgemein und mich speziell aufzubauen: mittels gefälschten Flugblättern, unterzeichnet mit unserem Namen KGI (während der Wohnungsnotbewegung 1989), der sogenannten top-ten Liste, Drohbriefen etc.

K: Das "Anklage"- Flugblatt war das anonyme Flugblatt, wo sie die "top-ten-Chaoten" denunzieren wollten, und Adressen und Autonummern abdruckten.

A: Es sind dann auch tatsächlich anonyme Schriften eingegangen, die ziemlich klar, vom Informationsgrad her, aus der Bullenecke stammen müssen. Der ehemalige KK III-Mann Helfer äußert sich dazu sinngemäß in einem WoZ-Interview, diese S'Watch-Liste käme mit großer Wahrscheinlichkeit aus Polizeikreisen. Zwar gäbe es immer einen Bereich von Informationen, an die alle kommen, die fleissig und systematisch Infos zusammentragen, dies treffe aber nur für einen Teil der verwendeten Informationen zu. Ein wenn auch kleinerer Teil der verwendeten Daten lasse auf einen hohen Informationsstand schließen, über den nur Polizeikreise verfügen. Er bestätigte schließlich auch, daß der Staatsschutz in den letzten Jahren durchaus zum Mittel der Flugblattfälschung gegriffen habe, mit dem Ziel, Verwirrung und Verunsicherung zu stiften.

G: Wenn du oder ihr schon so klar sagt, daß sich da was vorbereitet hat, warum dann gerade jetzt oder zu diesem Zeitpunkt. Warum greifen sie auf der Ebene der Justiz gerade jetzt an und nicht vielleicht früher oder später?

A: Dazu gibt es verschiedene Aspekte, die man in Betracht ziehen muß: Das eine ist die ganze Infragestellung durch sozialdemokratische Kräfte wie aber auch durch Teile der bürgerlichen Kräfte, gegen diesen Staatsschutz, gegen seine sogenannten Machenschaften. Das war dieser sogenannte Skandal, der in Zusammenhang mit dieser Fichengeschichte hochgekommen ist. Da gab es Stimmen, die aus dem linken Spektrum der sozialdemokratischen Kräfte kamen, diesen Staatschutz abzuschaffen. Es wurde ihm die Legitimation genommen, es wurde aufgezeigt, wie schlecht sie arbeiten, daß sie eigentlich gar nicht brauchbar sind, daß sie nach überholten Feindbildern arbeiten und völlig ineffizient sind. Alle Anklagepunkte, die gegen mich gesammelt wurden, stammen aus der Zeit nach der Kritikwelle und der Infragestellung durch die parlamentarischen Untersuchungskommission, d.h. sie fallen in den Bereich und Zeitraum des sich umstrukturierenden Staatsschutzes.

Wir denken, daß dieser Prozeß, den sie mir anzuhängen versuchen und den sie sicher auch führen werden, daß dieser dazu dient, ihren neuen Staatsschutz zu legitimieren, zu zeigen, daß sie notwendig sind, daß sie effizient arbeiten können, deswegen versuchen sie in ihrer Konstruktion, mich mindestens für 8 Monate bis 1 Jahr in den Knast zu kriegen.

Das ist also eine Frage der Legitimation ihres eigenen Apparates einerseits, und andererseits ist es auch die Frage, was greifen sie denn an. Was wir aus dem bürgerlichen Lager immer wieder hören, ist die Behauptung, daß es Kräfte gibt, die hinter den Krawallen stehen, Drahtzieher sind, eine Kontinuität über 20 Jahre haben und und und. Das sind Stichworte, die aus dem Lager des Bürgertums selbst kommen und die natürlich ein Hinweis darauf sind, daß sie versuchen auch jemanden rauszupflücken, die eine gewisse Kontinuität auch des politischen Widerstandes dieser Stadt darstellt.

K: Also das heißt, daß sie eine revolutionäre Position angreifen, die auch über den Zusammenbruch des Revisionismus hinaus weiter für die Revolution kämpft. Und daraus würde sich ja die Frage ableiten, daß nicht nur du als Einzelperson, sondern die Position angegriffen wird und wie wir mit diesem Staatsschutz dann umgehen.

A: Ja, natürlich. Die Person, die sie sich herausgreifen und aufbauen, steht immer für eine politische Position und ihre Praxis. Ich denke, daß wir das, was du sagst, gerade in einer Phase, wo sehr viel Unsicherheit besteht, wo viele Fragen offen sind, z.B. die Zielsetzung, und mit welchen Mitteln denn heute noch gekämpft werden kann, überlegen müssen. Es gibt Kräfte in dieser Stadt, und da gehören wir sicher auch dazu, die sagen, daß es heute wichtiger denn je ist, für die klassenlose Gesellschaft und für den Kommunismus zu kämpfen, daß es wichtig ist, aus der eigenen Geschichte, nämlich der internationalen kommunistischen Geschichte zu lernen. Diese Geschichte zu reflektieren, die Fehler zu erkennen und eben die revolutionäre Spur, die in dieser Geschichte drin ist zu suchen, sie wieder aufzunehmen und im Sinne eines revolutionären Prozesses die Kontinuität weiterzuführen. Das ist sicher ein wichtiges politisches Moment, das angegriffen wird.

G: Ich möchte nochmals zum Anfang des letzten Teils zurückkommen, als du gesagt hast, daß der Staatsschutz dort greift und angreift, wo die Integration nicht mehr funktioniert und das betrifft ja nicht nur deine oder eure Position, weil es sich ja um soziale Spannungen handelt. Das Verhältnis zum Staatsschutz oder auch der Prozeß gegen dich als Angriff kann also nicht die Privatsache einer Position sein.

A: Nein, das wollte ich damit überhaupt nicht sagen und ich glaube, daß es auch nicht so in meinem Votum zum Ausdruck gekommen ist.

G: Dann kommt die Frage: Was beinhaltet ein sinnvoller Umgang mit dem Staatsschutz?

A: Diese Formulierung kann ich besser akzeptieren, denn ich denke nicht, daß es eine private Sache unserer Position ist, im politischen Widerstand gibt es viele Kräfte, die versuchen eine revolutionäre Spur aufzugreifen und weiterzuentwickeln. Aber wir haben vom konkreten Angriff her diese Spur in Betracht gezogen.

Der Umgang mit diesem Staatsschutz muß für uns alle heissen, sich im klaren zu werden, was für ein Verhältnis wir zu diesem Staat haben; nicht zu seinem Schutz, sondern in erster Linie zum kapitalistischen Staat haben. Ich denke, daß dies all die Leute betrifft, die aufstehen, um diesen politischen und sozialen Widersprüchen, aus denen ihr Bewußtsein und ihr Kampf hervorgehen, etwas entgegenzusetzen versuchen. So wie sich der Staatsschutz umstrukturiert hat, betrifft das nicht unbedingt die parlamentarische Ebene oder die integrative Politik, sondern es betrifft all jene Kräfte, die aus einem Bruchverhältnis zu diesem Staat ihr politisches Handeln entwickeln. Ein Beispiel ist die Räumung an der Bäckerstraße, wenn wir genauer analysieren; wen wollten sie denn da treffen, was durfte mit dieser Besetzung und mit dieser Räumung nicht an andere Leute im Quartier vermittelt werden. Zum Beispiel, daß es eben Möglichkeiten gibt, sich gegen diesen Staat zu wehren, gegen die Mietzinserhöhungen. Die Besetzung und auch eine Verteidigung des Erkämpften sind Sachen, die machbar und notwendig sind.

Es gibt ganz verschiedene Bereiche, wo man klar erkennen kann, daß es ihnen darum geht, daß der innere politische Feind ihr Macht- und Gewaltmonopol langfristig nicht in Frage stellen kann; das ist ihre Aufgabe.

Es ist unsere Aufgabe, uns nicht auf diesen Schutz zu konzentrieren, obwohl wir ihn sehr gut kennen müssen, denn die beste Kenntnis ist unser bester Schutz, aber wir müssen uns vor allem damit auseinandersetzen, wie können wir unser Bewußtsein, das was wir wollen, die Fragen die wir haben, wie können wir dies vertiefen, uns verstärken, wie können wir unsere inhaltliche Position verstärken und praktisch das umsetzen, was wir politisch gemeinsam erarbeiten.

Ich denke, daß es der beste Umgang mit diesem Staatschutz ist, daß wir uns einerseits schützen, also ihn kennen, wissen wie er funktioniert, möglichst auch ihre Gesichter, ihre Logik und ihre Strukturen kennen, aber wichtiger ist, daß wir stärker werden in dem, was wir politisch wollen und in unserem Handeln. Wenn wir stark sind, werden sie uns zwar angreifen, denn ihr Angriff ist immer eine Antwort auf unser politisches Handeln (nicht um-

gekehrt) und auch in diesem Angriff müssen wir besser werden, uns verstärken. Wir müssen aus diesem Angriffen und Prozessen lernen: was haben wir falsch gemacht, wo sind wir verletzbar, was können wir besser machen und wie können wir gestärkt aus dieser Situation herausgehen.

Wenn wir wissen wofür wir kämpfen, uns organisieren, wenn wir an der Stärkung der eigenen Seite arbeiten und kämpfen, werden sie immer versuchen, einzelne Genossinnen und Genossen zu treffen, aber unsere Idee und unser Handeln wird nicht durch sie, mittels ihrer Repression, ausgelöscht werden können.

K: Das relativiert auch irgendwie die Anklage, weil acht Monate, oder ein Jahr, so in den Raum gestellt, das tönt wahnsinnig. Aber in dieser Kontinuität und in diesem politischen Kontext relativiert sich das, weil der Kampf weiter geht.

G: Es relativiert sich meiner Meinung nach auch, daß der Staat und sein Staatsschutz ein Moloch ist, der uns als übermächtig, als allgewaltig entgegen tritt.

A: Das ist ein Ziel, das sie haben: ich komme nochmals auf die Räumung an der Bäckerstraße zurück. Da sind sie derart massiv aufgefahren, da wollten sie wirklich als der große Moloch auftreten und uns in unserer Ohnmacht ersticken lassen und da müssen wir wissen, daß dies Momente sind, die dieser Staatsschutz einsetzt um aufzuzeigen, daß sich politischer Widerstand in diesem Land nicht lohnen kann, nicht lohnen darf. Das soll sich gegen Außen so vermitteln.

Wir müssen uns stärken, damit wir diese Ohnmacht, diese Scheinohnmacht, überwinden können, mit der wir konfrontiert sind, wenn sie sich uns "militärisch" gegenüberstellen. Wenn der Repressionsapparat uns angreift, müssen wir uns etwas anderes überlegen, unsere Kraft und unsere Inhalte stehen wo anders, als vis-à-vis vom Wasserwerfer. Da können wir uns auch mal etwas überlegen, wie wir uns dagegen wehren können, aber das heißt nichts in Bezug auf unsere langfristigen politischen Ziele und wie wir diese umsetzen. Die Ohnmacht, die sie uns in die Schuhe schieben wollen, müssen wir umdrehen und zu ihrer machen.



Subversion Nr. 16 - Sondernummer zur politischen Geschichte von Barbara Kistler (Übersetzung aus Yeni Demokrasi)

Interview mit der internationalistischen Revolutionärin Barbara Anna Kistler: "Die kommunistische Bewegung ist ihrem Wesen nach internationalistisch"

Barbara, du bist in der Öffentlichkeit in der Türkei durch die Darstellung der Bourgeoisie bekannt. Kannst du uns jene Barbara vorstellen, die dabei von der Bourgeoisie verschwiegen wurde?

Es ist nicht einfach, sich selbst zu beschreiben. Um einen Menschen genau zu kennen, muß man sich seine Ideen und Handlungen anschauen. Im Verlaufe dieses Gesprächs wird man sich ein Bild von meiner Person machen können, ich möchte also versuchen, mich kurz vorzustellen. Ich bin in der kapitalistischen Gesellschaft aufgewachsen und wurde Revolutionärin. Ich habe mich in meinem Herkunftsland an der revolutionären Bewegung beteiligt. Der Kampf der unterdrückten Völker in der Welt hat mich von Anfang an beeindruckt. Ich wollte unter besonderen Bedingungen der kapitalistischen Gesellschaft für die Sache der Revolution arbeiten und diesen Kampf immer mit der internationalen Solidarität verbinden. Während des Lernprozesses habe ich große Persönlichkeiten des Proletariats kennengelernt und war allmählich von den Lehren des Marxismus-Leninismus und den Mao Zedung Ideen (MLMZI) überzeugt. In dieser Entwicklung spielte die politische Basis und Ideologie der TKP/ML (Kommunistische Partei der Türkei/Marxistisch-Leninistisch) eine wichtige Rolle. Aufgrund meiner Überzeugung der wissenschaftlichen Lehre des MLMZI setzte ich meine Arbeit im Dienste des Proletariat fort und habe mich auf der Basis der internationalen Solidarität in der TKP/ML engagiert.

Am 19. Mai 1991 nahm mich die Polizei des faschistischen türkischen Staats in der Wohnung von **Ismail Oran** fest. Am selben Tag wurde Ismail, der sich in der Wohnung von **Hatice Dilek** aufhielt, von der politischen Polizei überfallen und beide wurden skrupellos ermordet. Der Mord an Hatice und Ismail, nach einer vorgetäuschten bewaffneten Auseinandersetzung in Hasanpasa begangen, ist ein Beweis des wilden Staatsterrors. Es wäre möglich gewesen, beide lebendig zu verhaften, beide waren unbewaffnet. Der Staat war nicht interessiert sie zu verhaften, die Operation war von vornherein auf ihre Exekution ausgerichtet. Ismail war als überzeugter Kommunist bekannt; die herrschende Klasse hat Angst vor solchen wunderbaren Persönlichkeiten und erhofft sich durch ihre Ermordung die eigene Rettung. Die Revolution läßt sich jedoch nicht aufhalten, auch wenn die Revolutionäre ermordet werden.

Die Revolutionäre werden im Kampf für eine klassenlose Gesellschaft ohne Unterdrückung gestärkt und bauen das Vermächtnis unserer gefallenen Helden auf. Der faschistische türkische Staat pocht nach dem Gemetzel von Hasanpasa auf die Notwenigkeit von Antiterror-Gesetzen, setzt das Gemetzel fort und versucht, den proletarischen Internationalismus als internationalen Terrorismus zu denunzieren. Während meiner Verhandlung vor dem Gericht habe ich versucht, diese Erkenntnisse zu erläutern. Die Nr. 37 Ihrer Zeitung berichtete darüber. Nach der Verhaftung habe ich 7 Monate im Gefängnis Sagmalcilar gesessen und lernte dort als politische Gefangene einen wichtigen Bereich des Klassenkampfes kennen. Der faschistische Staat wollte mich einschüchtern, doch seine Rechnung ging nicht auf. Ich habe versucht, den Feind näher zu betrachten und Lehren aus meiner Situation zu ziehen; jedenfalls wurde ich in meiner Überzeugung, für die Sache der proletarischen Revolution zu leben, weiter gestärkt und entschlossen.

Wo und wie wurdest du von der TKP/ML beeinflußt?

Ich habe Revolutionäre, die nach 1980 in Europa Zuflucht gefunden hatten, bei den Solidaritätsveranstaltungen und internationalen Demonstrationen kennengelernt. In Europa werden politische Ansichten vertreten, die in der Türkei z.T. nicht verbreitet sind. Bei diesen Anlässen habe ich mit Genossen aus verschiedenen Gruppierungen politische Diskussionen geführt. Schließlich war ich von der Richtigkeit der Ansichten der TKP/ML am meisten überzeugt und erkannte die Gruppe der Partisan in Sachen Solidarität als die nächsten Alliierten. Ich habe die Artikel von Ibrahim Kaypakkaya gelesen und war sehr beeindruckt. Die vielen Erkenntnisse dieses jungen Kommunisten in seinem kurzen Leben erweckten bei mir Sympathie und Respekt. Er hatte eindrücklich den Revisionismus bekämpft, die soziale Struktur der Türkei treffend analysiert und den Weg zur wahren Freiheit der Völker der Türkei aufgezeigt, die Lehren des MLMZI als Handlungsbasis verteidigt, er hatte sich für sein Volk und das Proletariat eingesetzt. Dies bestärkte meinen Wunsch, mehr über ihn zu erfahren. Ich bedaure seinen frühen Abschied vom Leben sehr. Wenn er länger gelebt hätte,

wäre es für die Völker der Türkei und die internationale Gemeinschaft sehr nützlich gewesen. Die Partei, deren Wurzeln mit dem Blut dieses Führers durchtränkt wurden, hat mich angezogen. Ich habe begriffen, daß die Politik der TKP/ML wissenschaftlich nachvollziehbar war, und diese Partei die einzige Gewähr für die wahre Freiheit der Völker der Türkei war. Diese Partei basiert wie jede andere marxistisch-leninistische Partei auf den objektiven Erkenntnissen und ist in der gesellschaftlichen sowie geschichtlichen Entwicklung als unverzichtbare Komponente nicht aufzuhalten. Ihr Banner hat eine reine Weste.

Der revolutionäre Kampf in der Türkei unter Führung der TKP/ML gibt anderen unterdrückten Völkern der Erde mehr Hoffnung. Auch ich selber konnte meine politischen Ansichten unter der politisch-ideologischen Führung der TKP/ML festigen.

Es wird gesagt, daß die Aufgabe der Revolutionäre in erster Linie darin besteht, die Revolution im eigenen Land herbeizuführen. Was meinst du darüber? Kannst du in diesem Zusammenhang auf Deine Verbindung zur Revolution in der Türkei eingehen?

Meiner Meinung nach besteht die Hauptaufgabe eines jeden Revolutionärs mit den Ansichten des MLMZI darin, dem Proletariat zu dienen bzw. im Sinne der proletarischen Revolution zu handeln. Unser Endziel ist der Kommunismus in der ganzen Welt und nicht nur in einem einzigen Land. Bis heute haben viele Revolutionäre aus verschiedenen Ländern bei der proletarischen Revolution bzw. dem Befreiungskampf unterdrückter Völker teilgenommen. Während der revolutionären Prozesse in Rußland, China, Spanien, Kuba, Angola, Vietnam u.a. haben Revolutionäre aus verschiedenen Völkern mitgeholfen und einige von ihnen ihr Leben dort verloren. In allen Revolutionen unter der Führung des Proletariats kann grundsätzlich eine gegenseitige Unterstützung der kommunistischen Parteien beobachtet werden. Die internationale Solidarität der kommunistischen Parteien ist ein einzigartiger Ansatz in der Menschheitsgeschichte. Selbstverständlich ist der Sturz der bürgerlichen Macht und die Errichtung der Diktatur des Proletariats die Aufgabe einer kommunistischen Partei. Doch das ist nicht ihre einzige Aufgabe. In jeder KP ist der proletarische Internationalismus ein wichtiger Grundsatz mit dem Ziel der proletarischen Weltrevolution. Die kommunistische Bewegung ist ihrer Natur nach internationalistisch. Die Gründung der Kommunistischen Internationale (KOMINTERN) und die Solidarität der kommunistischen Parteien in der damaligen Zeit ist eine Bestätigung dieses Grundsatzes.

Das internationalistische Selbstverständnis der KOMINTERN hat nicht nur die Unterstützung des Proletariats zum Ziel, sondern es zeichnet sich durch Solidarität mit allen unterdrückten Völkern und Nationen aus. Das Proletariat in den unterdrückenden Ländern muß seine diesbezügliche Verantwortung wahrnehmen.

"Insbesondere müssen die KP's in den kolonialistischen und imperialistischen Ländern ihre Position klar und deutlich zum Ausdruck bringen. Sie müssen die Machtverfilzung der Imperialisten ihres "eigenen" Landes in den Kolonien entlarven, die Befreiungsbewegungen in den Kolonien nicht nur mit Worten, sondern mit Taten unterstützen, den Rausschmiß der "eigenen" Imperialisten aus den Kolonien fordern, die Gefühle der Solidarität und Brüderlichkeit der Arbeiter im eigenen Lande mit den unterdrückten Völkern in den Kolonien zu wecken und mit systematischer Agitation gegen die Unterdrückung entgegenzutreten."

Dieser Auszug ist Bestandteil der Prinzipien des KOMINTERN in Bezug auf die Problematik der Nationalitäten und der Kolonien, und auch Lenin hat sich bei der Revolution im eigenen Lande auf die Grundsätze des proletarischen Internationalismus gestützt. Die kommunistische Bewegung ist von Beginn an durch ihren Internationalismus charakterisiert. Denn die arbeitenden Schichten verschiedener Länder können die gemeinsame Unterdrückung der Bourgeoisie nur gemeinsam überwinden. Die Arbeiter aller Länder müssen ihre Solidarität gegen die imperialistischen Angriffe verstärken. Die Imperialisten und die reaktionären Kräfte in verschiedenen Ländern versuchen diese Solidarität zu sabotieren und die Sache des Kommunismus zu zerstören, indem sie nationalistische Gefühle und den Chauvinismus in den kapitalistischen Gesellschaften schüren. Um dem entgegenzutreten müssen die Revolutionäre aller Länder im Interesse des Proletariats und der unterdrückten Völker die Solidarität fördern, im Sinne des proletarischen Internationalismus müssen das Proletariat und die Kommunisten der unterdrückenden Länder den Befreiungskampf und die sozialen Forderungen der unterdrückten Völker unterstützen. Wenn die Arbeiter in den kapitalistischen Ländern mit den von ihrer "eigenen" Bourgeoisie unterdrückten Millionen von Lohnempfängern nicht zusammenarbeiten, bleibt die revolutionäre Bewegung in den imperialistischen Ländern nur noch eine Farce. Wie ich vorhin sagte, konnte diese Solidarität während des KOMINTERN durch zentrale Organisation verwirklicht werden. Damals wurden Kommunisten mit Aufgaben betraut und in verschiedene Länder geschickt. Die revolutionäre Bewegung unserer Zeit befindet sich in einem anderen Zustand, aber das Selbstverständnis vom proletarischen Internationalismus ist in seinem Kern gleichgeblieben.

Als eine Revolutionärin, die für die MLMZI und den proletarischen Internationalismus eintritt und den Kampf des Proletariats und der unterdrückten Völker unterstützt, sehe ich meine internationale Aufgabe darin, den Imperialismus an seiner schwächsten Stelle zu treffen und die marxistisch-leninistischen Bewegungen in den Ländern zu unterstützen, wo der Kampf entsprechende Dimensionen angenommen hat. Die Unterdrückung und Ausbeutung in der Welt und der Türkei zwingt uns, die Revolutionäre, in der ganzen Welt die rote Fahne des Proletariats gegen den Imperialismus hochzuheben. Der zentralen Waffengewalt des Imperialismus muß unbedingt die Waffengewalt der Völker entgegengestellt werden. Revolutionäre und Kommunisten in der ganzen Welt müssen diese Verantwortung mit ganzem Herzen wahrnehmen und dafür ihre ganze Kraft einsetzen. Revolutionäre und Kommunisten in der ganzen Welt müssen nach dieser Leitlinie handeln und die Revolutionäre in den Ländern mit zunehmendem Kampf auf der Basis des proletarischen Internationalismus unterstützen. Bevor ich auf den besonderen Status der Türkei zu sprechen komme, möchte ich auf einen Punkt hinweisen. In den kapitalistischen Ländern ist die revolutionäre Bewegung ziemlich rückständig geblieben, währen sie in den semi-feudalen bzw. semi-kolonialen Ländern weit fortgeschritten ist. Auf die Ursachen dieses Zustandes in Europa werde ich später eingehen. Es ist festzuhalten, daß es zwischen den imperialistischen und den vom Imperialismus abhängigen Ländern eine starke Abhängigkeit gibt. Es kann aber nicht ignoriert werden, daß in den Entwicklungsländern günstige Bedingungen für die Revolution vorliegen. Die sozialen Forderungen und der Befreiungskampf der unterdrückten Völker sind eine große Kraft bei der Niederschlagung des Imperialismus. Die Entwicklung der Welt und das Zentrum des politischen Kampfes sind keine statischen Zustände, diese verändern sich im Verlauf des Prozesses. Die Trägheit der revolutionären Bewegung ist vorübergehend, aber es ist außer Zweifel, daß die Tage des großen Kampfes kommen werden.

Regionen, in denen wegen Armut und Abhängigkeit intensive und extreme Widersprüche auftauchen, bilden die schwächsten Ringe der imperialistischen Kette. Die nationalen Befreiungskämpfe und die sozialen Forderungen der unterdrückten Völker werden dem Imperialismus einen Schlag versetzen und ihn schwächen. Deswegen ist die internationale proletarische Revolution eng mit dem revolutionären Kampf der Völker in den Regionen verbunden, und diese Problematik ist nicht nur von regionaler sondern, für die weltweite proletarische Revolution als Ganzes von allgemeiner Bedeutung. Wie Lenin sagte: "Dieses Jahrhundert ist das Zeitalter von Stürmen (in Asien) und deren Echo in Europa."

Jetzt zur Situation in der Türkei: Die Türkei ist als ein semi-koloniales bzw. semi-feudales Land ein wichtiges Instrument für den Imperialismus und eine profitable Quelle. Das Land befindet sich in einer für den Imperialismus strategisch sehr wichtigen Region. Die Türkei bildet also eine strategische Schlüsselposition. Die Kontrolle dieser Region ist v.a. für die USA und die anderen Imperialisten sowie für das Militär außerordentlich wichtig.

Hinzu kommt, daß das treue Regime in der Türkei als Vorposten bei der Unterdrückung der Völker und der Verwirklichung der imperialistischen Pläne im Nahen Osten ein unentbehrliches Instrument ist. Gleichzeitig werden in diesem Land wie in jedem semi-kolonialen Land die Naturresourcen und die Arbeitskraft rigoros ausgebeutet. Ich bin Schweizerin. Die herrschende Bourgeoisie meines Landes investiert beträchtliches Kapital in der Türkei und das Schwarzgeld aus diesem Land wird in den Schweizer Banken gewaschen und verzinst. Die Bourgeoisie der Schweiz beutet die Arbeiter und Bauern des Landes skrupellos aus und gegen den Widerstand der Bevölkerung werden Waffen von Contraves und Bührle eingesetzt. Um die Interessen der blutrünstigen Bourgeoisie zu schützen, arbeiten beide Staaten eng zusammen. Die Schweizer Polizei und der Nachrichtendienst leiten alle Informationen über Revolutionäre, die in der Schweiz Asyl gefunden haben, dem MIT (Nachrichtendienst der Türkei) weiter. In meinem Fall sind sie auch so vorgegangen. Die Bundesanwaltschaft der Schweiz hat nach meiner Festnahme sämtliche Informationen über mich den Folterern zugestellt und in der Schweiz eine Kampagne gestartet, in der ich als "Terroristin" abgestempelt wurde. Nach der Pressekonferenz meines Anwalts, in der die Foltermethoden in der Türkei entlarvt und angeprangert wurden, wurden diese Informationen vom schweizerischen Außenministerium als falsch zurückgewiesen. Diese Vorgehensweise war für einige Demokraten in der Schweiz irritierend. Aber dieses Dementi erstaunt nicht weiter. Dieses Dementi mußte kommen. Die Bourgeoisie verteidigt ihre Klasseninteressen. Selbstverständlich gibt es innerhalb der Bourgeoisie Widersprüche und Konkurrenzkampf. Aber im Klassenkampf demonstrieren sie ihre Einheit im Vordergrund. Die doppelgesichtige Bourgeoisie der Schweiz darf Folter nicht öffentlich befürworten. Darum ist sie gezwungen, zu dementieren und das Regime der Türkei in Schutz zu nehmen. Die Revolutionäre werden dabei als "Terroristen" verteufelt. In der Vergangenheit war gegen mich bis zu diesem Vorfall weder eine Befragung noch eine Anklage als "Terroristin" seitens der schweizerischen Behörden erhoben worden. Den unbegründeten Vorwurf haben sie in zweierlei Hinsicht gegen mich genutzt: Erstens wurden die Folterer in Schutz genommen und zweitens wurde die proletarische Partei in der Bevölkerung diskreditiert.

Wegen der Trägheit der Revolution in der Schweiz ist die internationale Solidarität nicht weit fortgeschritten. Diese Ohnmacht der Schweizer macht mich traurig und ich schäme mich manchmal für mein "Volk". Es gibt ein begründetes Mißtrauen des Volkes in diesem Land gegenüber dem Proletariat in Europa, und ich versuche durch meinen Aufenthalt in diesem Land ein Vertrauensverhältnis aufzubauen. Es kommen unter allen Umständen neue Revolutionäre hinzu, und in Europa wird die revolutionäre Sache früher oder später ihren Fortschritt machen. Wenn dort das Volk an die Macht kommt, werden dort die Imperialisten eine ihrer Hochburgen verlieren, die Situation in der kapitalistischen Gesellschaft wird sich ändern, v.a. werden die unterdrückten Völker in der Welt und das internationale Proletariat Hoffnung schöpfen. Nach meiner Überzeugung ist die Unterstützung des Volkskampfes in der Türkei ein Dienst am internationalen Proletariat.

Wie bewertest du die revolutionäre Lage in den kapitalistischen Gesellschaften?

Wie wir wissen, ist der Kapitalismus in Europa auf seiner höchsten Stufe angelangt und es herrscht eine imperialistische Ordnung. Der Imperialismus als lebende Leiche hat es verstanden, bis heute als Monster zu überleben. Um seine Machtstellung in den kapitalistischen Gesellschaften zu festigen, hat die Bourgeoisie der Arbeiterklasse einige Zugeständnisse gemacht und versucht durch weitere Zugeständnisse ein Stillschweigen aufrechtzuerhalten. Die imperialistische Bourgeoisie hat die Arbeiterschaft im eigenen Lande in diesem Sinn zum Teilhaber werden lassen, während sie die Völker in der Welt ausbeutet. Durch Zugeständnisse und Lebenskomfort erhoffte sie sich von der Arbeiterschaft eine Kompromißbereitschaft und war erfolgreich. Die kapitalistische Produktionsweise beutet die Arbeiter immer aus, und das gilt auch für die Arbeiterklasse in Europa. Die kapitalistische Gesellschaft macht eine enorm schnelle Entwicklung durch. Die Entfremdung der Menschen und die Degeneration dieser Gesellschaft als Folge dieses Systems steht auf der Tagesordnung. In der arbeitenden Bevölkerung ist von Solidarität nicht mehr viel zu spüren, jeder kümmert sich um seine eigenen Interessen. Auch dort sind die Menschen weder frei noch glücklich. Aber sie haben mehr zu verlieren als nur ihre Ketten. Die Leute sind an einen gewissen Lebensstandard gewöhnt. Viele besitzen Gegenstände wie z.B. Fernseher oder Auto etc. als Eigentum. Viele verschulden sich, um diese Güter zu kaufen und zahlen diese in Raten. In diesem Kreislauf hängen sie sehr stark von ihrem Lohn ab. Außerdem sind die Lebenshaltungskosten wie Miete, Lebensmittel, Kleidung, Transport u.a. sehr teuer, so daß eine ständige Beschäftigung für arbeitende Menschen notwendig ist. Der Arbeiter hat Angst vor Verlust seines Arbeitsplatzes und akzeptiert die vorgegebenen Bedingungen. Außerdem fühlt sich die Bourgeoisie auch politisch wohl, wenn die von ihr diktierten Regeln eingehalten werden. Seit langer Zeit handeln die Arbeiterklasse und die Bourgeoisie nämlich im Rahmen eines Sozialpaktes. Dieser Friede ist natürlich künstlich. Denn es kann zwischen der Bourgeoisie und der Arbeiterklasse keinen Frieden geben. Es sei denn, der Arbeiterklasse fehlt es an Klassenbewußtsein. Der größte Teil der Arbeiterklasse hat den Klassenkampf aufgegeben bzw. resigniert und ist verkauft. Die Mehrheit der Jugend ist mit der Gesellschaft unzufrieden, aber



anstatt sich zu wehren, zieht sie vor, allmählich im Drogenkonsum zu versinken. Ohne Unterschiede zu machen, hält sie ihre Klassenfeinde für ihre Freunde, während sie ihre eigene Klasse anfeindet. Die Ausländerfeindlichkeit nimmt insbesonders bei der Jugend zu. Die Bourgeoisie provoziert und unterstützt diese Tendenzen, weil sie den Faschismus als Ausweg aus der Wirtschaftskrise sieht. Die Arbeit der revolutionären Bewegung ist in einer Gesellschaft mit diesen Rahmenbedingungen gar nicht so einfach. Das Volk wirkt ziemlich ohnmächtig und resigniert. Die kommunistische Bewegung hat in Europa mit dem 2. imperialistischen Krieg eine große Niederlage erlitten und sich noch nicht erholen können. Deswegen steckt die revolutionäre Bewegung heute in Schwierigkeiten. Die revolutionäre Bewegung befindet sich in den imperialistischen Ländern in einer sachlich schwierigen Lage, wegen fehlender kommunistischer Führungspersönlichkeiten verschärft sich die Situation zusätzlich. Der Aufbau einer neuen kommunistischen Organisation in diesen Ländern liegt in der Verantwortung der Genossen, welche vom Marxismus-Leninismus überzeugt sind.

Bei dieser Aufbauarbeit können die Erfahrungen der KOMINTERN hinsichtlich der Strategie der proletarischen Revolution als Anleitung herangezogen werden. Dabei dürfen die besonderen konkreten Bedingungen und Situationsanalysen der jeweiligen Regionen nicht außer acht gelassen werden. Insbesondere in den verschiedenen Ländern Europas existieren jeweils besondere Bedingungen und unterschiedliche Niveaus der Kampfbereitschaft.

Was waren Deine positiven bzw. negativen Erfahrungen Deines Gefängnisaufenthaltes? Kannst du auf Unterschiede zwischen den Gefängnissen in den kapitalistischen Ländern und der Türkei eingehen?

Jeder Revolutionär sollte jederzeit und in jedem Zustand eine Abrechnung mit sich selber machen können. Während er

gegen seine negativen Eigenschaften kämpft, sollte er auch seine positiven Eigenschaften weiterentwickeln. Die Schwächen werden besonders in kritischen Situationen bemerkt; wenn du entschlossen bist, an Deinen Schwächen tatsächlich zu arbeiten, können die schwierigen Bedingungen eine gute Gelegenheit zu deren Überwindung sein. Das bedeutet, daß ein Revolutionär nicht vom Himmel fällt, sondern er wird innerhalb des Kampfes geformt und dabei abgehärtet. Solange der Klassenkampf existiert, werden die herrschenden Klassen die Revolutionäre und das Volk als Geiseln in Gefängnisse einsperren. Das Gefängnis als Ort ist in den Klassenkampf integriert. Niemand will gerne dort landen, aber wenn man drin ist, geht der Kampf dort unter veränderten Bedingungen weiter. Überall wo wir den Klassenfeind antreffen, müssen wir gegen ihn kämpfen. Die Aussage "das Gefängnis ist eine Schule" ist sehr zutreffend. Das bedeutet nicht nur die Weiterbildung durch das Studium der Theorie. Selbstverständlich ist die Theorie wichtig und bei Gelegenheit solltest du Bücher lesen und dich in der Wissenschaft der Revolution weiterbilden. Aber die theoretische Basis hat erst innerhalb einer soliden Ideologie und klaren politischen Linie eine Bedeutung und ist ein Instrument für die Praxis und den revolutionären Kampf. Im Gefängnis rekapitulierst du die Vergangenheit und bereitest dich auf die Zukunft vor. Gleichzeitig lernst du, in einem ungünstigen Bereich den Kampf fortzusetzen. du bist gezwungen, jederzeit wachsam und kreativ zu sein. du lernst, wie du als "Gefangener" am Kampf draußen teilnimmst und erarbeitest Lösungswege. Ich habe nicht lange gesessen. Ich hatte schon früher großen Respekt vor dem Kampf der Gefangenen, die für die Freiheit gekämpft hatten. Für mich haben diese 7 Monate, in denen ich diesen Prozeß mit ihnen geteilt habe, eine besondere Bedeutung. Ich wünsche mir, diese beeindruckenden Menschen auch draußen zu treffen. Die politischen Gefangenen haben ihr Leben und Blut aufs Spiel gesetzt und für sich gewisse Rechte errungen. Der faschistische Staat kann diese Rechte jederzeit rückgängig machen. Wie im Fall von Eskisehir können diese Rechte unter Vorwand gewisser Vorkommnisse und Entwicklungen aberkannt werden. Deswegen müssen die Gefangenen jederzeit bereit sein, ihre gewonnenen Rechte zu verteidigen und neue Rechte zu erkämpfen. Ich bin glücklich, daß ich einen kleinen Anteil an diesem Kampf habe. Zu den negativen Erfahrungen: ich hatte keine negativen Erfahrungen. Im Gegenteil: ich bin als gute Schülerin aus dieser Schule herausgekommen. Die Gefängnisse in Europa sind ganz anders. Außer in Italien wird in jedem Land die Einzelhaft praktiziert und die politischen Gefangenen sind aus Protest gegen diese Zustände mehrmals in Hungerstreik getreten und mehrere sind dabei gestorben. Es hat sich aber grundsätzlich nichts geändert. Die revolutionäre Bewegung ist schwach und das Volk gleichgültig, der Staat ist in einer stärkeren Position. Die Gefangenen haben keine Rechte. Die Situation in Spanien ist anders. Die politischen Gefangenen haben dort zwei Kommunen gebildet und die Gefängniswärter konnten diese Zellen nicht betreten. Die Zellen wurden dann gestürmt und zerschlagen. Die Gefangenen sind daraufhin in einen einjährigen Hungerstreik getreten. Die Polizei griff erst ein, nachdem die Hungerstreikenden im Komazustand angelangt waren und ordneten deren Zwangsernährung an. Als die Gefangenen im Krankenhaus aufwachten, setzen sie ihren Protest dort fort und wurden wieder ins Gefängnis gebracht. Sie haben großen Widerstand geleistet, mußten aber schließlich aufgeben. In Deutschland befinden sich einige RAF-Gefangene seit 13 Jahren in Einzelhaft und zwar ohne Besucher und Bücher. In den Gefängnissen europäischer Staaten gibt es - außer in Spanien - kein physisches Foltern, aber die Bourgeoisie bleibt dort nicht tatenlos. Eine interessante Beobachtung ist, daß die schlimmsten und härtesten Bedingungen in den Gefängnissen zur Zeit der sozialdemokratischen Regierungen praktiziert wurden. Die Hochsicherheitsgefängnisse in Deutschland wurden auf Initiative der Sozialdemokraten gebaut, und das Gemetzel in Stammheim fand in der Regierungsperiode der Sozialdemokraten statt. Die Gefangenen in Spanien wurden vom Sozialdemokraten Gonzales angegriffen. Das Gemetzel in Peru, eines der größten der Welt, wurde vom Sozialdemokraten Garcia angezettelt. Während dieses Übergriffes tagte die Sozialistische Internationale in Lima. Unterdrückung und Gemetzel während der Regierungsverantwortung der SHP (Sozialdemokratische Volkspartei *(Anm.: in der Türkei)*) sind in dieselbe Kategorie einzuordnen.

Was sind die Unterschiede der Situation der Frauen in den kapitalistischen Ländern und in unserem Land?

Wie in den vom Kapitalismus abhängigen Ländern sind Frauen in den kapitalistischen Ländern wegen ihrem Geschlecht einer Diskriminierung ausgesetzt. Die Frauen leben wie moderne Sklavinnen. Die scheinbaren Freiheiten in der kapitalistischen Gesellschaft sind ein unverschämter Schwindel. Die Freiheit der Frauen ist eine von der Bourgeoisie vorgegebene Freiheit. In der kapitalistischen Gesellschaft haben Frauen ihre finanzielle Unabhängigkeit errungen. Das ist für die kapitalistische Produktionsweise willkommen. Frauen werden nämlich unterbezahlt und stehen je nach Produktionsbedarf als Reserve abrufbereit und können jederzeit entlassen werden. Von Freiheit kann also keine Rede sein. Frauen haben nebenbei noch andere produktionsgerichtete Verpflichtungen. Zusätzlich zum Beruf tragen sie die Verantwortung für die Kinder und den Haushalt. Nach Feierabend unterwegs einkaufen und anschließend den Haushalt machen. Eine Gleichberechtigung im Haushalt liegt nicht vor. Die intellektuelle Schicht und fortschrittliche Menschen bilden dabei z.T. eine Ausnahme, d.h. Frauen haben es in diesen Kreisen etwas leichter, aber im allgemeinen tragen sie doch die Last. In semi-feudalen bzw. semi-kolonialen unterentwickelten Ländern befinden sich die Frauen in einer schlechteren Situation, die Geschlechterdiskriminierung ist in größerem Maße zu spüren. In semifeudalen Ländern ist der feudale Druck mit dem imperialistischen Druck gekoppelt, sodaß Frauen noch mehr unterdrückt werden. So müssen unsere Genossinnen in semi-feudalen Ländern im allgemeinen zuerst gegen ihre Geschwister und Eltern für ihre Unabhängigkeit kämpfen. Insbesondere in den Großstädten der imperialistischen Staaten gibt es dieses Problem nicht. In der imperialistisch-kapitalistischen Gesellschaft werden für die Produktion selbständige Sklavinnen gebraucht. Wenn eine junge Frau dort Revolutionärin werden will, hat sie es leichter. Ihre Familie kann die Tochter - wenn es ihr auch nicht gefällt - nicht daran hindern. Ab einem gewissen Alter geht die Lebensvorstellung einer jungen Frau ihre Familie überhaupt nichts an. Die Familie hat dann nichts zu sagen. Niemand kann eine junge Frau besitzen, egal ob sie Revolutionärin, Prostituierte oder Drogenabhängige bzw. Hausfrau wird. Die kapitalistische Gesellschaft ist in ihrer imperialistischen Phase stark degeneriert und die Frauen leiden am meisten unter den Folgen dieser Entwicklung. Die Gewalt nimmt ständig zu und sie richtet sich neben den Ausländern größtenteils gegen die Frauen. Vergewaltigungen und Morde sind in den Großstädten alltäglich. Nicht nur Frauen sondern auch Mädchen sind von diesen Angriffen betroffen. In der konsumorientierten kapitalistischen Gesellschaft lebt die Frau wie ein Gebrauchsgegenstand und wird dementsprechend erzogen. Die kapitalistische Produktion nimmt enorm zu, diese Produktionsweise braucht immer neue Absatzmärkte. Dies hat zur Bildung einer Wegwerfgesellschaft geführt, und diese Haltung spiegelt sich in den menschlichen Beziehungen wieder. In einer degenerierten Wegwerfgesellschaft sind es insbesonders Frauen aus den armen Ländern, die am meisten darunter leiden. Mädchen aus Asien und Afrika werden entweder entführt oder mit leeren Versprechungen nach Europa geschleppt, wo sie zur Prostitution gezwungen werden. Diese Frauen leben wie Sklavinnen und besitzen keinerlei Rechte. Sie sind verdammt, in dem Prostituiertenmilieu zu leben. Der verbrauchte Gegenstand wird weggeworfen und durch neue ersetzt, weil der Markt immer frische Ware verlangt. Der Staat hält sich dabei zurück, gewährt verdeckte Unterstützung und verdient dabei. In einer anderen Geschäftsform werden Mädchen unter dem Vorwand der Heirat anhand von Katalogen vermarktet. So ist z.B. ein 16jähriges Mädchen gezwungen, sich ohne ihr Wissen mit einem 60jährigen häßlichen Mann zu verehelichen. Wenn das Mädchen Glück hat, wird es vernünftig behandelt, aber trotzdem bleibt es im Besitz des Ehemannes. Wenn er es satt hat, holt er sich eine neue Frau,

während er die verbrauchte Frau als Prostituierte verwendet. Weder die Gesellschaft noch der Staat mischen sich in diese Angelegenheit ein. Auch in der Türkei werden Mädchen ohne ihr Einverständnis verheiratet, das ist keine angenehme Situation. Die gesellschaftlichen Werte zwingen hier den Mann, zu seiner Ehefrau zu halten. Die Ehepartner sind gezwungen, sich gemeinsam durch das Leben durchzuschlagen. Die in einiger Hinsicht unterschiedlichen Probleme der Frauen leiten sich aus der verschiedenartigen Struktur der jeweiligen Gesellschaften ab. Die Unterdrückung der Frau ist nicht nur - wie die Feministinnen behaupten - eine Folge des Chauvinismus der Männer. Die Unterdrückung hat ihre Ursachen vielmehr im Feudalismus, in den Klassenunterschieden und in der jeweiligen spezifischen nationalen Lage. Die feministische Bewegung in Europa ist sehr stark und enthält viele unterschiedliche Strömungen. Die feministischen Frauen bringen ihre eigenen Lebensbedingungen zum Ausdruck. Der Feminismus besitzt eine materielle Basis und als eine bürgerliche und reformistische Bewegung fixiert sie sich auf die Befreiung der Frau von Geschlechterdiskriminierung, wobei sie auf dieser Basis verhindert, daß Frauen ihre Wut gegen die Bourgeoisie ablassen. Stattdessen zettelt die feministische Bewegung Unruhe unter der Arbeiterschaft an und unterläßt, den gemeinsamen Kampf von Frauen und Männern aus dem Proletariat für eine klassenlose Gesellschaft auf die richtige Basis zu bringen. Die Frauen in der revolutionären Bewegung sind in Europa besser gestellt. Sie haben in der revolutionären Bewegung und den Organisationen wichtige Positionen inne und sind ihren männlichen Kollegen zahlen- und funktionsmäßig ebenbürtig.

Wie bewertest du die Lage unserer Revolutionäre, die im Ausland im Asyl leben?

Meiner Meinung nach kann man einer Revolution nicht entfliehen. In notwendigen Situationen kann es sein, daß man sich zurückzieht, es kann in der Region, irgendwo im Land bzw. im Ausland sein: Der einzige Zweck dieses Rückzugs ist die Sammlung neuer Kräfte und die Vorbereitung neuer Schritte. Die jetzige Situation erfordert nicht einen Rückzug. Im Gegenteil ist die Unterstützung zu einer roten politischen Diktatur die erste und einzige Aufgabe. Die Bedingungen, als Revolutionär zu leben, sind sehr schwierig. Dies verlangt von Revolutionären unendliche Opferbereitschaft. Man muß mit Folter rechnen und ist in Lebensgefahr, d.h. man muß sehr viel riskieren. Wichtig ist auch, im Fall einer Niederlage die Hoffnung und den Glauben an den sicheren proletarischen Sieg nicht zu verlieren. Wenn wir Folter, Mord, ökonomische Krisen, Hunger u.a. nicht haben wollen, dürfen wir nicht "individuelle", sondern müssen gesellschaftliche Lösungen anstreben. Dann haben wir einen Weg, in dem wir uns in den Reihen des Proletariats zusammenschließen und mit aller Kraft die Revolution vorantreiben. Dafür müssen wir uns mit Opferbereitschaft an die dringenden zentralen Aufgaben heranmachen.

Bei längeren Aufenthalten in europäischen Gesellschaften werden die Leute von der Degeneration beeinflußt. Darum besteht ihre Aufgabe erstens darin, zurückzukehren und sich an der Revolution zu beteiligen, und zweitens müssen sie sich gegen die Degeneration dort wehren und für die Revolution und den internationalen Kampf ihre Opferbereitschaft und Disziplin festigen. Das Gewissen darf mit der Selbsttäuschung, scheinbar etwas für die Revolution gemacht zu haben, nicht beruhigt werden.

Hiermit rufe ich diejenigen, die sich Revolutionäre nennen, auf, sich am demokratischen Volkskampf zu beteiligen.

***Yeni Demokrasi**: Im Namen der Völker der Türkei danken wir dir für dieses Gespräch.*

Barbara: Ich danke auch.

Infos aus: ALAI (Quito), Servicio Informativo No. 164, Dez 1992/ ila No.164

Die "demokratischen Rezepte" der Exilcubaner

Menschenrechtsorganisationen über die Praktiken der Miami-Szene

Nach dem Zerfall der osteuropäischen Staaten wird immer wieder behauptet, daß die Tage von Fidel Castro gezählt sind. Die stärksten Verfechter dieser These sind die radikalen Exilcubaner von Miami, allen voran ihre politischen Führer, die jetzt schon von einem triumphalen Einzug in Havanna träumen, wo sie mit den gleichen politischen Formeln zu arbeiten gedenken, die es ihnen heute erlauben, nach Gutdünken in Klein-Havanna in Miami aufzutreten: mit terroristischer Gewalt und Einschüchterung, um jede kritische Stimme zu unterdrücken.

Im Verlauf der letzten drei Jahrzehnte konstruierten die Massenmedien von den Exilcubanern ein Bild, das dem einer barmherzigen, vor dem Terror und der Armut geflüchteten Gruppe entspricht, die die Freiheit und das Wohlbefinden suchen. Dabei beriefen sie sich auf Cubaner, die nach der Revolution das Land verließen. Miami wurde zu ihrem Zufluchtsort und zu einem Paradigma von Freiheit und Demokratie. Was die verbrecherischen Aktionen betrifft, in die die Exilcubaner verwickelt waren und zu denen sie sich auch selbst bekannten (z.B. der Mord an dem ehemaligen chilenischen Außenminister Orlando Letelier oder das Attentat auf die Luftfahrtgesellschaft Cubana in Barbados, bei dem 73 Personen ums Leben kamen), so wurden diese als vernachlässigbare Delikte verstanden, die das friedliche Bild und die Homogenität dieser Gruppe in der Weltöffentlichkeit nicht beeinträchtigten. Darüberhinaus pflegten sie aber auch das Image, die wahrhaften Verteidiger der von Fidel Castro "zerstörten" Demokratie zu sein. Immer wieder haben sie ihre Stimme gegen die Regierung erhoben, die nach ihren Kriterien die Menschenrechte verletzt, speziell das Recht der freien Meinungsäußerung.

Die verschiedenen US-amerikanischen Regierungen haben die Vorwürfe dieser Gruppe aufgegriffen, um ihre allseits bekannte Politik der Sonderbehandlung gegenüber Cuba zu rechtfertigen. Die US-amerikanische Reaktion auf die diplomatische Niederlage, die Washington im vergangenen November bei der UNO durch die Verurteilung des seit 32 Jahren aufrechterhaltenen Handels- und Finanzembargos sowie insbesondere durch den staatenübergreifenden Charakter des "Torricelli-Gesetzes" (vgl. ila 160, 11/92) einstecken mußte, war die Unterbreitung einer neuen Resolution zur Begutachtung durch die UNO-Vollversammlung. Diese fordert die Regierung in Havanna auf, Maßnahmen zu ergreifen, um die Gewalt zu eliminieren und die Menschenrechte auf der Insel zu gewährleisten. Einmal mehr unterstützt dieser Appell die Aussagen und Vorwürfe der politischen Führer der radikalen Exil-Cubaner von Miami. Die Frage, die sich jetzt jedoch stellt, lautet: Mit welchem moralischen Anspruch können diese Leute von Menschenrechten reden?

Vom offenen Terrorismus...

Dank einer Untersuchung der nordamerikanischen Menschenrechtsorganisation "America's Watch" sowie dem "Fund for Free Expression" hat man damit begonnen, das wahre Gesicht der Exilcubaner zu ergründen. Diese Untersuchung wurde jüngst durchgeführt und ihr Inhalt im vergangenen August veröffentlicht. Sie basiert auf Dokumenten, Interviews von Mitgliedern cubanischer Gruppen in Miami sowie der Beurteilung des Verhaltens der lokalen, bundesstaatlichen und staatlichen Behörden.

Das Resultat ist ein ausführliches Dokument, aus dem das Klima der Einschüchterung, der Mangel an freier Meinungsäußerung und die Gewaltanwendungen hervorgehen, die von einigen Angehörigen dieser Gruppen auf Personen, ob CubanerIn oder nicht, ausgeübt werden, die sich von den radikalen bis fanatischen Positionen dieser Gruppen gegenüber Cuba distanzieren. Vor der Fertigstellung dieses Dokuments existierte schon eine Arbeit von Joan Didion aus dem Jahre 1987, in welcher sie gleichermaßen die Mißstände von Gewalt und politischer Repression dieser Gruppen darlegte. Beide Untersuchungen prangern die Morde und den Ter-

ror an, durch die der Einfluß der radikalen Gruppen auf politische Entscheidungen, die die Annäherung oder den Dialog zu bzw. mit Cuba suchen, kontrolliert und gesteuert wird. Hier einige Fallbeispiele:

1974 wurde José Elias de la Torriente, aktiver Konterrevolutionär, aufgrund von inneren Streitigkeiten in seinem Haus ermordet, im folgenden Jahr wurde Luciano Nieves, Verfechter eines politischen Dialogs mit Cuba, erschossen. Die Repression machte auch in Puerto Rico nicht halt, wo 1979 Carlos Muniz Varela, der die Errungenschaften des Castro-Regimes anerkannte und eine Reiseagentur in Cuba leitete, ermordet wurde. Im selben Jahr fiel Eulalio José Negrin in New York einem Attentat zum Opfer. Er war ein cubanischer Emigrant, der eine Annäherung zu Cuba befürwortete. Die letzten beiden Opfer gehörten einem 75-köpfigen Komitee an, das von Exilcubanern in den USA gegründet wurde. Dieses Komitee organisierte ein Zusammentreffen mit Repräsentanten der cubanischen Regierung, auf dem u.a. die Freilassung einiger politischer Gefangenen und ein interkultureller Ausschuß ausgehandelt wurden. Außerdem vereinbarte man einen interkulturellen Austausch und erreichte die Erlaubnis zur freien Ein- und Ausreise cubanischer Bürger zwischen Cuba und den USA.

Die Gewaltanwendung hielt auch in diplomatische Kreise Einzug: im selben Jahr (1979) wurde der Diplomat Félix García Rodriguez in New York ermordet. Später beabsichtigte man, den Vertreter Cubas in der UNO, Raúl Roa Kouri, zu eliminieren. Nach Auskunft von CubanerInnen, die diese Epoche hautnah miterlebten, wurden während dieser Zeit noch zig weitere Aktivisten auf mysteriöse Weise umgebracht oder sind verschwunden. Die verantwortlichen Autoritäten gingen den Untersuchungen nicht nach, vielleicht weil allgemein bekannt war, daß die Vergehen Ergebnisse der Streitigkeiten und Gegensätze innerhalb der Reihen von Exilcubanern waren.

Außerdem sind die zahlreichen Terroranschläge auf Firmen und Institutionen während dieser Zeit hervorzuheben. So wurden u.a. zwei Anschläge auf die venezolanische Vertretung in der UNO verübt, die von der konterrevolutionären Organisation OMEGA 7 ausgeführt wurden. Ferner vier Anschläge auf die cubanische und einen auf die sowjetische Delegation, ein Bombenanschlag auf die Luftfahrtgesellschaft TWA im Flughafen von New York und einen weiteren auf Aeroflot. Auch Medien wurden Ziele des Terrors, wie die Attentate gegen die Tageszeitungen La Prensa in New York und die Zeitschrift Réplica de Miami sowie auf Every Fisher Hal (New York) bestätigen. Auch die Tabakfabrik Padrón wurde Ziel eines Anschlags.

... zum Terrorismus niederer Intensität

In den folgenden Jahren schien diese Form des Terrors abzunehmen. Die Reagan-Administration sah sich gezwungen, diese Art der Gewalt zu unterdrücken, weil sie internationale Konflikte provozierte, die das Weiße Haus belästigten (z.B. der Fall Letelier). Die Gewalt zwischen den einzelnen Gruppen reduzierte sich als Folge der quasi absoluten Kontrolle der cubanischen Bevölkerung von Miami, New Jersey und New York durch die "Fundación Nacional Cubano Americana" (FNCA).

Diese Stiftung, 1980 mit der Unterstützuung Washingtons gegründet, wird von Jorge Mas Camosa, einem Anführer der "harten Linie", repräsentiert. Vorrangiges Ziel dieser Organisation war es, die politische und wirtschaftliche Kontrolle über Miami zu erlangen sowie die Kontrolle über die Polizeigewalt,. Dieses Ziel wurde vollständig erreicht. Für America's Watch war die Existenz dieser Stiftung Beweis dafür, daß die Regierung Sektoren unterstützt, die die freie Meinungsäußerung mit allen Mitteln zu unterbinden versuchen.

Gemäß dem in Miami lebenden cubanischen Psychologen Vladimir Ramírez (Direktor des Instituts für Lateinamerikastudien von Florida) wurden mit dem legalen Handlungsspielraum und der ausgeübten Kontrolle dieser Organisation weitere politische Morde überflüssig, um die Kritiker der Ideen von Mas Canosa zum Schweigen zu bringen bzw. einzuschüchtern. Stattdessen ging man dazu über, mit Drohungen zu arbeiten, Personen zu nötigen oder wirtschaftlich zu strangulieren und mißbrauchte das Gesetz, um zu verhindern, daß sich andere politische Gruppen herausbildeten.

Aber das bedeutete nicht, daß man von nun ab von Mordanschlägen und physischer Gewalt völlig absah, wie der Mord an dem Journalisten Manuel de Dios Unanue im April 1992 zeigt. Zwei Jahre vorher hatte er in der Wochenzeitung Impacio in New York ein geheimes, von Mas Canosa unterzeichnetes Dokument bekanntgemacht. Dieses beinhaltete den Plan zur Kontrolle der Exilcubaner im Falle des Sturzes von Fidel Castro. In dem Plan enthalten war die Eliminierung einiger rechter cubanischer Aktivisten - falls diese sich nicht unterordneten -, unter denen sich auch der konterrevolutionäre Führer und CIA-Agent Huber Mantos befand.

Außerdem kamen durch dieses Dokument die Verknüpfungen mit der Bush-Administration zutage. Wenige Wochen vor seinem Tod gab Unanue einem Radiosender von Miami die Verbindungen von Mas Canosa und anderen Mitgliedern der Organisation mit Rauschgifthändlern aus den Reihen der Menem-Regierung in Argentinien bekannt. Darüberhinaus ereignete sich der Mord an Unanue ausgerechnet zu der Zeit, in der der Ermordete ein Buch über die Rolle der extrem rechten cubanischen Aktivisten im Rauschgifthandel verfaßte.

Mit den Anfeindungen der rechten exilcubanischen Kreise sehen sich auch Kunst und Kultureinrichtungen konfrontiert. Die Aggression richtete sich nicht nur gegen KünstlerInnen aus Cuba oder anderen Staaten, die ihre Unterstützung für Cuba und seine Regierung öffentlich bekunden (die Lieder Serrats oder Mercedes Sosas werden nie von den Radiostationen Miamis gesendet), sondern erstreckte sich auch auf Filmstars und Sänger, die das "Delikt" begangen haben, in Cuba aufzutreten. Dies z.B. im Fall der spanischen Sängerin Massiel, die 1985 für einen Auftritt im Dade County Auditorium von Miami engagiert wurde. "Nachdem bekannt wurde, daß sie vor 18 Jahren in Cuba gearbeitet hat, erhielt der Veranstalter eine Bombendrohung, woraufhin fünf Vorverkaufstellen den Verkauf von Karten einstellten", versichert America's Watch. Julio Iglesias kündigte 1972 während eines seiner Auftritte die Möglichkeit an, auf Cuba zu singen. Die Antwort des Publikums waren Flaschenwürfe und Geschosse von Abfall, während Iglesias sich in die Garderobe begab. Der berühmte Salsa-Sänger Oscar de León machte eine ähnliche Erfahrung, als er 1988 anläßlich des St. Valentinstages in Miami auftreten sollte. Aber als sein Konzertagent erfuhr, daß er in Cuba aufgetreten war, entschied er, den Auftritt zu streichen, um nach eigenen Angaben Probleme zu vermeiden. Ein anderer erwähnenswerter Fall ist der der mexikanischen Schauspielerin Verónica Castro, der die Verantwortlichen von Miami auf dem Pasio de la Fama (Boulevard des Ruhmes) eine Gedenktafel gewidmet hatten. Nach einem Auftritt auf der berühmten Bühne des "Tropicana" in Cuba zerstörte eine Gruppe verärgerter Anhänger die Tafel. Dem bekannten dominikanischen Künstler Juan Luis Guerra wurde mit der Exkommunizierung gedroht, weil er zusammen mit Silvio Rodríguez während dessen Auftritt in Santo Domingo gesungen hatte.

Bomben gegen Intellektuelle

Auch die akademischen Kreise blieben von der Gewalt nicht verschont. Das Institut für Cuba-Studien der Miami-Dade-Universität organisierte 1988 zusammen mit der anerkannten John Hopkins School for Advanced International Studies einen Kongreß, auf dem über die mögliche Normalisierung der Beziehungen zwischen Cuba und Nordamerika im Hinblick auf die "Perestroika" debattiert wurde. Am Vorabend dieser Veranstaltung lud die Direktorin des Instituts, María Cristina Herrera, zu einem Empfang in ihrem Haus ein. Dieser hätte beinahe ein tragisches Ende gehabt, wenn die Geladenen länger als halb drei Uhr morgens geblieben wären. Denn eine halbe Stunde nach Ende des Empfangs zerstörte eine Bombe die Garage des Hauses. Am folgenden Tag annullierte das Hotel, in dem der Kongreß stattfinden sollte, den Vertrag, so daß der Kongreß in der Universität veranstaltet werden mußte. Im vergangenen Oktober wurden die Soziologin Ibis Avisa González vom Zentrum für Jugendstudien in Havanna und ihre Begleiter während eines Vortrags in der National-Universität von Florida angegriffen. Dabei kam es zu

Ausschreitungen, in deren Verlauf es zu Tätlichkeiten gegen einen US-Bürger kam, der die Anwesenheit der cubanischen WissenschaftlerInnen verteidigt hatte.

Lebensgefahr für Dissidenten

Der Bericht von America's Watch erwähnt auch José Crux, einen ehemaligen Jesuiten-Priester, der die Coalición Cubano Americano leitet. Diese Organisation hat sich die Zusammenführung von Familien zur Aufgabe gemacht, die auf Cuba bzw. auf dem Festland leben. Crux hatte seine Bedenken und die der anderen Mitglieder dieser Organisation bezüglich möglicher Repressalien bekundet, die sie aufgrund ihrer Aktivitäten erleiden könnten. Desweiteren wurden Erklärungen eines Wirtschaftsberaters aus der New York Times verzeichnet, der es vorzog, anonym zu bleiben: "Ich denke nicht, daß wir das Embargo gegen Cuba aufheben sollten, aber alle, die dieses glauben, bekommen ständig Morddrohungen."

Unter Betonung des vorherrschenden Gewaltklimas innerhalb der exlicubanischen Gemeinde fährt der Bericht fort: "Zumindest zwei bedeutende gemäßigte cubanisch-amerikanische Führungpersonen informierten uns, daß sie nur dadurch nicht zur Zielscheibe für Mordanschläge oder andere Fomen illegaler Einschüchterung geworden sind, weil sie bekanntlich von bewaffneten Leibwächtern begleitet werden. Zwei andere gemäßigte Persönlichkeiten, die eine "Koalition für den Wechsel" gründen wollten, um sich dem Handelsembargo entgegenzustellen, die freie Meinungsäußerung in Miami wieder herzustellen sowie den Dialog mit Cuba aufzunehmen, sahen sich mit einer enormen Zurückhaltung Gleichgesinnter konfrontiert. Man kann die Angst in ihren Augen sehen. Einige sagen uns: Warten wir ab, noch ist der Monemt nicht gekommen. Sie fürchten, als Agenten abgestempelt zu werden."

Und genau dieses bekommt regelmäßig Dr. Vladimir Ramírez zu spüren, der öffentlich die These vertritt: "Erlaubt Cuba, seine Probleme selber zu lösen." Doch bei der bloßen Anschuldigung, ein Agent zu sein, blieb es nicht. Ramírez wurde das Opfer körperlicher Gewalt, die Aufzeichnungen der Cooperativa de Infomación Iberoamericana (CIBE), zu deren Gründungsmitgliedern er zählt, wurden gestohlen sowie Computer und Fax-Geräte zerstört. Auf Radio Progreso, ein alternatives Medium, das cubanische Musik und Programme überträgt, wurde ein bewaffneter Anschlag verübt und die Rundfunkausstattung zum Teil zerstört.

Empfehlungen von America's Watch

Nach Ansicht von America's Watch ist es zur Eindämmung der in Miami konzentrierten Gewalt unbedingt erforderlich, daß die örtlichen und bundesstaatlichen Behörden ernsthaft an die Ermittlung aller kriminellen Gewalttaten, Einschüchterungen oder mutwilligen Zerstörungen herangehen und die Täter verurteilen; außerdem sollten sie diesen Fällen entschieden entgegentreten und sie auch öffentlich machen. Denn in den letzten Jahren sei es, obwohl zahlreiche Angriffe auf Personen bekannt geworden waren, die nicht so radikale Einstellungen gegen Fidel Castro hatten, in keinem Fall zu Gerichtsverhandlungen gekommen.

Zugleich fordert America's Watch die Regierung auf, die Finanzierung cubanischer Gruppen zu kontrollieren, um zu verhindern, daß diese Mittel gegen die Meinungsfreiheit verwendet werden, wie z.B. im Falle der Finanzierung der FNCA durch die "National Endowmant for Democracy". Eine gleichlautende Forderung ging an die "United States Information", die Radio Martí unterstützt, das täglich seine Angriffe von Miami nach Cuba überträgt (Am 18. Juli 1993 beschloß der US-Kongreß die Kürzung der Gelder - an die 200 Millionen US Dollar jährlich - für TV Martí ... wegen Erfolgslosigkeit des Senders.). Außerdem tritt die Organisation dafür ein, das Reiseverbot für US-Amerikaner nach Cuba aufzuheben.

Florencia Campana

Aufruf

Internationale Konferenz in Athen, 9. - 10. Oktober 1993

Für einen Dialog des Friedens zwischen den Völkern
Für eine echte Entwicklung der Länder des Südens
Für die Aufhebung der Embargos gegen Irak, Libyen, Cuba
Für die Rechte des Palästinensischen Volkes
Gegen Rassismus und Ausgrenzung

Der Golfkrieg leitet eine neue historische Etappe ein, in der die USA sich ihrer militärischen Vorherrschaft bedienen, um den Niedergang ihrer Wirtschaft zu überspielen. Sie diktieren die Regeln, manipulieren das internationale Recht, haben den Sicherheitsrat in der Hand und machen aus der gezähmten UNO das Werkzeug ihrer Strategie. Das ist die "Neue Weltordnung", die sie mit der Komplizenschaft Frankreichs, Großbritanniens und der anderer G7-Mitglieder einführen. Diese Ordnung gründet sich auf der Ausplünderung des Südens, auf der Kontrolle der Ressourcen dieses Planeten, auf der Verneinung soziokultureller Identitäten, des Selbstbestimmungsrechts der Völker und des Prinzips der nationalen Souveränität. Sie will allen ihr politisches, ökonomisches und kulturelles Modell aufzwingen. Sie erwürgt mit der Waffe der Verschuldung, sie setzt direkte Aggression und den Terror der Vergeltungsschläge zum größtmöglichen Profit ihres militärisch-industriellen Komplexes und ihrer Waffenhändler ein. Sie führt unter dem Deckmantel der humanitären Hilfe das System der Protektorate wieder ein. Sie hat eine unmäßige Vorliebe für Hunger als Waffe: d.h. für Blockaden und Embargos. Diese treffen unter dem Vorwand, Regierungen zu bestrafen, die gegen die Neue Weltordnung Widerstand leisten, die Völker. Sie zerstören die Produktionsmittel und Infrastruktur und töten die Ärmsten und Schwächsten: Kinder, Alte, Kranke ...

Die Blockade, die vor 3 Jahren gegen den Irak verhängt wurde, tötet jeden Tag mehr als 150 Säuglinge und behindert die körperliche und geistige Entwicklung von Millionen Kindern. Die Blockade gegen Cuba, die vor mehr als 30 Jahren von den USA verhängt wurde, ist trotz der Verurteilung durch die UNO letztes Jahr immer noch die Ursache von Hunger und Krankheiten. Das gleiche perverse Szenario wird gegen Libyen angewendet.

Die Herren der Neuen Weltordnung halten die regionalen Ungleichgewichte am Leben und fördern die lokalen Konflikte. Sie unterstützen die Unterdrückungspolitik des israelischen Staates gegen das palästinensische Volk. Seines Landes, seines Wassers und seiner Rechte beraubt, ist es unterdrückt und Deportationen und Todeskommandos ausgesetzt.

Aber die Neue Weltordnung trägt selbst zu ihrer Unordnung bei. Die Interessenkonflikte zwischen den Alliierten steigern sich. Die Opposition der Völker, wovon der mutige Widerstand der Palästinenser, Iraker, Cubaner und Libyer zeugt, wächst. Die Welle der Migration pocht immer heftiger gegen die Tore der Festung der Reichen. Während sich die Herde der Revolten gegen Ausgrenzung und Verachtung vervielfachen, werden die Freiräume immer kleiner. Deshalb ist es so wichtig, daß wir uns der Organisation einer breiten Bewegung der kämpfenden Völker anschließen und einen Dialog zwischen den Völker des Nordens und des Südens ins Leben rufen.

Die Konferenz in Athen hat zum Ziel, Persönlichkeiten, Militante und Bewegungen aller Tendenzen und aus allen Ländern zu vereinen, um die Komplizenschaft der Medien und ihr Schweigen zu durchbrechen, die Aufhebung der Embargos und der Blokkaden gegen Irak, Cuba und Libyen zu fordern und die Rechte des Palästinensischen Volkes zu bekräftigen. Sie kann beitragen, einen Nord/Süd-Dialog und eine gemeinsame Reflexion über die Gegebenheiten der Weltrealität herzustellen.

Um den Erfolg der Konferenz sicherzustellen, rufen wir dazu auf, Sektionen der Internationalen Koordination zu bilden. Sie sollen allen Persönlichkeiten und Bewegungen offen stehen, die zu dem Erfolg der Konferenz beitragen wollen. In der Folge sollen sich Initiativen entwickeln, die auf der Internationalen Konferenz von Athen behandelt werden.

(Nähere Informationen im Infoladen Wien)

40 Jahre nach seinem Tod: Stalin lebt!

Seit Jahren gibt es in Berlin auf der "revolutionären 1. Mai Demo" Auseinandersetzungen, die heuer sogar in gewaltsamen Angriffen von "Autonomen" und Terrorpolizei auf "Revolutionäre Kommunisten" gipfelten.

In Wien kommt es heuer im Mai auf einer Rechtshilfe-Veranstaltung zu heftigen Auseinandersetzungen um ein Bild an der Wand, das schließlich heruntergerissen wird.

Das sind nur zwei aus einer Fülle von Vorfällen. Der gemeinsame Anlaß ist eine Person, die heuer seit 40 Jahren tot ist - Josef Stalin. Kein anderer Führer der Arbeiterbewegung wird von den Faschisten bis hin zu Leuten, die sich selber "Revolutionäre" nennen, so heftig angegeriffen wie Stalin.

Worum geht es eigentlich bei diesen Angriffen auf Personen und Gruppen, die Stalin verteidigen?

Gehts darum, daß die Sowjetunion zur Zeit Stalins sowohl in der Landwirtschaft als auch in der Industrie einen riesigen Sprung vorwärts gemacht hat und damit bewiesen hat, daß unter sozialistischen Gesellschaftsverhältnissen in wenigen Jahren aus einem rückständigen Agrarland ein modernes Industrieland aufgebaut werden kann; daß unter sozialistischen Gesellschaftsverhältnissen, unter der Diktatur des Proletariats, mit einer geplanten Wirtschaft der Wohlstand für die breiten Massen der Werktätigen ständig erhöht werden konnte, während gleichzeitig in den höchstentwickelten Industrienationen die arbeitslosen Millionenmassen ein tristes Dasein fristeten?

Gehts darum, daß die größte Militärmaschinerie jener Zeit, der deutsche Imperialismus, nach dem Angriff auf die Sowjetunion nicht nur innerhalb von zwei Jahren vernichtende Niederlagen im Krieg gegen die geschlossen kämpfenden Völker der Sowjetunion - mit Stalin an der Staatsspitze - hinnehmen mußte, sondern im Gegenstoß weniger als vier Jahre nach dem Überfall auf das sozialistische Land die rote Fahne mit Hammer und Sichel sogar in der deutschen Hauptstadt Berlin wehte?

Gehts darum, daß zur Zeit Stalins die kommunistische Theorie und Praxis, der Marxismus-Leninismus, zu einer gewaltigen Weltbewegung anwuchs, die in allen Teilen der Erde maßgeblich in die geschichtliche Entwicklung eingriff?

Wenn wir uns das bürgerliche und kleinbürgerliche Geschrei "gegen Stalin" und den "Stalinismus" genauer anschauen, kommen wir der Sache schon näher.

Wenn heute über die veralteten Maschinen in der Ex-Sowjetunion gehöhnt wird, ist Stalin an der Misere schuld. Wenn sich heute die Nationen in der GUS gegenseitig die Gurgel durchschneiden, ist Stalin schuld. Wenn heute Bürokratie und Korruption die Wirtschaft in Osteuropa lahmlegen, ist Stalin schuld. Wer nicht weiß, daß Stalin seit 40 Jahren tot ist, müßte glauben, daß Stalin der Name des derzeitigen (oder zumindest vorletzten) Präsidenten der Ex-Sowjetunion sei.

In Wirklichkeit ist es aber so, daß die Maschinen heute so veraltet sind, weil seit Ende der 50er Jahre die Wirtschaft der Sowjetunion mit Privatisierungs"experimenten" in den Bankrott getrieben wurde. In Wirklichkeit ist es so, daß seit Anfang der 60er Jahre die Eigenständigkeit der Nationen in der SU immer stärker beschnitten und eine Russifizierungspolitik selbst in den entlegensten Gebieten betrieben wurde. In Wirklichkeit ist es so, daß Ende der 50er Jahre mit dem systematischen Kampf gegen Bürokratisierung und der Propaganda für das Stützen auf die werktätigen Massen Schluß gemacht wurde, die Diktatur des Proletariats offiziell abgeschafft und der "Staat des ganzen Volkes" proklamiert wurde, in dem die revisionistischen Parteibonzen umso ungehinderter ihr Unwesen treiben konnten.

Der Jammer ist, daß es - in Bezug auf die Haltung zu Stalin - grob gesagt nur zwei Sorten von Leuten gibt:

Einerseits diejenigen, die noch nie etwas von Stalin gelesen haben, ihr (Un-)"Wissen" aus trüben Quellen beziehen und mit inbrünstigem Haß über Stalin herziehen; und andererseits diejenigen, die sich zumindest soweit mit den Schriften und Taten Stalins auseinandergesetzt haben, daß sie sehen, auf welcher Seite Stalin in die Klassenkämpfe in der Sowjetunion eingegriffen hat, weilche Positionen er bekämpft und welche er unterstützt hat.

Diejenigen, die nichts wissen, anerkennen zwar oft bestimmte Errungenschaften des Sozialismus in der Sowjetunion von der Mitte der 20er Jahre bis zur Mitte der 50er Jahre, behaupten aber, daß das **trotz** Stalin "passiert" sei, während an allen Mißständen und Fehlern natürlich Stalin persönlich schuld sei.

Das kann entweder so "passiert" sein, daß führende Parteikader (ohne Wissen von Stalin) den Aufbau des Sozialismus vorangetrieben haben - und Stalin hats nicht gemerkt, weil er ja mit dem Verbreiten von Terror und Schrecken so beschäftigt war. Oder der Aufbau des Sozialismus ist sozusagen im Selbstlauf "passiert" und ohne Parteikader - weil die hat ja Stalin alle dahingemeuchelt.

Bei beiden "Theorien" stellt sich jedoch sofort die Frage, wieso das nach dem Tod Stalins plötzlich (und es war tatsächlich ein relativ plötzlicher Bruch sowohl in der Politik als auch in der Produktion und der Lebenslage der werktätigen Massen), warum das plötzlich nach dem 20. Parteitag der KPdSU nimmer funktioniert hat. Damals, 1960, hatten Chruschtschow und die anderen Revisionisten (von Breschnew bis Gorbatschow) mit dem "Stalinismus" gründlich abgerechnet und einen ungeheuren Aufschwung prophezeit, der nach fast 35 Jahren immer noch auf sich warten läßt... Fragen über Fragen, die aber noch kein antistalinistischer "Besserwisser" je zu beantworten vermochte.

Die wirklichen Besser-Wisser (nämlich die, die sich mit der kommunistischen Theorie und Praxis und dem Aufbau des Sozialismus beschäftigt haben), wissen unter anderem folgendes:

1. Wir leben in der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution, die Klassengegensätze verschärfen und vertiefen sich. Nicht die "friedliche Koexistenz" zwischen Sozialismus und Kapitalismus und nicht die Klassenzusammenarbeit ist angesagt (wie die Moskau- und Peking-Revisionisten behaupten), sondern der gewaltsame Sturz der Imperialisten und ihrer Lakaien.

2. Die Arbeiter/innen aller Länder müssen ein festes Bündnis schließen und sich mit den antiimperialstischen Befreiungsbewegungen der Neokolonien eng verbinden. Nicht eurozentristisches überhebliches Starren auf den eigenen Nabel oder hoffnungsvolles Warten auf Siege in der "3. Welt" sind angesagt, sondern gegenseitige selbstlose Unterstützung und das Schmieden eines wirklichen Kampfbündnisses.

3. Wenn in einem Land die Arbeiterklasse (in halbkolonialen Ländern im Bündnis mit der Bauernschaft) in einer bewaffneten Revolution die Macht errungen hat, muß der Klassenkampf gegen die Bourgeoisie (und Großgrundbesitzer) fortgesetzt und verstärkt werden, sonst wird der Sozialismus (bzw. die Volksdemokratie) offen oder (vorläufig) nicht für alle sichtbar wieder gestürzt und die Macht der Imperialisten und ihrer Lakaien restauriert.

Zu dieser Verstärkung des Klassenkampfs gehört nicht nur die direkte Unterdrückung und Niederhaltung der alten Herren, sondern insbesondere auch die möglichst rasche Veränderung der Produktionsverhältnisse und der ideologische Kampf zur Zurückdrängung und Zerstörung des bürgerlichen (und halbfeudalen) Bewußtseins in den Köpfen der Volksmassen.

Diese drei Punkte sind nicht grundlos herausgegriffen, aber sie stellen nur eine kleine Auswahl von Problemen dar, die von Stalin ausführlich behandelt und erklärt wurden. Im übrigen handelt es sich dabei um grundsätzliche Differenzen zu den nach seinem Tod an die Macht gekommenen Revisionisten.

Wie schon oben festgestellt, hat Stalin auch in diesen Fragen eindeutig Position gegen jede Abweichung vom Marxismus-Leninismus und die kommunistische Theorie weiterentwickelt. Die Vertreter derselben Strömungen, die schon in den 20er und 30er Jahren, dann aber auch nach dem 2. Weltkrieg unter führender Beteiligung Stalins bekämpft wurden, haben seit Ende der 50er Jahre in Osteuropa und anderen angeblich "sozialistischen Ländern" **in der Praxis bewiesen**, was dabei herauskommt: fette Ärsche, die - vor und nach dem offiziellen "Ende des Kommunismus" - auf Direktorensesseln sitzen, die Arbeiterklasse und andere Werktätigen unterdrücken und von ihrer Ausbeutung leben.

Die "undogmatischen" Dogmatiker, die gegenüber jeder Erfahrung der Arbeiterbewegung "Autonomen", die den Marxismus-Leninismus einer Revision unterziehenden Revisionisten, alle diese Vor- und Nachbeter irgendwelcher "vernichtender" Stalinkritiken prügeln Stalin und meinen damit genauso die Lehren von Marx, Engels, Lenin und der Komintern, meinen die zusammengefaßten Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung der letzten 150 Jahre.

Mit der aktuellen Verschärfung der wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Krise auch in den imperialistischen Industrieländern wird auch die Frage der Theorie wieder zu einer immer praktischeren Frage, einer Frage zumindest der längerfristigen Praxis. Deswegen verschärfen sich auch die Auseinandersetzungen um Stalin. Denn sein Name steht für unversöhnlichen proletarischen Klassenkampf nicht nur gegen Faschismus und Rassismus, sondern auch gegen jede kapitalistische Unterdrückung und Ausbeutung; für die Errichtung und Festigung der Diktatur der Klasse der Arbeiterinnen und Arbeiter; für die Fortsetzung des Klassenkampfs im Sozialismus; für die radikale Umgestaltung der Produktionsverhältnisse; für den entschiedenen ideologischen Kampf gegen bürgerliche Ideen; für die selbstlose Unterstützung antiimperialistischer Befreiungsbewegungen. Wer da nicht mithalten kann oder will, wird natürlich schnell zum entschiedenen Stalinhasser.

Gerade in der heutigen Situation in Österreich, wo die ganzen revolutionären Erfahrungen verschüttet sind und nur sehr schwer praktische Kampferfahrungen gemacht und analysiert werden können - gerade bei uns ist es wichtig, auch die Schriften von Stalin zu studieren und aus den Darlegungen für die dringend anstehenden Kampfaufgaben zu lernen.

Allen, die wirkliche Besser-Wisser werden wollen, seien folgende Schriften empfohlen:

★ Über dialektischen und historischen Materialimus (ca. 40 Seiten); das ist ein Auszug aus:
★ Geschichte der KPdSU(B) - Kurzer Lehrgang (erschienen 1938; ca. 460 Seiten)
★ Grundlagen des Leninismus (ca. 90 Seiten)

E. Yusuf